Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

24. März 1977
Jg. 5 Nr. 12

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J. Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Sandhofer Straße 29, 6800 Mannheim – Gedruckt in Plankstadt

Wochenzeitung 50 Pfg.
P 21903 C

ZDF-Korrespondent aus Uganda ausgewiesen: „Wenig Spielraum" bei der Leichensuche

„Das ugandische Außenministerium forderte alle westdeutschen Journalisten wegen ihrer hetzerischen Berichterstattung auf, Uganda zu verlassen. Der ZDF-Korrespondent Schulz-Vorbach ist direkt aus Uganda ins ZDF-Studio gekommen, um über die „wahren Hintergründe" aufzuklären: „Obwohl Amin uns selbst zugesagt hatte, daß wir uns in Uganda frei bewegen und alles filmen könnten, was wir wollten, hatten wir ständig einen ugandischen Begleiter, der uns wenig Spielraum ließ. So haben wir Leichen und Folterungen in Uganda nicht gesehen." Sie *wollten* Leichen filmen, um endlich „Beweise" für ihre imperialistische Hetze zu finden. „Leichen" haben sie nicht gefunden, aber wenigstens *einen* „Beweis" für die Gewalttaten kann Schulz-Vorbach doch anführen – seine eigene Angst: „Weil Präsident Amin unberechenbar ist und das nächste Flugzeug erst morgen Kampala verläßt, haben wir uns auf Anraten des deutschen Botschafters entschlossen, am Montag mit einem weißen Bekannten per Auto zur kenianischen Grenze zu fahren und von dort per Taxi zum Flughafen Nairobi." Man kann Präsident Amin nur dazu beglückwünschen, solche Kreaturen aus dem Land zu weisen, die überall Unruhe stiften und sich vor ihren eigenen Greuelmärchen zu Tode erschrecken.

Die Übergangsverfassung Namibias ist eine Kolonialistenverfassung

„Der UNO-Rat für Namibia (Südwestafrika) unterstützt nach den Worten seines Vorsitzenden Dunstan Kamana die Entschlossenheit der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO), den Guerillakampf zu verstärken", – gleichzeitig berichtet die bürgerliche Presse, daß „die Verfassungskonferenz für Südwestafrika in der ehemaligen Turnhalle ... die Übergangsverfassung verabschiedet hat".
Nach dieser von den Kolonialisten und Imperialisten aufgestellten Verfassung soll Namibia in 11 ethnische Gebiete zerstückelt werden, 10 für 750 000 Afrikaner, der größte, an Bodenschätzen und landwirtschaftlich reichste Teil für die 11. „Ethnie", die zur „weißen Minderheit" erklärten 30 000 ausländischen Kolonialisten. Dieser „Stamm" der Kolonialisten soll dadurch auch weiterhin die Macht kontrollieren und die Selbstbestimmung des Volkes von Namibia verhindern. Entsprechend ist der Vorsitzende des „Ministerrats" der weiße Farmer Dirk Mudge.
Mit 40 000 bis 50 000 südafrikanischen

Die Übergangsverfassung Namibias ist eine Kolonialistenverfassung

„Der UNO-Rat für Namibia (Südwestafrika) unterstützt nach den Worten seines Vorsitzenden Dunstan Kamana die Entschlossenheit der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO), den Guerillakampf zu verstärken", – gleichzeitig berichtet die bürgerliche Presse, daß „die Verfassungskonferenz für Südwestafrika in der ehemaligen Turnhalle ... die Übergangsverfassung verabschiedet hat".
Nach dieser von den Kolonialisten und Imperialisten aufgestellten Verfassung soll Namibia in 11 ethnische Gebiete zerstückelt werden, 10 für 750 000 Afrikaner, der größte, an Bodenschätzen und landwirtschaftlich reichste Teil für die 11. „Ethnie", die zur „weißen Minderheit" erklärten 30 000 ausländischen Kolonialisten. Dieser „Stamm" der Kolonialisten soll dadurch auch weiterhin die Macht kontrollieren und die Selbstbestimmung des Volkes von Namibia verhindern. Entsprechend ist der Vorsitzende des „Ministerrats" der weiße Farmer Dirk Mudge.
Mit 40 000 bis 50 000 südafrikanischen
Soldaten, der Errichtung neuer Militär- und Luftwaffenstützpunkte und der Schaffung einer Feuerfreizone von 250 km Länge und mehreren Kilometern Breite im Norden verschärft das südafrikanische Kolonialregime den Krieg zur Verhinderung der nationalen Unabhängigkeit des Volkes von Namibia. Nur durch den Sieg über den Terror der Konterrevolution durch die revolutionäre Gewalt verwirklicht das Volk von Namibia seine nationale Selbstbestimmung.

Tarifverhandlungen in der US-Stahlindustrie

Die reaktionäre Führung der Stahlarbeitergewerkschaft der USA hat sich in den kürzlich stattgefundenen Gewerkschaftswahlen nur knapp gegen eine breite klassenkämpferische Bewegung behaupten können, deren Hauptforderungen waren: Lohnerhöhung und Verkürzung des Arbeitstages! Rückzug der Gewerkschaften aus den „Produktivitäts"kommissionen in den Betrieben und Ende der Massenentlassungen! Erhöhung der Zusatzzahlungen der Kapitalisten zum Arbeitslosengeld für entlassene Arbeiter! Uneingeschränktes Streikrecht! Jetzt ist die Gewerkschaftsführung in die laufenden Tarifverhandlungen mit der demagogischen Forderung gezogen: „Einen sicheren Arbeitsplatz und einen anständigen Lohn auf Lebenszeit!" Was wird konkret gefordert? Eine betriebliche „Beschäftigungsgarantie" – aber gleichzeitig Zustimmung der Arbeiter zu allen „Modernisierungs"maßnahmen. Verkürzung der Arbeitswoche auf 32 Stunden – aber ohne einen entsprechenden Lohn. Praktisch liefe das auf eine Art permanente Kurzarbeit bei sprunghafter Intensivierung der Arbeit und beliebigen Möglichkeiten der Akkordverschärfung sowie massive Lohnkürzungen hinaus. „Revolutionär" seien ihre Forderungen, haben sich die reformistischen Gewerkschaftsführer in der bürgerlichen Presse bescheinigen lassen. Allerdings! Eine Revolutionierung der Ausbeutungsbedingungen mag dabei herauskommen.

Verbotsdrohungen gegen den KBW
Wollen tut die Bourgeoisie, aber wird sie auch können?

Ernst Albrecht hat was fürs Foltern übrig. Darüber hat er ein Buch geschrieben. Er philosophiert darin herum, wann Folter sich nicht nur mit der christlichen Nächstenliebe vereinigen läßt, sondern ihr direkter Ausfluß ist. Seitdem der Mann Ministerpräsident von Niedersachsen ist, sieht er die Möglichkeit gekommen, seinen philosophischen Träumen nachzugehen. Am Samstag hat er sich in die Lüfte erhoben und ist über Grohnde gekreist. Seine Polizisten wollte er unten prügeln lassen und sich die Augen weiden. Er hat Betrübliches feststellen müssen.
Es ist zu keiner einseitigen Angelegenheit geworden, an der sich der Folterträumer hätte ergötzen können. Die Demonstranten gegen das Kernkraftwerk in Grohnde haben sich nicht verprügeln lassen. Albrecht hat dabei von seinen Höhen herab den KBW als „bestorganisierte Gruppe" erkannt.

Der frömmelnde Folterträumer ist früherer Manager der Keksfabrik Bahlsen. Von dort ist er auf den Ministerpräsidentensessel gehievt worden. Er ist ein Mann der Tat. Zumindest will er so erscheinen. Also ist er rasch mit einer Verbotsforderung hervorgetreten. Noch am Sonntag wollte er bei der Bundesregierung beantragen, den KBW als „kriminelle Vereinigung" zu verbieten. Am Montag führte er gegenüber dem ZDF aus:
„Ich bin der Meinung, daß der Haupttäter, der Kommunistische Bund Westdeutschland, eindeutig unter dem Deckmantel einer Partei kriminelle Handlungen begeht. Das können wir uns nicht länger bieten lassen. Und ich werde meinerseits nun diese Frage in aller Deutlichkeit stellen, ich werde mit der Bundesregierung, ich werde mit dem Bundesrat darüber sprechen, welche Schritte zu ergreifen sind. Ich persönlich bin der Meinung, wir können dies nicht länger so hinnehmen."

Im Verlauf des Montags ist die Bourgeoisie rasch in Fahrt gekommen und hat sich für ein Verbot des KBW
sterpräsidentensessel gehievt worden. Er ist ein Mann der Tat. Zumindest will er so erscheinen. Also ist er rasch mit einer Verbotsforderung hervorgetreten. Noch am Sonntag wollte er bei der Bundesregierung beantragen, den KBW als „kriminelle Vereinigung" zu verbieten. Am Montag führte er gegenüber dem ZDF aus:
„Ich bin der Meinung, daß der Haupttäter, der Kommunistische Bund Westdeutschland, eindeutig unter dem Deckmantel einer Partei kriminelle Handlungen begeht. Das können wir uns nicht länger bieten lassen. Und ich werde meinerseits nun diese Frage in aller Deutlichkeit stellen, ich werde mit der Bundesregierung, ich werde mit dem Bundesrat darüber sprechen, welche Schritte zu ergreifen sind. Ich persönlich bin der Meinung, wir können dies nicht länger so hinnehmen."

Im Verlauf des Montags ist die Bourgeoisie rasch in Fahrt gekommen und hat sich für ein Verbot des KBW
erwärmt. Da gibt es neben dem politischen Problem, was es ihnen nutzen wird, den KBW zu verbieten, wenn es ihnen nicht gelingt, ihn zu zersetzen und zu isolieren, noch ein juristisches Problem. Der KBW ist im Sinne des Parteiengesetzes eine politische Partei. Da kann er nicht als kriminelle Vereinigung verboten werden, und verbieten kann ihn nur das Verfassungsgericht. Im allgemeinen Frohgemut, den KBW zu verbieten, hat ein Rundfunkkommentator eine Lösung gefunden: Man solle den KBW nach dem Vereinsgesetz verbieten. „Wenn man ganz zynisch sein wollte, könnte man sagen, man setzt sich über den Parteicharakter hinweg und verbietet ihn erst einmal als Verein und läßt den KBW hinterher prozessieren." Bis zu den Abendnachrichten hatten sie sich richtig in Fahrt gebracht. Bölling hätte mitgeteilt, die Bundesregierung erwäge ein Verbot. Kohl hätte sich hinter die Forderung Albrechts nach einem Verbot gestellt. Albrecht versuche nun „eine breite parteienübergreifende Front gegen den KBW zu gewinnen".

Das war der vorläufige Höhepunkt des Überschwangs. Die ARD-Abendnachrichten hielten sich bereits zurück. In den Rundfunknachrichten und in den Spätnachrichten der Fernsehanstalten wurde die Sache einfach fallen gelassen. Vorbei war es mit dem Überschwang. Die bürgerlichen Politiker scheinen sich dem wirklichen Problem zu nähern. Der KBW stellt für sie eine Gefahr dar, weil und wenn er sich mit den Massen in bestimmten Kämpfen gegen Ausbeutung, Ausplünderung und Unterdrückung verbindet. Mit Schlagtot-Methoden ist also kein Durchkommen, weil damit ist der KBW nicht zu zerschlagen. Wir sind in Zellen organisiert, und die Zellen verbinden sich mit den Massen. Mit Hauruck-Methoden sind da höchstens Anfangserfolge zu erzielen. Das war im Überschwang vergessen worden. Da mußte also nachgeschoben werden.

(Fortsetzung Seite 2)





Burbach / Saarbrücken. 10 000 Arbeiter und Angehörige aller Volksklassen haben am Mittwoch, dem 16. März, in Burbach bei Saarbrücken gegen die Entlassung von 1 300 Arbeitern und Angestellten durch den Röchling-Arbed-Konzern demonstriert. Am 9. März hatten bereits 6 000 Arbeiter in Völklingen gegen diese Massenentlassungen demonstriert. Rote Fahnen wurden auf der Demonstration mitgetragen. (Siehe auch Artikel Seite 9)

Mit staatlichen Subventionen die Ausbeutung verschärfen und Weltmarktanteile erringen

Zukunftinvestitionen Werftindustrie

Gegenwärtig werden von der Bundesregierung Zukunftsinvestitionen in Milliardenhöhe vergeben. Ein Teil dieser Summe wird an die westdeutschen Werften und Reeder vergeben. Damit soll die Krise in der Werftindustrie bereinigt werden. Es sollen Aufträge für Arbeitsplätze geschaffen werden. Das Gegenteil wird rauskommen: Ausweitung der Rationalisierung und Zusammenlegung von Kapazitäten verbunden mit Entlassungen.

Die weltweite Überkapazität in der Werftindustrie hat den Konkurrenzkampf weiter verschärft. Japan hat in der Krise den anderen Imperialisten Weltmarktanteile abgejagt. Durch niedrige Löhne und hohe staatliche Subventionen haben die japanischen Imperialisten die übrigen Imperialisten schlagen können. 1975 gingen etwa 60 % aller Aufträge an die japanischen Imperialisten. Tonnagemäßig lag ihr Anteil an der Weltschiffproduktion bei 50 %, wertmäßig bei 43 %. Über die Hälfte der Aufträge der westdeutschen Imperialisten ging an die japanischen Werften.
Die westeuropäischen Imperialisten haben von den japanischen Imperialisten eine Kapazitätsbeschränkung verlangt. Werner Schirmer, Vorstandsvorsitzender des Bremer Vulkan: „Der internationale Markt ist noch nicht tot, doch haben die Japaner ihn mit ihrer Dumping-Politik ruiniert. Dieser Verdrängungswettbewerb ist auch für die europäischen Reeder gefährlich. Denn wenn die europäischen Werften erst einmal aus der Produktion raus sind, sind die Reeder dem japanischen Monopol hilflos ausgeliefert.' (Weserkurier 16.3.77)
Am 9.3. stand in der „Emdener Zeitung", daß die Werfkapitalisten „ein offenes Ohr beim Bundeskanzler" gefunden haben. Spitzenvertreter der Werftindustrie, der Bundesregierung, der IG Metall (Loderer, vom Steeg) und einige Betriebsratsmitglieder großer Werften haben sich beim Bundeskanzler getroffen und beraten, wie sie das Programm der Finanzbourgeoisie durchsetzen können. In der selben Woche haben sich die Sozialdemokraten in Bewegung gesetzt. SPD-Bundestagsabgeordneter Grobecker, sowie Scherf, Kähler und Börnsen, alle SPD-Abgeordneten in der Bremischen Bürgerschaft, platzten am 10.3. in eine Betriebsratssitzung auf dem Bremer Vulkan. Geplant war ein Treffen mit dem Vorstand des Bremer Vulkan.
Kähler: „Wir haben vor, die Reederhilfe von 180 Mill. DM auf 300 bis 320 Mill. DM zu erhöhen .... Wir wollen diese Hilfe mit Auftragsbindung geben. Seid Ihr mit mir der Meinung, daß wir für eine bestimmte Zeit die Aufträge binden sollen? Wenn ja, dann macht eure Meinung doch bitte schön öffentlich!" (aus Bezirksbeilage 11 Bremen Unterweser)
Am 17.3. hat die Bundesregierung beschlossen, die Reederhilfe von 12,5 % auf 17,5 % für Schiffsneubauten anzuheben, wenn die Aufträge an westdeutsche Werften vergeben werden. Die Wirkung dieser „Hilfe" ist klar. Die Kapitalisten werden die billigsten Angebote machen, die die Schweißauspressung am weitesten vorangetrieben haben, die heute z.B. in der Lage sind, Aufträge zu nicht „kostendeckenden" Preisen anzunehmen. Dieses Programm wird die Konzentration beschleunigen und die Profite kräftig erhöhen.
Im Kampf um Neubauaufträge, besonders des 2,3 Mrd. DM-Fregatten-Auftrags, rücken bestimmte Kapitalgruppen in der Werftindustrie zusammen. Auf der einen Seite Howaldt Deutsche Werft (HDW) und Bremer Vulkan, auf der anderen Seite Blohm und Voss, AG Weser und Thyssen Nordseewerke (TNSW). Beide Gruppen haben jetzt Vorschläge und Bedingungen für den Bau der 6 Fregatten ausgearbeitet und legen sie in den nächsten Wochen der Bundesregierung vor. Für die Werftkapitalisten dürften das die wenigen Aufträge sein, die sie zu „kostendeckenden" Preisen annehmen.
Die Sozialdemokraten werden die Arbeiter ganz im Interesse der Kapitalisten dazu bringen wollen, stillzuhalten, wenn die Schweißauspressung im Interesse der Konkurrenzfähigkeit weitergetrieben wird, weil diese großartige Hilfe sonst für die Katz sei.

Bei Blohm und Voss Hamburg sollen in diesem Jahr über 1 300 Arbeiter und Angestellte entlassen werden, von denen mehrere hundert schon entlassen sind. Bei den Thyssen Nordseewerken in Emden sollen im Zeitraum von September 1976 bis September 1977 1 275 Arbeiter entlassen werden (Brief der Pressestelle der TNSW an die „Ostfriesenzeitung" vom 2.12.76)
HDW hat im letzten Geschäftsjahr die Belegschaft um 8 % abgebaut (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.2.)

Die AG Weser hat in einem Brief an die Sparkasse angekündigt, daß Ausländer in größerem Ausmaß gekündigt werden, warauf die Sparkasse ihre Angestellten angewiesen hat, keine Kontoüberziehung zuzulassen.

(Fortsetzung Seite 2)

Verbotsdrohungen gegen den KBW

Fortsetzung von Seite 1

Die Dienstagszeitungen äußerten sich meist zurückhaltend, nachdem ihnen Montag noch der Schaum auf den Lippen gestanden hatte. Dann im Laufe des Dienstags wurde der neue Dreh eingeleitet. Die „Gewerkschaft" der Polizei, also die Zusammenrottung der höheren Polizeibeamten im Deutschen Beamtenbund, einer durch und durch gewerkschaftsfeindlichen Organisiation, bezeichne den KBW als „Drahtzieher der Krawalle". Es sei zu überlegen, „ob diese Organisation nicht als kriminelle Vereinigung anzusehen sei". Mit dem *Wort* „Gewerkschaft" sind die Bourgeois schon ein Stückchen weiter. Bloß eine *Gewerkschaft* haben sie damit noch nicht für ihre Pläne gefunden. Darum werden sie sich in diesen Tagen intensiv bemühen. Dort wird der Kampf über Verbot oder nicht Verbot auch hauptsächlich ausgetragen werden. Werden es sich die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer leisten können, ebenfalls für ein Verbot des KBW offen einzutreten? Der Überschwang ist vorbei. Der zähe Kampf um das Verbot hat begonnen. Die CDU hat inzwischen beschlossen, eine Untersuchungskommission einzurichten, die „kommunistische Aktivitäten" und ein Verbot des KBW prüfen soll.

„Nach den Ereignissen am Bauplatz des KKW Grohnde mehren sich die Stimmen, die ein Verbot des Kommunistischen Bundes Westdeutschlands, KBW, fordern", meldeten die ARD-Nachrichten am Dienstagabend.

Es sind die Stimmen der Kapitalistenklasse. Um eine ernsthafte Gefahr darzustellen, brauchen sie unbedingt noch die Stimmen einiger Gewerkschaftsführer.

Um die Isolierung von der Arbeiterbewegung, deren Teil der KBW ist, muß sich die Bourgeoisie bemühen, wenn sie mit einem Verbot etwas erreichen will. Festere Verbindung mit der Arbeiterbewegung ist unsere Antwort auf die Verbotsdrohungen.

Streit zwischen Sozialdemokraten und Kapitalisten um Lehrlingsabgabe

Ablenkung vom Wesentlichen

Regierung, Gewerkschaftsführung und Kapitalisten haben sich erneut um das Ausbildungsplatzförderungsgesetz gestritten, diesmal um die Durchführung. Das Ergebnis ist, daß das Gesetz, das im September 1976 verabschiedet wurde, gar nicht erst zur Anwendung kommt.

Nach dem Ausbildungsplatzförderungsgesetz soll jeder Kapitalist, der jährlich eine Bruttolohnsumme von 400 000 DM auszahlt, – das sind ca. 20 Arbeiter, die er ausbeutet – 0,25 Prozent von der Bruttolohnsumme Abgabe zahlen. Das soll dann gemacht werden, wenn die angebotenen Lehrstellen nicht mit 12,5 Prozent die nachgefragten Lehrstellen übersteigen. Jeder Kapitalist soll aus diesem Topf pro Lehrstelle einen einmaligen Zuschuß zwischen 500 und 7 500 DM erhalten. Das wäre für die Kapitalisten wegen der Steuervorteile günstig, denn Abgabe und Zuschüsse sind steuerfrei. Bundesbildungsminister Rohde hat vor einigen Wochen einen Bericht vorgelegt, in dem er behauptet, es bestünde ein Defizit an Lehrstellen von 1,5 Prozent. Die Kapitalistenverbände haben das „wissenschaftlich" widerlegen lassen und behaupten, es fehlten gerade noch 9 000 Lehrstellen, um das Überangebot von 12,5 Prozent zu erreichen, diese würden aber gerade geschaffen, weshalb nunmehr die Abgabenregelung des Ausbildungsplatzförderungsgesetzes hinfällig sei. Beide Angaben sind schlichtweg erlogen. „9 Prozent der 1,2 Millionen arbeitslos gemeldeten Arbeiter in Westdeutschland sind Jugendliche. Von den Arbeitslosen hat ca. die Hälfte keine abgeschlossene Berufsausbildung. Mit der Zahl von 25 Prozent Schülern ohne Hauptschulabschluß ist die BRD innerhalb der EG-Staaten führend." „Jüngste Untersuchungen der OECD zeigten", schreibt das Handelsblatt am 25.2.77, „daß in Europa jede Rezession mehr jugendliche Arbeitslose hervorgebracht habe als die vorangegangene." Das ist die Lage, und die Kapitalisten hoffen, sie nutzen zu können.

Das Ausbildungsplatzförderungsgesetz ist nicht ausreichend für die Ziele des Finanzkapitals, warum sollten sie dann dafür sein?

Mit dem ebenfalls neuen Arbeitsplatzförderungsgesetz erhalten sie eh reichlich Zuschüsse für die Einstellung von Arbeitslosen und Lehrlingen, ohne daß sie Geld vorübergehend aus der Hand geben müssen. Mit dem Jugendarbeitsschutzgesetz, das am 1. Mai im letzten Jahr in Kraft getreten ist, ist ihnen jugendliche Nacht-Schicht und Akkordarbeit gesetzlich garantiert. Mit dem Berufsbildungsgesetz wollen die Sozialdemokraten die Schulpflicht bis zum 18. Lebensjahr aufheben, als erster Schritt soll das Berufsgrundbildungsjahr dienen. Diese Dinge, nicht die unzureichende Abgabenregelung, möchten die Kapitalisten gern beschleunigt in die Tat umgesetzt sehen. Die Jugendlichen kämpfen dagegen. Das Ausbildungsplatzförderungsgesetz der Sozialdemokraten ist demgegenüber ein großes Betrugsmanöver. Sie wollen den Eindruck erwecken, als wären die Interessen der Jugend gut bei ihnen aufgehoben, als täten sie etwas gegen die Jugendarbeitslosigkeit und ihre Folgen und würden dafür auch noch die Kapitalisten zur Kasse bitten.

Die IG Metall redet jetzt angesichts der Nichteinführung der Lehrlingsabgabe von „Manipulation der Lehrstellen durch die Unternehmer", die Jungsozialisten fühlen sich im Stich gelassen von den Kapitalisten und bezeichnen es als Verrat.

Die Sozialdemokraten hoffen, die Jugend in den Streit um „Abgaben" zu verwickeln, um sie vom Kampf gegen das Jugendarbeitsschutzgesetz und für die Einheitsschule bis zum 18. Lebensjahr abzuhalten. Den zu führen, darauf kommt es aber an.

Zukunftsinvestitionen Werftindustrie

Fortsetzung von Seite 1

Gleichzeitig wurden der Arbeitstag verdichtet und die Überstunden ausgedehnt. So werden auf der AG Weser heute Frachter gebaut, die eine Vorgabezeit von 22 000 Stunden haben, während auf der Seebeckwerft in Bremerhaven, wo sie in Serie hergestellt werden, die Vorgabezeit noch 28 000 Stunden beträgt. Bei der Umstellung auf diese Frachter und auf Container wurden von den Facharbeitern Überstunden erzwungen.

Die Krise in der Werftindustrie hat für die Kapitalisten gewaltige Gewinne gebracht. Die FAZ vom 16.3. schätzt die Gewinne der HDW auf 100 Millionen DM 1976. Dazu wurde den Arbeitern eine Summe von 350 Millionen DM in den letzten drei Jahren abgepreßt, die in neue Maschinerie investiert wurde.

HDW hatte aus Annullierungsverträgen alleine 150 Millionen DM „außerordentliche Erträge". Das setzt sie in die Lage, Neubauaufträge anzunehmen, die nicht „kostendeckend" sind.

Die Vulkan-Kapitalisten konnten im letzten Geschäftsjahr ihr Kapital um 6 Millionen DM erhöhen und hatten einen Bilanzgewinn von 20 Millionen DM (Handelsblatt, 1.3.)

Das jährliche Produktionsziel muß mindestens 3,5 Milliarden DM sein. Die Hälfte der Aufträge sollen westdeutsche Aufträge sein, dazu soll die Reederhilfe von derzeit 180 Millionen DM auf 300 bis 360 Millionen DM aufgestockt werden. Die andere Hälfte soll aus Aufträgen aus der Dritten Welt gedeckt werden, die zweckgebundene Kapitalhilfe bekommen sollen, dazu soll der Entwicklungshilfefonds von jetzt 170 Millionen DM kräftig aufgestockt werden.

Für die Werftkapitalisten bringt dieses Werfthilfeprogramm riesige Profite. Für die Werftarbeiter bedeutet es vermehrte Schweißauspressung. Es wird der Kampf dagegen aufgenommen. Auf dem Bremer Vulkan wurde die Verschärfung der Leistungskontrollen verhindert, die Akkordzettel werden genauestens geprüft. (cs)

Die Krise in der Werftindustrie hat sind. gedeckt werden, die zweckgebundene werden genauestens geprüft. (cs)

Rechtsrutsch in Hessen?

Man kann die Kommentare der üblicherweise als „links" eingestuften Presse, also „Express", „Arbeiterkampf" usw. schon ahnen. Rechtsrutsch in Hessen! werden sie schreiben und zu verstehen geben, daß sie von den Massen doch etwas enttäuscht sind. Nachhinken im Aufbau der Partei der Arbeiterklasse, Kompromisse mit dem Revisionismus, Vorherrschaft des Opportunismus in der Linken, das ist unsere Erklärung für das Ergebnis der Wahlen in Hessen.

Die CDU hat in einigen traditionellen Hochburgen der SPD die absolute Mehrheit errungen und ist inzwischen in allen Großstädten mit Ausnahme von Kassel die stärkste Partei. Gegenüber den Kommunalwahlen von 1972 hat sich ihre Stimmenzahl um fast 13 % vergrößert. Ihr Stimmenanteil beträgt 47,9 %. Das sind noch einmal 0,6 % mehr als in den Landtagswahlen von 1974.

Die Stimmen der SPD sind gegenüber den Kommunalwahlen von 1972 um 11 % zurückgegangen. Ihr Stimmanteil beträgt nur noch 42,3 %. Er liegt damit um 0,9 % niedriger als bei den Landtagswahlen 1974, wo die SPD bereits beträchtliche Einbrüche erlitten hatte.

Mit 79,4 % lag die Wahlbeteiligung um zwei Prozent niedriger als bei den Kommunalwahlen 1972, eine Tatsache, die von den bürgerlichen Kommentatoren nicht erwähnt wird. Für die CDU ist sie ein Tropfen Wermut in den Triumph. Für die SPD verschärft sie die Wahlniederlage, denn früher galt als Faustregel, daß eine niedere Wahlbeteiligung der SPD nützt, weil sie einen festen Wählerstamm hat. Die bürgerlichen Parteien legen also keinen Wert darauf, daß der Rückgang der Wahlbeteiligung gewürdigt wird.

Anders die Revolutionäre. Der Rückgang der Wahlbeteiligung zeigt einen Verschleiß aller bürgerlichen Parteien. Aber er zeigt auch, daß dieser Verschleiß leicht zu Abkehr von Politik führen kann, wenn es den Revolutionären nicht gelingt, den Ekel der Massen an den bürgerlichen Parteien umzuwandeln in Mobilisierung für die Revolution. Darauf aber kommt es den Kommunisten an, wenn sie sich an den Wahlen zu bürgerlichen Parlamenten beteiligen. Wieweit ihnen das gelingt, dafür ist die Stimmenzahl für ihre Listen und Kandidaten durchaus ein Gradmesser.

Die Wahlen in Hessen bringen keinen Rechtsrutsch zum Ausdruck. Dennoch ist das Wahlergebnis äußerst unerfreulich. Wenn sich die Massen von der Sozialdemokratie abwenden, ist das kein Wunder. Wo immer die Massen durch Maßnahmen des imperialistischen Staates getroffen werden, steht die Sozialdemokratie hinter diesen Maßnahmen und ist direkt für sie verantwortlich. Es gibt viele Kämpfe gegen diese Maßnahmen, z.B. gegen die imperialistische Bildungsreform, die ihre Schönheiten in Freigabe für Akkord- und Schichtarbeit, in Jugendarbeitslosigkeit, Verschärfung des Notendrucks und der Konkurrenz, in Verrottung des Schulwesens und Lehrerarbeitslosigkeit offenbart. Planmäßig wird der Anteil der Sonderschüler erhöht. Gegen all das gibt es Kampf. Dieser Kampf ist seinem Wesen nach revolutionär. Wenn er Hand in Hand mit Wahlgewinn einer bürgerlichen Partei, der CDU, geht, dann heißt das, daß in diesem Kampf noch keine Klarheit besteht und daß der Opportunismus verhindert, diese Klarheit zu schaffen.

Das Wahlergebnis bringt die Stokkung im Parteiaufbau schmerzlich zu Bewußtsein. Der KBW hat das Ergebnis der Bundestagswahlen 1972, als Brandt wieder gewählt wurde, seinerzeit als Ausdruck der spontanen Linksentwicklung in den Volksmassen interpretiert. Nur durch ihr Reformgeschwätz konnte die SPD diese spontane Linksentwicklung in Wahlstimmen für sich ummünzen. Der Betrug schlägt seit einiger Zeit auf die SPD zurück. Sie verliert die Wahlen. Aber die Kräfte des Volkes können sich nicht spontan ordnen. Gibt es Stockungen im Parteiaufbau, dann führt die Betrugspolitik der Sozialdemokratie bloß zu politischer Verwirrung und die Bourgeoisie profitiert insgesamt nach wie vor.

Die Stockung im Aufbau der Partei der Arbeiterklasse zeigt sich auch daran, daß die Revisionisten ihre Stimmen gegenüber den Kommunalwahlen von 1972 um 26 % erhöhen konnten und an manchen Orten wie Marburg haben sie sich erfolgreich hinter der SPD als neue Betrüger angeboten. In Marburg haben sie mit 3 519 Stimmen einen Stimmanteil von 10,3 % erreicht. Das ist viel und zeigt, daß der Revisionismus insbesondere unter der Intelligenz eine Basis findet, verspricht er doch der Intelligenz eine Zukunft als neue Bourgeoisie innerhalb eines vervollkommneten staatsmonopolistischen Systems und propagiert das als Sozialismus.

Wahlberechtigte Abgegebene Stimmen Wahlvorschlag	Kommunalwahlen (1) 1972 (2)	Landtagswahl 1974	Bundestagswahl (3) 1976	Kommunalwahlen (1) 1977
		Grundzahlen		
Wahlberechtigte	3 807 312	3 850 223	3 899 454	3 886 660
Wähler	3 099 409	3 264 209	3 585 275	3 087 204
Gültige Stimmen	3 050 765	3 230 420	3 558 002	3 032 238
davon entfielen auf				
CDU	1 288 204	1 528 793	1 593 695	1 451 119
SPD	1 440 322	1 394 123	1 626 365	1 282 301
FDP	194 462	238 726	300 864	163 827
DKP	27 905	28 699	15 732	35 135
KBW	-	2 732	3 327	5 297
NPD	17 220	32 713	11 988	4 372
andere Parteien	-	4 168	6 031	359
Wahlgemeinschaften	82 652	466	-	89 828

1) Gemeindewahlen in den kreisfreien Städten und Kreiswahlen
2) Ohne Berücksichtigung der Nachwahlen
3) Zweitstimmen

Woran liegt die Stockung im Aufbau der Partei, deren Gefahren im Ergebnis der hessischen Kommunalwahlen in die Augen springen? Sie liegt am Opportunismus und an dem Versuch, sich der spontanen Bewegung anzuhängen, statt ihr Bewußtsein zu heben und aus einer spontanen Bewegung gegen Erscheinungen des Kapitalismus und Imperialismus in eine revolutionäre Bewegung für den Sozialismus und Kommunismus umzuwandeln. Dies ist die Aufgabe der Vorhut, wenn sie nicht isoliert werden will, sondern die Arbeiterklasse zur Revolution führen will.

Der KBW hat in diesen Wahlen vielfach Erfahrungen gesammelt. Er hat gelernt, daß die Massen viele politische Fragen aufwerfen. Er hat auch gesehen, daß er oft erst noch lernen muß, diese Fragen selber richtig zu stellen, um sie gemeinsam mit den Massen in der Praxis des Klassenkampfes richtig beantworten zu können.

Schwarz-rot-goldner Strick

Zur „Solidarität nach innen" hat der sozialdemokratische Kanzler Schmidt in seiner Regierungserklärung aufgerufen. Dazu gehöre auch die „Solidarität mit den ausländischen Arbeitnehmern". Beabsichtigt ist verschärfte Spaltung und Unterdrückung der ausländischen Arbeiter und der ganzen Arbeiterklasse.

Vor kurzem hat die Bund-Länder-Kommission beschlossen, daß jugendliche Ausländer, die nach dem 31. Dezmber 76 in die BRD nachgezogen sind, ihre Arbeitskraft nicht verkaufen dürfen. Sie haben keine Rechte hier, sie haben keine Existenzgrundlage, sie werden abgeschoben, da ihre Eltern sie nicht ernähren können. Jugendliche, die in den Jahren davor zugezogen sind, dürfen „unter bestimmten Bedingungen" arbeiten. Die Bedingungen beinhalten, daß die Kapitalisten ihre junge und kräftige Arbietskraft billig und willig nutzen können. Wer nicht pariert, wird ebenfalls abgeschoben.

In dem neuen Schulgesetzentwurf hat der sozialdemokratische Hamburger Senat „Ausnahmen der Schulpflicht für Ausländer und Staatenlose" festgelegt. Diese „Ausnahmen" sind längst die Regel: 1975 besuchten in Hamburg von 5 245 türkischen Jugendlichen zwischen 6 und 18 Jahren nur dreiviertel überhaupt Hamburger Schulen. 60 % von denen, die die Schule besuchen, werden ohne Hauptschulabschluß ausgesiebt. Oft kommen sie auf Sonderschulen als „geistig behinderte". Jetzt sollen für die ausländischen Jugendlichen im schulpflichtigen Alter „nationale Übergangsklassen" geschaffen werden. Die besondere Feinheit dieser sozialdemokratischen Reform: Die ausländischen Jugendlichen werden von den gleichaltrigen Westdeutschen ausgesondert, sie lernen hautsächlich die Muttersprache, werden also gleich auf die Abschiebung in das Herkunftsland getrimmt und sollen, sofern das Finanzkapital Bedarf hat, als billigste Arbeitskraft jederzeit zur Verfügung stehen. Was braucht es da eine großartige Ausbildung?

In Hamburg haben sich türkische Familien gegen einen geldgierigen

In Hamburg haben sich türkische Familien gegen einen geldgierigen Hausbesitzer zur Wehr gesetzt, der ihnen für winzige Zimmer hohe Mieten abpreßte. Darauf drohte ihnen die Ausländerpolizei mit dem Entzug der Aufenthaltsgenehmigung, wenn sie nicht eine größere Wohnung nachweisen könnten.

Die Arbeiterklasse ist eine internationale Klasse. Die Arbeiter – gleich welcher Hautfarbe und Nationalität – stehen gemeinsam gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Deshalb dulden es auch die westdeutschen Arbeiter nicht, daß ihre italienischen oder türkischen Klassenbrüder, mit denen sie gemeinsam für die Kapitalisten schuften müssen, besonders gedrückt werden. Denn es würde auf die ganze Klasse zurückschlagen.

Diese Erfahrung wollen die Gewerkschaftssozialdemokraten verschütten. Damit die Kapitalistenklasse mithilfe der Sozialdemokraten in der Regierung und Gewerkschaft das imperialistische Programm durchsetzen kann und z.B. die Abspaltung der ausländischen Arbeiter und Jugendlichen vorantreiben kann. Zum 1.Mai haben sie deshalb eine Plakette herausgebracht mit schwarz-rot-golden Gestricktem drumherum. An diesem sollen die westdeutschen Arbeiter gemeinsam mit ihren Ausbeutern ziehen. Es sind die Farben der imperialistischen Expansion und der Vorbereitung des Krieges, wofür die Arbeiter die Knochen hinhalten sollen.

Kommunistische Volkszeitung – Ausgabe Nord – Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J.Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Postfach 5129, Sandhofer Straße 29, 6800 Mannheim, Telefon 0621 / 752015 – gedruckt in Plankstadt – Redaktion: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Telefon 0511 / 814045 – Zu bestellen über Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 5129, Sandhofer Straße 29 6800 Mannheim – Jahresabonement incl. Porto: 36 DM – Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 12/ 1977: 32. 000

Gegen Ausbeutung und imperialistische Kriegsvorbereitung
Für die proletarische Weltrevolution

Aufruf zum 1. Mai

An diesem 1. Mai kann und muß die Arbeiterbewegung in Westdeutschland und Westberlin ein gutes Stück vorankommen. In den letzten Jahren ist die Arbeiterbewegung Jahr für Jahr stärker geworden. Seit der Krise 1966/67 hat sie immer wieder große Streikkämpfe geführt zur Verteidigung ihrer wirtschaftlichen Lage. Dabei hat die Arbeiterbewegung trotz der und gegen die sozialdemokratische Führung in den Gewerkschaften die wirtschaftlichen und politischen Pläne der Finanzbourgeoisie empfindlich durchkreuzt. Das war 1969 der Fall, als Zehntausende von Arbeitern in selbständigen Streiks sich Lohnerhöhungen erkämpften. Das war der Fall in den großen Tarifstreiks in der Metallindustrie Baden-Württembergs und im Öffentlichen Dienst 1971 und 1974. 1973, zu Beginn der Krise, haben die Arbeiter verschiedener Industriezweige wie des Öffentlichen Dienstes in selbständigen Streiks gegen die Verschärfung der Ausbeutung und gegen die absolute Verelendung mittels Inflation den Kampf geführt. Hartnäckig wurden während der ganzen Krise Kämpfe gegen die kapitalistische Rationalisierung, gegen Stillegungen und Entlassungen geführt. Diese Kämpfe gewinnen jetzt in der Stahl- und Metallindustrie neuen Umfang und neue Kraft.

Am letzten 1. Mai standen die Arbeiter der Druckindustrie in einem harten Tarifstreik und fanden bei der ganzen Arbeiterbewegung Unterstützung. In jedem Tarifkampf der letzten Jahre kam es zu größeren Streikbewegungen, mit denen die Arbeiter und Angestellten den Kampf gegen die Verschärfung der Ausbeutung und gegen die Verschlechterung ihrer Lage wie gegen den Ausverkauf ihrer Interessen durch die Sozialdemokratie führten. In all diesen Kämpfen hat die Arbeiterbewegung Kraft und Bewußtsein gewonnen. Sie ist zum Hauptfaktor im Kampf der Volksmassen gegen die Ausplünderungs- und Unterdrükkungspolitik des imperialistischen Staates geworden. Diese Stärke der Arbeiterbewegung ist eine Tatsache, mit der sich die Kapitalistenklasse und der imperialistische Staat wie die Sozialdemokratie niemals abfinden werden.

Kapitalistenklasse und Sozialdemokratie bekämpfen die Arbeiterbewegung mit allen Mitteln, und jetzt versuchen sie in diesem Kampf einen Durchbruch zu erzielen.

Die Überproduktionskrise der letzten Jahre hat den Kapitalisten den Fall der Profitrate und die Todesgefahr ihres Ausbeutungssystems schlagartig bewußt gemacht. Nichts wird mehr sein wie vor 1974, hat Helmut Schmidt in seiner Neujahrsansprache erklärt. Die imperialistische Konkurrenz auf dem Weltmarkt und um die Beherrschung der Welt hat sich unter dem Druck der Krise verschärft und drängt zur Entscheidung. Welche Monopolgruppe wird die andere Monopolgruppe niederringen? Welcher imperialistische Staat wird in Europa die Vorherrschaft erringen, welche der beiden Supermächte kann im Kampf um die Weltherrschaft die andere Supermacht niederschlagen? Für die Imperialisten sind das drängende Fragen und sie bereiten die Entscheidung dieser Fragen vor. Der Handelskrieg wird geführt und der Krieg mit Waffen wird hektisch vorbereitet.

Die imperialistischen Staaten und die beiden Supermächte an ihrer Spitze stehen längst unter dem Beschuß der Dritten Welt. Sie werden durch die ideologischen, politischen und militärischen Initiativen der Völker der Dritten Welt, der ehemaligen Kolonialvölker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas in die Enge getrieben. Zur Aufgabe ihrer imperialistischen Absichten bringt sie das nicht. Sie tun alles, um die unwiderstehliche Strömung Staaten wollen Unabhängigkeit, Nationen wollen Befreiung, die Völker wollen Revolution aufzuhalten und zurückzudämmen. Doch sind ihre Bemühungen vergeblich. Die Völker der Dritten Welt sind seit langem die Hauptkraft im Kampf gegen den Imperialismus, den imperialistischen Krieg und die Beherrschung der Welt durch ein, zwei Supermächte geworden.

Je mehr die imperialistischen Staaten von dieser Seite in die Enge getrieben werden, desto mehr verschärft sich ihre Konkurrenz untereinander, um sich in dieser Enge Platz zu schaffen. Schmerzlich ist für die Imperialisten die Stärke der Arbeiterbewegung. Sie wird ihnen immer unerträglicher.

Unter dem Einfluß der ausgezeichneten revolutionären Lage in der Welt hat sich die Arbeiterbewegung in den imperialistischen Ländern von dem Druck früherer Niederlagen befreit. Unbedingt müssen die Imperialisten versuchen, der Arbeiterbewegung neue Niederlagen zu bereiten, um sie noch einmal niederzuschlagen, bevor ihnen endgültig die Totenglocke läutet. Wie sollen die Imperialisten einen Krieg führen, wenn sie die Arbeiterbewegung nicht niederschlagen? Und wie sollen sie ihre Konkurrenten besiegen, wenn die Arbeiterbewegung sich im Kampf gegen die Ausbeutung und Unterdrückung zusammenschließt?

Die Imperialisten gehen zielstrebig daran, die Arbeiterbewegung niederzuschlagen. Sie haben dabei eine zuverlässige Hilfe: die Sozialdemokratie und die Revisionisten. Wie könnten sich die Handvoll Kapitalisten Hoffnungen machen, die millionenstarke Arbeiterbewegung niederzuschlagen, wenn sie sich nicht auf die Sozialdemokratie und die Revisionisten stützen könnten, die die Arbeiterbewegung spalten und zersetzen, und die Gewerkschaften, diese elementaren Organisationen der Arbeiterklasse, nutzen, um die Arbeiterbewegung zu fesseln und zu unterdrücken?

Das machen die Sozialdemokraten schon lange. Sie machen es jetzt offen und frech. In den diesjährigen Tarifkämpfen in der IG Metall und in der ÖTV haben sie offen gespalten. In der IG Druck haben sie die Forderungen der Druckarbeiter für den Tarifkampf einfach beiseite geschoben und in der IG Chemie sind sie dazu übergegangen, für die höheren Lohngruppen höhere Prozentforderungen aufzustellen als für die niederen. Die Sozialdemokraten in der Regierung gehen zu einer Politik des offenen Betrugs über. Aus „Gerechtigkeit" gehen sie den Rentnern mit Rentenkürzungen ans Leben. Aus „Kinderliebe" erhöhen sie die Mehrwertsteuern. Mit ihrer Steuerpolitik haben sie den Imperialisten eine Waffe gegen die Entfaltung des Lohnkampfes geschaffen, die durch die Steuerprogression die Lohnabhängigen spaltet und zum wirksamsten Instrument der absoluten Verelendung und der Mästung der Kapitalisten geworden ist. Die von den Sozialdemokraten für die Kapitalisten herbeigeführten Lohnabschlüsse spalten die Belegschaften auseinander, in die Massen, die bloß noch mit Überstunden, Schichtarbeit und Akkordschinderei das Existenzminimum sichern können, und in eine schmale Schicht von Arbeiteraristokraten, die ihre Existenz damit fristen sollen, daß sie sich mit Haut und Haaren an die Kapitalisten verkaufen und sich in der Unterdrückung und Hetze der Masse der Arbeiter hervortun.

Schamlose Unterdrückung der Jugend und des Volkes durch Schule und Polizei, Beseitigung der Schutzrechte der Arbeiterjugend gegen Akkord- und Schichtarbeit und Unterhöhlung jedes der erkämpften Rechte der Arbeiterklasse und der Jugend, das ist eine weitere Seite der Sozialdemokratie an der Regierung. Schürung der Konkurrenz unter der Jugend mit Hilfe des Notensystems, damit sie sich der Konkurrenz unterwerfen, die das Lohnsystem hervortreibt, darin sind die führenden Sozialdemokraten wahre Meister. All dies dient der „Gerechtigkeit", wie die Sozialdemokraten sagen, zum Beispiel der „gerechten Entlohnung" und Beförderung entsprechend der Leistung. Es dient der Spaltung, damit schrankenlose Ausbeutung und Unterdrückung herrschen und die Imperialisten in Konkurrenz und Krieg sich austoben können, ohne durch den Zusammenschluß der Arbeiterklasse und der Volksmassen daran gehindert zu werden.

Die spontane Arbeiterbewegung hat den Berufsbetrüger Brandt seinerzeit an die Regierung gespült. Die spontane Arbeiterbewegung ist durch die Sozialdemokratie bei vielen Gelegenheiten nach Strich und Faden betrogen worden. Der Drang der Arbeiterklasse nach Verbesserung der allgemeinen Schulbildung ist von der Sozialdemokratie in die imperialistische Bildungsreform umgebogen worden, die in Verbindung mit der Arbeitslosigkeit jetzt Millionen Jugendliche der Verrohung und dem frühzeitigen Verschleiß durch Akkord und Schichtarbeit ausliefert. Der Widerstand der Arbeiterklasse gegen die Vernichtung von Mensch und Natur durch den Kapitalismus ist von den Sozialdemokraten in gigantische Ausplünderungszüge unter dem Deckmantel der Infrastrukturreform umgebogen worden. Der Stolz der Arbeiter auf die Entwicklung der Produktivkräfte und den technischen Fortschritt soll jetzt durch die Sozialdemokratie mobilisiert werden, um das imperialistische Energieprogramm durchzusetzen, mit dem Kernenergieprogramm als Zentrum. Auch hier hat die Sozialdemokratie nichts anderes im Sinn als imperialistische Abenteuer, finanziert durch die Ausplünderung der Massen über Erhöhung der Strompreise und sonstiger Gebühren. Jetzt, mit ihrer offenen Spaltungs- und Unterdrückungspolitik will die Sozialdemokratie von Betrug und Zersetzung der Arbeiterbewegung zu ihrer Zerschlagung übergehen. Am 14. August 1914 haben die Sozialdemokraten Krediten für den imperialistischen Krieg zugestimmt. Eine solche Politik machen sie auch jetzt, und sie wollen dabei das Regierungsruder für die Imperialisten sogar selber in der Hand halten.

Die Arbeiterbewegung muß mit der Sozialdemokratie brechen, wenn die Arbeiterklasse nicht von der Sozialdemokratie den Plänen der Imperialisten unterworfen und schließlich erneut in einem imperialistischen Krieg verheizt werden soll. Ältere Arbeiter und Arbeiterinnen riechen die Kriegsgefahr förmlich, die in der Luft liegt. Die US-Imperialisten haben mit Carter bereits einen Kriegspräsidenten an die Spitze gestellt. Die sozialimperialistischen Rivalen der USA, die sowjetischen Revisionisten, sind natürlich nicht gewillt, sich der Gegenoffensive des US-Imperialismus zu beugen. Die westdeutschen Imperialisten ordnen ihre Kräfte, um in dem Krieg, den die Supermächte vorbereiten, ihren Teil zu spielen und einzustreichen.

Die Arbeiterbewegung hat in den letzten Jahren ihre Kräfte entwickelt. Sie hat diese Kräfte spontan entfaltet und hat damit große Kämpfe geführt. Sie muß ihre Kräfte stählen gegenüber dem jetzigen Angriff der Kapitalisten. Höheres Bewußtsein und größere Klarheit als bisher muß sich die Arbeiterbewegung verschaffen, wenn sie sich trotz der Spaltungsbemühungen durch die Sozialdemokratie weiterentwickeln will. Sie muß sich auf ein Aktionsprogramm einigen, um der Ausbeutung durch die Kapitalisten mit der Kraft der Arbeiterklasse Schranken zu ziehen, den drohenden Krieg zu bekämpfen und die Kraft zu sammeln für die proletarische Revolution. Die Arbeiterklasse hat das Ziel, die Ausbeutung zu beseitigen und an die Stelle der kapitalistischen Klassengesellschaft den Kommunismus, die klassenlose Gesellschaft, zu setzen. Die Arbeiterklasse hat dazu die Mittel: Eroberung der politischen Macht durch den Sturz der herrschenden Klasse, Zerschlagung des imperialistischen Staatsapparates und Errichtung der Diktatur des Proletariats, damit mit der Diktatur der Ausbeuter Schluß ist.

Die Arbeiterklasse ist eine internationale Klasse. Wird einer ausgebeutet, dann hat er mit den anderen Ausgebeuteten gemeinsame Interessen und nicht mit den Kapitalisten der eigenen Hautfarbe und der eigenen Nationalität. Der DGB hat die Unverfrorenheit, zum 1. Mai eine Plakette mit einem schwarz-rot-goldenen Strick herauszubringen. Die Farbe der Arbeiterklasse ist rot und ihre Symbole sind Hammer und Sichel und andere Werkzeuge. Und doch enthält die Plakette ein gut Stück Wahrheit, Wahrheit über die Absichten der Sozialdemokraten: mit dem schwarz-rot-goldenen Strick will sie die Arbeiterklasse fesseln. Von den Lohnraubabschlüssen will sie weitergehen im Ausbau des Militärzuchthauses, das der Imperialismus für die Arbeiterklasse bedeutet, und die Arbeiter sollen dies Militärzuchthaus auch noch als Vaterland hochhalten.

Große Anstrengungen sind notwendig, um die Angriffe der Imperialisten auf die Arbeiterbewegung zurückzuschlagen. Werden diese Anstrengungen unternommen, dann wird der 1. Mai 1977 einen großen Schritt voranbringen und die Pläne der Imperialisten durchkreuzen. Dafür müssen sich die Arbeiter zusammenschließen in Westdeutschland und Westberlin, dazu müssen sie sich mit ihren ausländischen Klassenbrüdern in Westdeutschland und Westberlin zusammenschließen. Dafür müssen sie sich als Teil der internationalen Arbeiterklasse begreifen und sich am 1. Mai mit ihren Klassenbrüdern in aller Welt vereinen. Dafür müssen sie die Volksmassen mobilisieren, damit sie am 1. Mai mit der Arbeiterbewegung zusammengehen und sich im Kampf mit ihr verbinden.

Das ist die Aufgabe. Sie ist lösbar.

Es lebe der 1. Mai, der Kampftag der internationalen Arbeiterklasse.

Kommunistischer Bund Westdeutschland
Zentrales Komitee/
Ständiger Ausschuß
Mannheim, 20. März 1977



Demonstration am 1. Mai 1976 in Westberlin

Die Völker der Dritten Welt sind Hauptkraft im Kampf gegen den Imperialismus (Befreiungskämpfer in Zimbabwe bilden sich aus).

1. Mai 1977

7 Stunden Normalarbeitstag – 35-Stundenwoche an 5 Arbeitstagen – Voller Lohnausgleich!

Nieder mit dem Akkordsystem! Verbot von Nacht- und Schichtarbeit!

Weg mit der Mehrwertsteuererhöhung! Weg mit allen indirekten Steuern! 1 500 DM Steuerfreibetrag!

Die Kapitalisten sollen die Versicherungsbeiträge bezahlen! Selbstverwaltung durch die Versicherten!

Weg mit dem § 218!

Nieder mit dem Notensystem! Einheitsschule!

Uneingeschränktes Streikrecht – Weg mit dem KPD-Verbot!

Gleiche Rechte für deutsche und ausländische Arbeiter!

Gewerkschaftliche und politische Freiheiten im Öffentlichen Dienst und in der Armee! Lohnfortzahlung in der Armee!

Nieder mit dem Ausplünderungsprogramm der Regierung! Kampf dem Expansionismus und den Kriegsvorbereitungen!

Nieder mit Imperialismus und Reaktion! Es lebe der Sozialismus!

Raus aus der NATO – Abzug aller fremden Truppen!

Nieder mit dem US-Imperialismus und dem Sozialimperialismus!

Verbot und Vernichtung aller Kernwaffen!

Es lebe der bewaffnete Befreiungskampf der unterdrückten Völker – Es lebe der bewaffnete Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe! Sofortige Anerkennung der Patriotischen Front durch die Bundesregierung!

Proletarier aller Länder, vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Es lebe die proletarische Weltrevolution!

Vorwärts im Kampf für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes!
Vorwärts im Kampf für den Sieg des Sozialismus!

Schicht- und Nachtarbeit – die Folgen für den Arbeiter

Warum ist man als Schichtarbeiter schneller kaputt?

Ursachen der rascheren Zerstörung der Gesundheit

30 bis 40 Prozent der Wechselschichtarbeiter haben Gastritis. Magengeschwüre treten bei ihnen achtmal häufiger auf als bei anderen Arbeitern, und dort ist es schon häufig genug. Schlafstörungen, Nicht-essen-können, hoher Blutdruck und Puls – dies beschreibt, lange nicht vollständig, die besondere Zerstörung der Arbeitskraft durch die Schichtarbeit. Das ist nichts Neues. Mindestens den Arbeitern, die zur Schichtarbeit gezwungen sind, ist es bekannt. Nicht bekannt ist, *warum* dies so ist. Die Bourgeoisie hat in ihrem Hunger nach Ausbeutung fremder Arbeitskraft rund um die Uhr alles Interesse daran, die Ursachen der Krankheiten, des Verschleißes und des erzwungenen frühzeitigen Ausscheidens aus der Produktion im Dunkeln zu lassen.

Den Kapitalisten geht es um den Profit. Mit der gleichen Summe Kapital, angelegt in Maschinen und Fabrikgebäuden, beutet der Kapitalist bei Schichtarbeit doppelt soviel oder die dreifache Zahl der Arbeiter aus. Die Profitrate steigt. Die Maschine wird schneller verbraucht, die Gefahr wird geringer, daß sie veraltet, ohne ihren Wert bereits vollständig auf die produzierten Waren übertragen zu haben. Was für den Kapitalisten geringere Kosten und höheren Profit bedeutet, heißt für den Arbeiter Ruin seiner Gesundheit und damit Vernichtung seiner Arbeitskraft:

Die Schichtarbeit, besonders die Nachtschichtarbeit, bedeutet Unterdrückung der Reproduktionsvorgänge im menschlichen Körper und ihres Rhythmus. Die Spiegel der Hormone ACTH und Cortisol verändern sich beim Menschen in einem 24-Stunden-Rhythmus. Diese Hormone regeln die Bereitstellung von Energiestoffen durch Proteinabbau und Glucosebildung. Ist ihr Spiegel hoch, stehen Energiestoffe zur Verfügung, die gebraucht werden bei der Arbeit, ist ihr Spiegel niedrig, ist der menschliche Körper nicht auf Verausgabung, sondern auf Reproduktion der verausgabten Energie eingestellt. Sein Maximum hat der ACTH-Spiegel morgens gegen 8 Uhr, sein Minimum nachts gegen 3 Uhr. Damit zusammenhängend und in einem ähnlichen Rhythmus verlaufen auch die Veränderungen der Körpertemperatur. Bei Schichtarbeit ist der Arbeiter gezwungen, ständig gegen diesen 24-Stunden-Rhythmus seines Körpers zu leben. Dieser Rhythmus stellt sich nicht um während der Schichtarbeit. Im Gegensatz z.B. zu einer Reise in Erdteile in eine andere Zeitzone. Dort paßt sich nach einer Übergangszeit der Rhythmus der veränderten Zeit an, weil die gesamten gesellschaftlichen Beziehungen des Menschen in entsprechend veränderten Zeiten ablaufen. Diese aber steuern den Rhythmus, und niemand, der Schicht arbeiten muß, wird die Nacht zum Tag machen. Stattdessen wird er weiter tagsüber mit seinen Kindern sprechen, einkaufen, abends ein Bier trinken usw. Durch die Schichtarbeit wird der gesamte Reproduktionsmechanismus gestört, der Spiegel der Hormone ACTH und Cortisol ständig erhöht, wie auch Körpertemperatur und Blutdruck nie das niedrige Niveau haben, das für eine ausreichende Reproduktion, also Wiederherstellung der körperlichen und geistigen Kraft, gebraucht wird. Diese Störungen sind nach den Nachtschichtwochen auch nicht einfach vorbei, sondern bleiben bis zu mehreren Monaten bestehen.

Die Folge sind schwere Gesundheitsstörungen. Bei 80 bis 90 Prozent der Wechselschichtarbeiter treten Schlafstörungen auf. Die Arbeiter schlafen nach Untersuchungen durchschnittlich 6 bis 7 Stunden während der Frühschichtwoche, 8 bis 9 Stunden bei Mittagsschicht und 4 bis 6 Stunden bei Nachtschicht. Arbeiter, die sich selbst Essen kochen und sonst versorgen müssen, schlafen während der Nachtschichtwochen durchschnittlich 2,5 Stunden.

Weil der Arbeiter müde ist, kann er oft kaum essen. Weil der Körper nachts kaum verdaut, treten zusätzliche Verdauungs- und Appetitstörungen auf. Es wird deshalb weniger gegessen, obwohl eigentlich mehr Nahrung gebraucht wird, weil mehr Kraft für die Arbeit aufgewandt werden muß. Gleichzeitig werden hochwertige Lebensmittel gebraucht, ein Schichtarbeiter, vor allem, wenn er nachts arbeiten muß, muß mehr Fleisch essen, da der Körper auf ständigen Eiweißabbau zur Lieferung der benötigten Energie angewiesen ist. Die Magensäureproduktion erhöht sich, Gastritis und Magengeschwüre sind häufige Folgen. Milch- und Milchprodukte werden in größerer Menge gebraucht. Der Schichtarbeiter ißt also weniger.

Dies alles – und es ist längst nicht alles, was an Gesundheitsschäden, vermehrten Unfällen usw. entsteht – führt zu früherer Verrentung und früherem Tod des Schichtarbeiters. Ein Drittel mehr schichtarbeiter als übrige Lohnabhängige werden Frührentner.

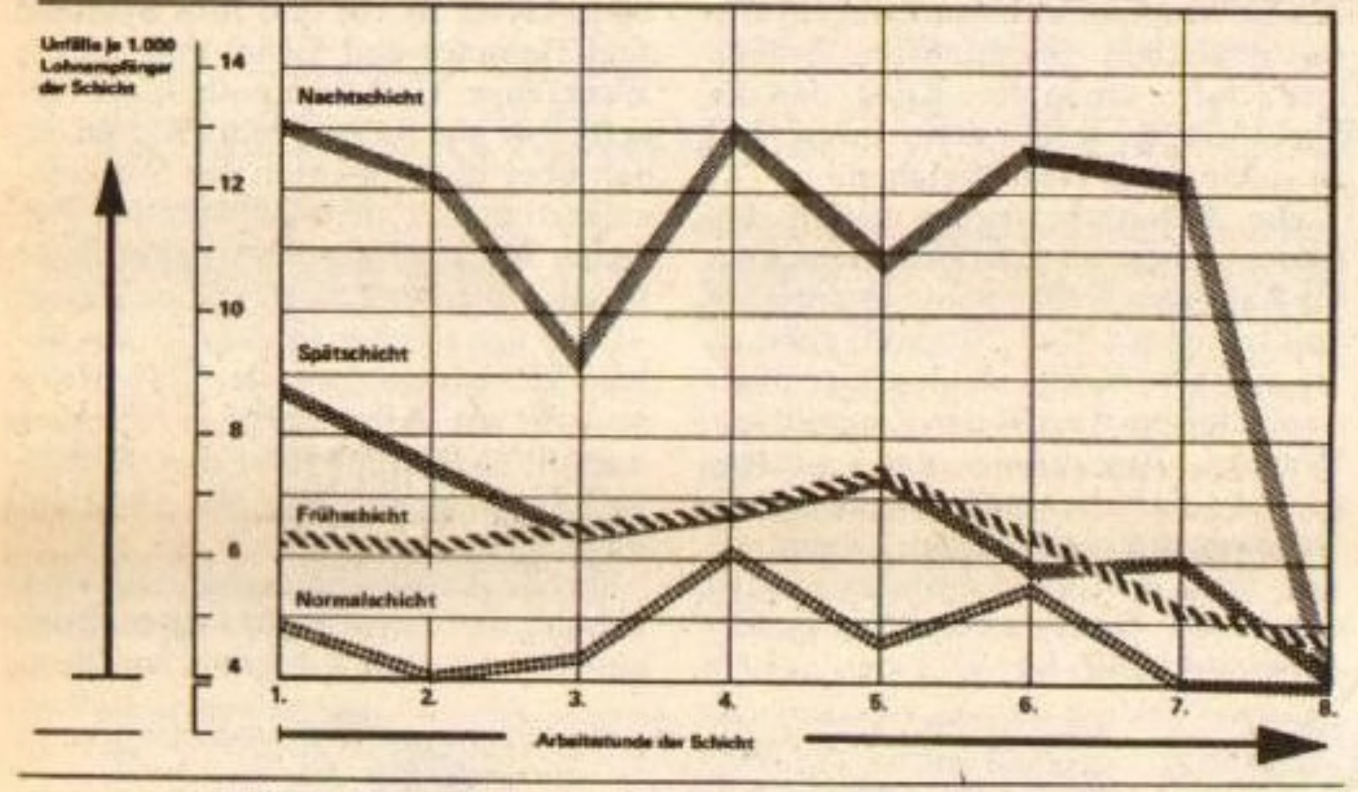
als er braucht, und muß gleichzeitig teurer essen.

Mit vegetativen Störungen, das heißt an Störungen der Nerven, die die Organe steuern, muß über die Hälfte der Schichtarbeiter leben. Eine weitere Widerwärtigkeit der Schichtarbeit ist, daß sie leichter zu Herzinfarkt führt. Weil der Arbeitsrhythmus im Widerspruch zu dem Reproduktionsrhythmus des Körpers steht, werden im Körper bereitgestellte Energiestoffe nicht vollständig verbrannt, es bleiben vermehrte Schlackstoffe zurück, die sich an den Wänden der Blutgefäße im Körper festsetzen. Die Blutzufuhr im Körper wird vermindert, was zum Herzinfarkt führen kann.

Die Kapitalisten weiten die Schichtarbeit aus. 5,8 Millionen Arbeiter und Angestellte arbeiten Schicht, also 28 % aller Lohnabhängigen. Jetzt, nach den Lohnsenkungen in den Tarifabschlüssen, wollen die Kapitalisten große Schritte machen bei der Ausweitung. Sie rechnen darauf, die Arbeiter bei niedrigen Löhnen durch die Schichtzulage in die Schichtarbeit zwingen zu können. Für die Arbeiter ist die Lohnsenkung alles andere als ein Anlaß, sich der Steigerung der Ausbeutung zu fügen. Sie tun es auch nicht und wehren sich gegen Schichteinführungen. Die niedrigen Löhne werden zu noch schnellerer Zerrüttung der Gesundheit des Arbeiters führen. Wer sich jetzt kein Auto mehr leisten kann und Schicht arbeiten muß, wird eine Stunde mit der Straßenbahn fahren und entsprechend weniger schlafen. Für Lebensmittel kann weniger ausgegeben werden.

Die Arbeiterklasse tritt der schrankenlosen Zerstörung ihrer Arbeitskraft durch die Kapitalisten entgegen. Wer vom Lohn lebt, muß das nicht nur heute tun. Er muß seine Arbeitskraft ständig verkaufen, wovon soll er sonst leben. Und er ist dagegen, daß die Arbeits- und Lebenskraft zerstört wird, die er braucht, um den Sturz der Kapitalistenherrschaft vorzubereiten und durchzuführen. Aus diesen Gründen ist die Forderung nach dem Verbot von Nacht- und Schichtarbeit von großer Bedeutung. Sie muß zum Bestandteil des gewerkschaftlichen Kampfprogramms werden. Am 1. Mai muß das gezeigt werden.

Meldepflichtige Betriebsunfälle nach Schichten und Arbeitsstunden der Lohnbelegschaft in der VW-AG 1975



„Man ist richtig fremd, obwohl man unter einem Dach wohnt“

1976 wurden in der Bundesrepublik über 100 000 Ehen geschieden. Auf jede vierte geschlossene Ehe kommt eine Scheidung. Der „Stern“ sieht darin ein Geschlechterproblem. „Ehe 77. Für den Mann noch attraktiv?“, überschreibt er eine Umfrage in Heft Nr. 10. Tatsächlich sind es aber ganz andere Gründe, die zur Zerrüttung der Ehen führen, jedenfalls der Ehen, die Arbeiter eingehen.

In Wolfsburg betrug die Anzahl der Scheidungen 1976 340. Das liegt weit über dem Durchschnitt Niedersachsens. Dabei ist bei VW-Wolfsburg auffällig, daß in den Abteilungen, wo Schicht gearbeitet wird, die Anzahl der Scheidungen viel größer ist, als in denen mit Normalschicht. Die meisten Scheidungen gibt es in den Abteilungen, in denen drei Schichten gearbeitet werden. In einer Drei-Schicht-Reparaturabteilung im Werkzeugbau der Halle 1 a sind beispielsweise 12 von 23 Kollegen geschieden.

In Gesprächen mit Arbeitern in Schichtabteilungen wurden folgende hauptsächlichen Gründe genannt, warum die Ehen zerrüttet werden: „Durch die Schichtarbeit ist man immer kaputt und müde. Wenn ich in der Frühschicht nach Hause komme, will ich meine Ruhe haben. Meine Frau war den ganzen Tag allein mit den Kindern zu Hause. Sie will sich natürlich mit mir unterhalten. Da gibt es Probleme mit den Kindern in der Schule usw. Ich esse dann nur und muß erstmal 'ne Stunde schlafen und meine Frau ist sauer. Wenn ich aufstehe, bleibe ich bei den Kindern und meine Frau geht einkaufen. Abends würde meine Frau gerne mal weggehen, ins Kino oder so. Aber bis die Kinder im Bett sind, ist es 8.00 Uhr geworden. Dann sehe ich noch die Tagesschau, mache mir Brot für die Arbeit zurecht. Um 9.00 Uhr muß ich schon schlafen gehen, sonst komme ich morgens um 4.15 Uhr nicht hoch. In der Spätschicht ist es noch schlimmer. Da kann man erst recht gar nichts zusammen unternehmen. Wenn ich um 23.00 Uhr von der Arbeit komme, schläft meine Frau schon. Ich bin dann aber von der Arbeit noch so kribbelig, daß ich vor 1.00 Uhr nicht einschlafen kann. Dann schläft man am Morgen etwas länger. Dann hat man noch vier Stunden und ab gehts zur Arbeit. In der Nachtschicht ist der Abend auch hin, da gehe ich um 21.00 Uhr zur Arbeit und bin morgens um 7.00 Uhr wieder zu Hause. Dann kann ich nicht einschlafen, obwohl ich müde bin. Auf der Straße ist schon Lärm, im Haus auch. Spätestens um 12.00 Uhr stehe ich auf. Dann ist man völlig unausgeschlafen, nervös und gereizt, wegen jeder Kleinigkeit gibt es Streit. Nachmittags um 6.00 Uhr lege ich mich dann noch mal schlafen, sonst kann ich mich in der Nachtschicht nicht wachhalten. Auch die Wochenenden sind dahin, wo man mal was gemeinsam unternehmen könnte. Sonnabends kommt man nach der Nachtschicht ja auch erst morgens nach Hause. Da kann ich mich nicht schlafen legen, weil dann meistens größere Einkäufe oder andere Sachen anliegen, zu denen man in der Woche nicht kommt. Dafür rennt man dann den ganzen Tag rum wie Falschgeld. Abends weggehen – gar nicht dran zu denken. Gegen 9.00 Uhr schlafe ich regelmäßig vor dem Fernseher ein. Ich kann an einer Hand abzählen, wie oft meine Frau und ich in den letzten Jahren, außer im Urlaub, zusammen was unternommen haben. Man ist sich richtig fremd, obwohl man unter einem Dach wohnt. Wir unterhalten uns oft darüber, das es Blödsinn ist, sich wegen jeder Kleinigkeit zu streiten, aber das hängt nicht vom guten Willen ab. Seit Jahren versuche ich, Normalschicht zu bekommen, aber das ist nicht drin.“

Im VW-Werk Wolfsburg arbeiten ca. 30 000 Arbeiter Schicht. Die Zahl der Schichtarbeiter nimmt zu. Mit dem Ausbau der elektronischen Datenverarbeitung müssen auch zunehmend Angestellte Schicht arbeiten. – (VW-Zelle Wolfsburg)

Durch Schichtarbeit können die Arbeiter die Verschlechterung der Lebenslage nicht ausgleichen

Die Schichtarbeit bedeutet nicht nur schnellen Verschleiß der Arbeitskraft. Sie ist auch ein finanzielles Verlustgeschäft für die Arbeiter und dient den Kapitalisten dazu, neben der rationellen Ausnutzung der Maschinen ein weiteres Stück Lebenskraft der Arbeiter in klingende Münze zu verwandeln.

Um das zu belegen haben wir mehrere Gespräche mit Schichtarbeitern und ihren Frauen geführt. Bei VW gibt es zwei Arten von Schichtzulagen. Die Nachtarbeitszulage von 28 %, die Zweischichtler die letzten drei Stunden der Spätschicht erhalten und die Nachtschichtzulage von 33 %, die in der Nachtschicht von 22 Uhr bis 6 Uhr gezahlt wird. Die Mehrheit der VW-Arbeiter, ca. 25 000, arbeiten Früh- und Spätschicht. Die Schichtzulage beträgt im Durchschnitt im Monat bei den meisten etwa 80 bis 100 DM. Wer verstärkt in der Fabrik ausgepreßt wird, braucht nicht nur mehr Erholung, er braucht auch mehr Geld. Notwendig ist es, mehr und besser zu essen, um den verstärkten Verschleiß halbwegs auszugleichen. Es ist bei Schichtarbeit beinah eine kleine Malzeit mehr am Tag, nach der Spätschicht bzw. ein zweites Frühstück in der Frühschicht. 40 bis 50 DM im Monat entstehen so an zusätzlichen Kosten. Größerer Verbrauch von Genußmitteln ist eine direkte Folge von Schichtarbeit.

Besonders Kaffee und Zigaretten, was ca. 20 bis 30 DM im Monat an Mehrausgaben macht, was eher zu wenig dafür angesetzt ist. Kosten entstehen dadurch, daß die Arbeiter durch die Schicht aus dem normalen sozialen Zusammenhang gerissen werden. Als Anhalt kann man nehmen, daß einmal alle zwei Monate es notwendig ist, einige Stunden unbezahlten Urlaub zu nehmen. Das kostet 20 bis 30 DM weniger Lohn. Ebenso ist es die Folge der Schichtarbeit, daß man zur Frühschicht eben mal zu spät kommt. Auch das kostet Lohn. Die Frau eines Arbeiters berichtet, daß sie in der Spätschicht ihren Mann regelmäßig zur Arbeit fahren muß, weil sie das Auto der Familie am späten Nachmittag braucht. 20 DM allein an Benzin mehr im Monat. Allein die hier aufgeführten Kosten übersteigen bei der geringsten Schätzung schon die Schichtzulage. Trotzdem steigt der Zwang zur Schichtarbeit, wenn den Kapitalisten ein Angriff auf den Lohn gelingt. Es ist so, weil tatsächlich 100 DM mehr zunächst einmal in der Haushaltskasse bei Schichtarbeit sind. Sie können verwendet werden zum Ausgleich der gestiegenen Warenpreise der vermehrten staatlichen Ausplünderung, indem der verstärkte Verschleiß der Arbeitskraft nicht oder nur unzureichend ausgeglichen wird. Eine Arbeiterin, die ledig ist und ein Kind hat, sagte uns: „Es ist für mich erstmal billiger so. Ich hab mein Kind bei meiner Mutter in Pflege, weil ich Schicht mache. Hätte ich Normalschicht, wäre das Kind bei mir und ich müßte Kindergarten und alles bezahlen. In Wirklichkeit ist es natürlich so, daß ich halt das Kind jetzt nur am Wochenende sehe.“ Durch mehr Arbeit, durch mehr Schichtarbeit, können die Arbeiter die Verschlechterung der Lebenslage nicht ausgleichen. So oder so führt das zum Zusammenbruch der Reproduktionsbasis der Arbeiterklasse.

Der Lohn reicht hinten und vorn nicht

Ständige Schichtarbeit, die gegenüber dem Normalarbeitstag Veränderungen der allgemeinen Lebensbedingungen erzwingt, bringt erhöhte Reproduktionskosten mit sich. Der Lohn eines Stahlarbeiters bei Klöckner Lohngruppe 4, verheiratet ohne Kind Steuerklasse 3, Frau arbeitet mit, in der Klasse 5, betrug im Januar 77 nach den 6-Prozent-Abschluß brutto 1 812 DM bei 168 Stunden im Monat.

Bei einem insgesamt schon mageren Bruttolohn plündern die Kapitalisten und ihr Staat über Versicherungen, Lohnsteuern noch 534 DM weg. Mit 1 200 DM, seine Frau bringt noch ca. 600 DM dazu – also insgesamt 1 800 DM soll der Schichtarbeiter auskommen. Er und seine Frau wollen sich kein Kind anschaffen. Von den 27 Mann seiner Abteilung sind 5 geschieden, haben gar nicht geheiratet oder haben keine Kinder, weil man unter solchen Bedingungen kein Kind großziehen will.

In den Siedlungen, wo die Klöckner-Arbeiter direkt wohnen, gibt es so gut wie keine Kindergärten und Spielplätze. Ein Abenteuerspielplatz ist in der Hasper Innenstadt, wohin man von Quanbusch oder von Spielbrink mit dem Bus fahren muß. Die Kinder müssen auf der Straße spielen, was in einer Siedlung, wo Schichtarbeiter wohnen, immer Ärger gibt, weil Nachtschichtarbeiter morgens schlafen müssen. Die Kinder müssen aber trotzdem spielen, also werden sie mit dem Bus in die Innenstadt geschickt. Ein Einzelfahrschein für ein Kind mit dem Bus kostet 60 Pfennig. Die meisten Arbeiter müssen sich ein Auto leisten. Erstens, weil die Busverbindungen meistens so schlecht sind, daß sie entweder gar nicht zur Schicht kommen können oder daß sie bis zu einer Stunde Anfahrzeit haben. Der ständige Wechsel zwischen in den Schlafgewohnheiten verlangt, daß der Arbeiter sich an seinen freien Tagen richtig erholen kann. Viele Arbeiter haben daher in den Naherholungsgebieten an den Talsperren der Umgebung sich durch jahrelanges Sparen oder auf Ratenzahlung Wochenendhäuser, Campingwagen oder ähnliches hingestellt, in denen sie jede freie Minute verbringen. Dazu braucht man einfach ein Auto. Das sind alles Kosten, die in die Reproduktionskosten eines Schichtarbeiters eingehen. Gerade auch deshalb reicht der Lohn vorne und hinten nicht. Kosten für extra Essenszubereitung denn der aluminiumverpackte Großküchenfraß, den es in der Kantine gibt, will sich keiner reintun – Kosten, um die Kinder tagsüber unterzubringen – Kosten wo man ein Auto haben muß, Kosten für die Erholung. Weil der Lohn so niedrig ist, sind die Arbeiter gezwungen, Schicht zu arbeiten. Aber der Lohn bleibt immer noch zu niedrig, um die erhöhte Reproduktion bei Schichtarbeit zu gewährleisten. Seit längerer Zeit schon diskutieren sie auch die Forderung nach dem Verbot derNacht- Schichtarbeit. Gerade jetzt im Hinblick auf den 1. Mai wollen sie auch die Forderung nach 1 500 DM Steuerfreibetrag diskutieren. – (h. Klöckner Hagen)

Bloß Kampf kann Einheit schaffen

Nach den Abschlüssen in der Metallindustrie und im Öffentlichen Dienst fühlt sich die Sozialdemokratie in den Gewerkschaften zu weiteren Spaltungsmanövern ermutigt. Am Donnerstag letzter Woche haben die ersten Verhandlungen mit den Druckkapitalisten stattgefunden. Der Verhandlungsführer der Druckkapitalisten hatte am Tag der Verhandlungen in die Presse einrücken lassen: „Wenn die Gewerkschaft eine Reallohnaufbesserung etwa wie in der Metallindustrie anstrebt, dann würde – in DM umgerechnet – der Lohnerhöhung in der Metallindustrie um 6,9 % eine entsprechende Anhebung in der Druckindustrie um 5,45 % entsprechen." Bei den Verhandlungen hat er gleich gar kein Angebot gemacht. Was aber weiß der Kommentator des Hessischen Rundfunks am Tag der Verhandlungen zu berichten? „Das heutige Verhandlungsklima wird von beiden Seiten als gut bezeichnet. Nichts deutet auf eventuelle schwere Auseinandersetzungen hin, wie etwa im vergangenen Jahr."

Daß die Sozialdemokratie Verständigung über einen Lohnraubabschluß plant, hat sie den Druckkapitalisten bereits signalisiert, indem sie die Forderung nach 9 Prozent aufstellte, mit der der Lohnraubabschluß in der Metallindustrie von Nordrhein-Westfalen aus eingeleitet wurde. Um diese Forderung aufzustellen, hatte die Tarifkommission erst die Beschlüsse der Ortsgruppen mit Füßen treten müssen. Klar, daß das ein gutes Verhandlungsklima schafft. In den Gewerkschaften dagegen ruft es Spaltung hervor. Wer jetzt von Einheit redet und nicht für die Änderung der Prozentforderung und die Durchsetzung der Forderung nach 1 DM aus den Ortsvereinen eintritt, unterstützt diese Spaltung, und wenn er noch so laut von Einheit re-
wenn er noch so laut von Einheit re-
det. Die Druckarbeiter haben die Wahl, ob sie die Forderung nach 9 Prozent stehen lassen. Dann wird die Spaltung weiterwirken, und es kann gar nichts anderes rauskommen als ein Abschluß wie der in der Metallindustrie. Als bei Daimler-Benz in Mannheim das Maiabzeichen des DGB für den 1. Mai ausgegeben wurde, haben die Arbeiter einer Abteilung das schwarz-rot-goldene Tau als 6,9-Prozent-Strick bezeichnet. Wenn sich die Druckarbeiter zusammenschließen, um diesen Strick zu durchschlagen, dann werden sie gewiß zuallererst von den Arbeitern und Angestellten in der Metallindustrie und im Öffentlichen Dienst Unterstützung finden.

Die Lohnraubabschlüsse der Sozialdemokratie mit den Kapitalisten beruhen auf Spaltung und sollen Spaltung hervorrufen. Die Masse wird gedrückt, ein kleiner Teil soll sich Hoffnung machen, durchzukommen. Ein noch kleinerer Teil, die Arbeiteraristokratie, soll sich mit den Kapitalisten verbinden bei der Verschärfung der Ausbeutung. In der IG Chemie haben die Sozialdemokraten in der Tarifkommission Nord-Rhein diese Tendenz der Prozentforderungen noch bewußt verstärkt. Sie haben für alle Arbeiter und Angestellten 8,5 Prozent gefordert, für die Lohngruppen 4 bis 6 haben sie jedoch zusätzlich die „Anbindung" an die Tarife der technischen Angestellten gefordert. Das bedeutet, daß für die drei unteren Lohngruppen rund 2 Prozent weniger gefordert wird als für die drei oberen. Was nützt es gegenüber dieser Politik der Sozialdemokraten auf die Schwierigkeiten hinzuweisen, die es machen wird, diese Forderungen umzustoßen und neue Beschlußfassung durchzusetzen? Wer zwischen Schwierigkeiten und dem Ausverkauf der Interessen zu wählen hat, der wird vernünftigerweise die Schwierigkeiten wählen und den Zusammenschluß der Arbeiter und Angestellten gegen die Politik der Sozialdemokratie suchen.

Druckindustrie: 9 %-Forderung der Großen Tarifkommission zurückweisen, erneute Beschlußfassung für 170 DM

Die Bewegung für Festgeldforderungen unter den Druckarbeitern ist vorhanden. Anfang des Jahres ist auf Ortsebene in Westberlin, Bremen 170 DM bzw. 1 DM mehr aufgestellt worden, in Osnabrück 150 DM, die Mitgliederversammlung Braunschweig sprach sich für eine Festgeldforderung aus. Zusätzlich aufgestellt wurde die Streichung der unteren Lohngruppen und der Gehilfenstaffel, in Westberlin auch der Sieben-Stunden-Tag.
Vorbereitet wurde die Beschlußfassung in den Gewerkschaftskörperschaften auf Ortsebene durch die Debatte im Betrieb, die Zusammenfassung der Erfahrungen sowie die Bindung der Vertrauensleute, Betriebsräte an die beschlossene Forderung.

Die Erfahrungen der Druckarbeiter lassen sich kurz zusammenfassen: Es sind die Rationalisierungen. Dort, wo bisher Fotosatz und die elektronische Datenverarbeitung noch nicht eingeführt worden sind, führen die Kapitalisten sie ein. Wo vorher qualifizierte Arbeit notwendig war, um z.B. Anzeigen zu produzieren, ist dann nur noch



einfache Arbeit notwendig, um die neue Maschine zu bedienen. Die Arbeitskraft, wieviel Qualifikation und wieviel Kenntnisse sich der Arbeiter auch angeeignet hat, wird im Wert gedrückt. Bei dem Betrieb Fromm in Osnabrück sollen die Maschinensetzer nach Einführung des Fotosatzes dann statt 120 % auch nur noch 100 % bekommen. Dagegen gibt es Kampf. Der Lohn des Maschinensetzers ist bloß zu halten, indem der Lohn der Fotosetzer steigt. Beim Verlagshaus Madsack in Hannover haben die Maschinensetzer und die Frauen, die über Bildschirmgeräte alle Kleinanzeigen aufnehmen, erreicht, daß die Frauen auch den Maschinensetzerlohn erhalten.

Die Umstellung der Produktion auf neue Techniken wird genutzt, den Arbeitstag zu verlängern und zu intensivieren. Bei Fromm (Osnabrück) waren während des Umbaus für den Fotosatz Überstunden und Samstagarbeit die Regel. Während jetzt ein Teil der Arbeiter ausgebildet wird zum Fotosatz, müssen die anderen doppelte Arbeit machen. Das „gute Anzeigengeschäft" der Kapitalisten wirkt in der gleichen Weise: Fast täglich mußten die Arbeiter in der Rotation bei Madsack Anzeigenbeilagen drucken, was zu verschärfter Arbeitshetze und Überstunden führt. Gefordert werden Neueinstellungen und eine Beilagen-Zulage.

Lohnkürzungen durch Streichung von Zulagen sind vorgekommen.

Diese Angriffe der Kapitalisten auf die Druckarbeiter zum Zwecke der Profitmaximierung bewirken einen schnellen Verschleiß der Arbeitskraft, gleichzeitig höhere Kosten zur Wiederherstellung der Arbeitskraft

Der Lohnkampf 1976 konnte nicht entschieden werden. Die Kapitalisten haben deshalb über das Jahr hin nachgesetzt. Teilweise konnten sie Siege erringen, teilweise wurden Angriffe von den Arbeitern zurückgeschlagen. In diesem Lohnkampf müssen die Arbeiter die Entscheidung suchen, um im Kampf gegen Rationalisierung, Intensivierung und Verlängerung des Arbeitstages voranzukommen.

Bei Mercator/Westberlin konnten sich so Hilfsarbeiter und Facharbeiter auf eine gemeinsame Forderung von 50 bis 60 Pfennig mehr als außertarifliche Zulage einigen.

Der erreichte Zusammenschluß spiegelt sich in dem geforderten Festgeld von 170 DM wider.

Nicht gelingt es, die deutsche Arbeiterklasse gegen die internationale Arbeiterklasse aufzuhetzen. Kämpfe der dänischen Druckarbeiter gegen die Bestrebungen der Kapitalisten der Zeitung „Berlinske Tidende", durch Rationalisierungen die Ausbeutung zu steigern, werden unterstützt. Geldspenden wurden an die streikenden Druckarbeiter übersandt und Streikbrecherarbeit unter Androhung, selbst in den Streik zu treten, in Hamburg verweigert.

Dieser Zusammenschluß, der die Grundlage ist, um den Lohnkampf gegen die Kapitalisten erfolgreich zu führen, und der die Voraussetzung schafft, einheitlich gegen Rationalisierung, Intensivierung und Verlängerung des Arbeitstages zu kämpfen, soll zerschlagen werden mit der 9 %-Forderung der Großen Tarifkommission der IG DruPa. Diese 9 %-Forderung vertieft die Spaltungslinien zwischen Hilfsarbeitern und besser bezahlten Facharbeitern. Sie schafft somit den Kapitalisten breiten Raum, für weitere schärfere Angriffe auf die Arbeitsbedingungen und den Lohn der Druckarbeiter. Notwendig ist deswegen das Umstürzen dieser 9 %-Forderung.

Die Arbeiter bei Fromm/Osnabrück, Ebeling-Drucke/Hamburg, Reprotechnik/Westberlin und einer Abteilung der Bundesdruckerei sowie die Auszubildenden an der Westberliner Gutenberg Berufsschule haben Briefe an den Hauptvorstand und die Große Tarifkommission geschrieben, mit denen sie fordern: Rücknahme der 9 %-Forderung, erneute Beschlußfassung über 1 DM, Durchsetzung der 1 DM-Forderung. – (bl)

Ottweiler. Seit Dienstag, dem 15. März, wird die Opel Kunststoffverarbeitung GmbH in Ottweiler bestreikt. 16 der insgesamt 23 Beschäftigten des Unternehmens haben ihre Arbeit niedergelegt.

Es handelt sich ausschließlich um Frauen, die in diesem Unternehmen zugeliefertes PVC-Schlauchmaterial zu medizinischen Einwegartikeln, Sonden, Beatmungsschläuchen u.ä. verarbeiten, verpacken und an den Fachhandel senden. Der Stundenlohn für die Arbeiterinnen betrug bis Sommer 76 3 DM. Erstmals wurde für diesen Betrieb zum 1. Juni 1976 ein Tarifvertrag zwischen dem Unternehmen, dessen Leitung nicht dem Arbeitgeberverband angehört, und der IG Chemie, Papier, Keramik abgeschlossen. Es wurde ein Grundstundenlohn von 5 DM für die Dauer eines halben Jahres ausgehandelt, mit dem die Frauen bei höchster Erfüllung des Akkords auf 6,75 DM kommen.

Die Forderung ist: Abschluß eines Tarifvertrages von mindestens der Lohngruppe I der Chemie, das sind 7,75 DM pro Stunde Grundlohn. Die Frauen richten sich darauf ein, 14 Tage und länger zu streiken, weil in 14 Tagen der Vorrat verbraucht sein wird und dann Facharbeiten an einem Schweißgerät ausgeübt werden müssen, die nur einige der streikenden Frauen durch Anlernzeit und jahrelange Routine beherrschen. Der Kapitalist setzt schon jetzt Streikbrecher ein, die unter lächerlichen Umständen ins Werk geschleust werden. So versteckten sich einige unter der Plane eines Lieferwagens, wurden jedoch von den Streikposten aufgehalten und entdeckt. Die IG Chemie hat jetzt in einem Flugblatt die Namen der Streikbrecher veröffentlicht, darunter auch ein Student der Saarbrücker Universität. Die IG Chemie will dafür sorgen, daß im AStA der Streik bekannt wird, dieser ihn an der Uni bekannt macht und den Streikbrecher auch an der Uni namentlich entlarvt. Einen Tag nach Streikbeginn hat die Saarbrücker Zeitung über den Streik berichtet. In Neunkirchen wurde spontan eine Unterschriftenliste erstellt, ca. 40 Unterschriften und 70 DM gesammelt und am nächsten Morgen zu den streikenden Frauen gebracht.

428 DM weniger als der Durchschnittsverdienst der Chemiearbeiter in Niedersachsen. Ich arbeite in einem „kleineren" Chemiebetrieb, Büsing und Fasch, mit ca. 550 Beschäftigten. Unser Tarifbezirk ist Niedersachsen. In der KVZ 11/76 wurde als Durchschnittswert für den Lohn der Chemieindustrie der BRD 11,48 DM angegeben. In Niedersachsen liegt dieser Wert bei 11,12 DM, das wären bei 170 Stunden 1890 DM brutto. Das verdient bei uns kein Arbeiter. Die höchste Lohngruppe für die Arbeiter ist die Lohn-
bei uns kein Arbeiter. Die höchste Lohn-
gruppe für die Arbeiter ist die Lohn-
gruppe 4, 9,04 DM Stundenlohn, das sind dann bei 170 Stunden 1462 DM brutto, also 428 DM weniger als der Durchschnittsverdienst der Chemiearbeiter in Niedersachsen. Davon bleiben keine 1000 DM netto, es reicht nicht zum Leben. So werden vor allem die unteren Lohngruppen zu Überstunden gezwungen.

Von der 40-Stundenwoche keine Spur. 45 Stunden im Durchschnitt bei den Ungelernten, das sind 20 Überstunden im Monat. Berechnet auf einen Stundenlohn von 8,60 DM, sind das dann 172 DM brutto. Das Geld, das wir zum Leben brauchen, müssen wir am Normalarbeitstag verdienen. Deshalb ist 170 DM die richtige Forderung. – (r)

HBV-Tarifkampf: Die Zersplitterung des Tarifwesens muß bekämpft werden.

Im Bereich der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen finden gegenwärtig verschiedene Tarifauseinandersetzungen statt. Für den Einzelhandel sind in Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Bremen die Tarife zum 30.4. gekündigt. Die Tarifkommissionen haben Forderungen von 9,4 %, mindestens 120 DM aufgestellt. Bei den Banken und Versicherungen sind die Tarife bundeseinheitlich. Dort wird bereits verhandelt. Im Groß- und Außenhandel sind kürzlich die Forderungen aufgestellt worden. In Westberlin fordert die HBV mindestens 145 DM. Diese Forderung war in den beiden größten Betrieben vorher beschlossen worden. In Hamburg hat die Mitgliederversammlung einstimmig 180 DM gefordert.

Die Löhne der Lohnabhängigen im Handel liegen noch weit unter denen in der Industrie. Im Hamburger Einzelhandel verdienen Verkäufer im ersten Berufsjahr nach der Lehre 885 DM. Netto sind das für viele noch jahrelang nach der Lehre weniger als 800 DM. Davon kann niemand leben. Mit Prämien versuchen die Handelskapitalisten auf Grundlage des elenden Tariflohns, die Konkurrenz unter den Lohnabhängigen zu schüren und die Arbeit noch weiter zu intensivieren. Fast 10 % des Lohns bestehen durchschnittlich aus „Gratifikationen und dergleichen" (Statistische Monatshefte Niedersachsen, 1976, S. 340).

Die Bourgeoisie will den Arbeitstag der Lohnabhängigen im Handel noch weiter ausdehnen. Dazu werden jetzt verschiedene Vorstöße zur Durchlöcherung des Ladenschlußgesetzes unternommen. Neben die Überstunden soll Schichtarbeit bis tief in den Abend treten. Friderichs hat kürzlich einen „Großversuch" mit verlängerten Öffnungszeiten in Westberlin vorgeschlagen. „Sehr gerne" würde sein Ministerium Haushaltsmittel bereitstellen für „Begleituntersuchungen" über Erfahrungen beim Umstoßen erkämpfter Arbeiterschutzgesetze. In Schleswig-Holstein hat die FDP-Fraktion beantragt, daß der Ladenschluß „flexibler" gehandhabt werden soll. Um die zerstörerischen Wirkungen der Intensivierung der Arbeit auf die Reproduktion ihrer Arbeitskraft abzuwehren, haben die Lohnabhängigen im Handel begonnen, den Kampf zur Verteidigung des Ladenschlusses und für Verkürzung der Arbeitszeit zu organisieren. An mehrern Orten wurden entsprechende Beschlüsse zu der kürzlichen Manteltarifauseinandersetzung gefaßt.

Ausreichenden Lohn können die Lohnabhängigen nur erkämpfen, wenn sie sich unter einheitlichen Forderungen zusammenschließen. Deshalb hat die HBV-Fachgruppe Großhandel in Hamburg 180 DM aufgestellt. Eine neue Tarifkommission wurde gewählt, ihre Mitglieder treten eisern für Festgeld ein. Unter dem Vorwand, es seien zu viele aus dem Buchgroßhandel in der Tarifkommission, hat der sozialdemokratische Landesvorstand jetzt ein neues Manöver gestartet, um die richtige Forderung umzustoßen. Am 29. März soll eine Funktionsträgerkonferenz stattfinden, auf der die Tarifkommission „umgebildet" werden soll.

Die Sozialdemokraten tun alles, um den einheitlichen Kampf um den Lohn zu verhindern. Die Zersplitterung des Tarifwesens bekämpfen sie nicht, sondern treiben sie noch voran. Im Einzelhandel sahen sie sich gezwungen, dem Druck aus den Betrieben mit der viel zu niedrigen Mindestforderung von 120 DM ein – kosmetisches – Zugeständnis zu machen. Nicht genug, daß jeweils spalterische Forderungen aufgestellt werden, die nur den Abteilungsleitern was bringen. Es werden auch noch jeweils *verschiedene* Spalterforderungen aufgestellt: im Einzelhandel 9,4 %, bei den Versicherungen 8,4 % und bei den Banken „mindestens" 8,25 %. Bei den Banken wollen die Sozialdemokraten „interessanterweise", wie das „Handelsblatt" aufmerksam registriert, „dieses Jahr bei den höheren Gehältern wegen der zusätzlichen Sozialversicherungsbelastung, aber auch zur Korrektur des Tarifs etwas mehr drauflegen als weiter unten." (16.3.) Die Kapitalisten haben gleich nachgesetzt: 5,5 % haben sie angeboten, über die „Nebenforderungen" nach mehr Urlaub etc. würden sie überhaupt nicht verhandeln.

Um weitere absolute Verelendung abzuwehren, muß der Lohnkampf für eine einheitliche Festgeldforderung organisiert werden. Die Hamburger Großhandelsbeschäftigten geben ein Beispiel. Am 21.3. hat auch die Tarifkommission der Fachgruppe Buchhandel und Verlage in Hamburg 180 DM aufgestellt.

Nicht diese Forderung muß umgestoßen werden, wie es die Sozialdemokraten jetzt versuchen, sondern die Spalterforderungen der Sozialdemokraten müssen weg und Festgeldforderungen aufgestellt werden.

Die Zersplitterung des Tarifwesens – 81 verschiedene Tarife gibt es allein im HBV-Landesbezirk Niedersachsen-Bremen, der größte Teil davon über Löhne und Gehälter – behindert den Zusammenschluß. Sie führt dazu, daß nicht die ganze Kraft dieser bedeutenden Abteilung der Lohnabhängigen in den Kampf geworfen werden kann, sondern nur jeweils einzelne Teile. Die Kapitalisten nutzen das weidlich aus. Schon mehrfach haben sie Verhandlungen monatelang verschleppt oder sogar für lange Zeit tariflosen Zustand herbeigeführt. Einheitliche Tarifverträge sind ein entscheidendes Kampfrecht der Arbeiterklasse. Die Aushöhlung dieses Rechts bei Handel und Banken muß bekämpft und behindert werden, wenn der gewerkschaftliche Kampf und die politische Einheit der Lohnabhängigen einen großen Schritt nach vorn machen soll. – (ug)

Bischöfe für Recht und Ordnung

„Wir rufen die Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) und die Vereinten Nationen dazu auf, eine internationale Polizeitruppe zu bilden, die in Uganda eingreifen und zur Wiederherstellung von Gesetz und Ordnung beitragen soll, wie dies im Kongo geschehen ist", fordern die anglikanischen Bischöfe von Kenia. Es ist dies der Appell an die Imperialisten, in Uganda einzumarschieren, sich das Land zu unterwerfen und den Präsidenten und ehemaligen Vorsitzenden der OAU, Idi Amin, umzubringen, und gleichzeitig ein Versuch zur Spaltung der afrikanischen Völker. Das „Terrorregime" in Uganda solle beseitigt werden, fordern die Gottesdiener und geben als Beispiel den Einmarsch der UNO-Truppen unter dem Kommando der USA 1960 im heutigen Zaire, dem damaligen Belgisch-Kongo an. Die US-Imperialisten versuchten damals, sich Zaire erneut zu unterwerfen. Sie vertrieben die fortschrittlichen Kräfte des Landes oder brachten sie um, wie den Premierminister Lumumba. Die Bischöfe von Kenia, zwischen deren Land und Uganda die Imperialisten ständig versuchen, Zwietracht zu säen, fordern die Imperialisten auf, ihre Herrschaft über die Völker Afrikas militärisch zu errichten und aufrechtzuerhalten. Es ist gerade so wie der Aufruf des Reformatoren Luther seinerzeit an die deutschen Kirchenfürsten und den Feudaladel „Wider die mörderischen und räuberischen Rotten der Bauern: Darum liebe Herren, loset hie, rettet da, steche, würge sie, wer da kann, bleibst du darüber tot, wohl dir, seligeren Tod kannst du nimmermehr überkommen", war Luthers Ruf zur Niederschlagung der Bauern.

Die Herrschaft des Feudaladels ist beendet worden. Dem Imperialisten steht auch nichts anderes bevor.

AG Weser will einen Teil der türkischen Arbeiter entlassen.

Bremen. In einem Brief der AG Weser an die Sparkasse Bremen teilt die Werft mit, daß sie einen Großteil der türkischen Kollegen entlassen will. Die Sparkasse wiederum wies ihre „Mitarbeiter" an, bei den Konten der türkischen Arbeiter besonders aufzupassen und keine Überziehung zuzulassen.

Hamburg. Eine Angestellte bei der Hamburg-Mannheimer-Versicherung mußte abtreiben. Sie lebt mit ihrem Mann in einer 1 Zimmer Altbauwohnung ohne Heizung und hat noch Schulden von der notwendigen Einrichtung nach der Heirat. Sie war die zweite von 65 Beschäftigten in der Abteilung, die innerhalb von zwei Monaten zur Abtreibung gezwungen war.

Der Arzt, der zunächst behauptete, daß keine Schwangerschaft vorläge, dann aber bei einer späteren Untersuchung die Schwangerschaft bestätigte, weigerte sich, auch illegal für 400 DM die Abtreibung vorzunehmen, weil zu dem Zeitpunkt die Frau bereits im vierten Monat war.

Jetzt ist eine größere Wohnung notwendig und feststeht, daß der Mann nach Feierabend noch schwarzarbeiten muß, um den Lebensunterhalt finanzieren zu können. Das Sozialamt hat eine Sozialwohnung abgelehnt, weil sie kein „Notfall" sei. Sie solle erst wiederkommen, wenn das Kind geboren ist und sie zu dritt in einem Zimmer sitzen, dann seien sie ein Notfall.

Feststeht, es sind die sozialen Verhältnisse, die zur Abtreibung zwingen. Sind Kinder geboren, können sie nur ernährt werden durch noch größere Ausbeutung der Arbeitskraft, indem man gezwungen ist, Überstunden zu machen oder schwarzzuarbeiten. Der § 218 muß weg.

Kampf der Stahlarbeiter an der Saar gegen Rationalisierung und Entrechtungen

Zehntausend Arbeiter und Angehörige aus allen Volksklassen haben am 16. März in Burbach bei Saarbrücken gegen die Entlassung von 1 300 Arbeitern und Angestellten durch den Röchling-Arbed-Konzern demonstriert. Minutenlang kam der Geschäftsführer auf der anschließenden Betriebsversammlung nicht zum Reden, während seiner Rede wurde er beständig durch Pfeifkonzerte und Zwischenrufe unterbrochen. Der feine Herr, der von sich sagt, er sei Stahlkocher, und noch nie an einem Hochofen oder an einer Walzstraße produktiv tätig geworden ist, wollte die Massenentlassungen rechtfertigen als eine Maßnahme zur Sicherung der restlichen Arbeitsplätze. Daß es ihm nicht um die restlichen Arbeitsplätze, sondern um die Profite des Konzerns ging, war den Stahlarbeitern klar.

Zwei Wochen zuvor hatten bereits 1 000 Arbeiter gegen die Entlassung von 900 Arbeitern bei den Neunkirchner Eisenwerken in Neunkirchen demonstriert. Am 9. März haben 6 000 gegen die Entlassungen durch den Röchling-Arbed-Konzern in Völklingen demonstriert. Die ganzen politischen Verhältnisse sind im Saarland in Bewegung gekommen. Die CDU-Regierung beeilt sich, neue Investitionsprojekte zu propagieren; die Pfaffen sagen, sie unterstützen den Kampf der Menschlichkeit wegen; die Sozialdemokraten meinen, die Maßnahmen der Stahlkapitalisten seien unsozial. Sie bemühen sich, einen Sozialplan auszuhandeln. Während sie am 15. März in der Demonstration ein Transparent tragen lassen: „Kampf der Arbeitslosigkeit, für Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen!" und ausgeben, es müsse gegen die Entlassungen gekämpft werden, sitzen sie bereits in Verhandlungen über den Sozialplan

Den Kampf gegen die Entlassungen haben die führenden Sozialdemokraten bereits aufgegeben, und über die Ursachen der Entlassungen verbreiten sie Unsinn. Sie sagen, einseitig sei das Saargebiet industrialisiert durch die falsche Politik der Landesregierung. Tatsache ist, daß die Stahlkapitalisten sich im Saargebiet jede Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt vom Leib hielten, um die Arbeitskraft besonders billig kaufen zu können. Tatsache ist, daß sie gegenüber der Konkurrenz besser ausgerüsteter Stahlkonzerne mit veralteter Maschinerie aus den Arbeitern das gleiche herausholen wollten. Das konnten sie sich wegen der niedrigen Löhne leisten. Die Löhne im Saargebiet liegen weit unter dem Bundesdurchschnitt. Möglich ist dies durch die Tarife, die die Sozialdemokraten jahrelang abgeschlossen haben, immer mit dem Hinweis, dafür seien wenigstens die Arbeitsplätze sicher, so auch die letzten räuberischen 6 Prozent. Die Überproduktionskrise in der Stahlindustrie ließ diese Phrase wie eine Seifenblase platzen. Drosselung der Produktion und scharfe Rationalisierung, so wollen die Stahlkapitalisten ihre angeschlagene Position auf dem Weltmarkt retten und ihre Profite sanieren.

Als der Geschäftsführer von Röchling, Krackow, darauf zu sprechen kam, war die Antwort aus dem Saal: „Legt den Kerl um!" Hilflos wollte der Kerl fragen, ob man denn eine Gesellschaft wisse, wo es ohne solche Maßnahmen gehe, war die Antwort der Stahlarbeiter schnell bei der Hand: „Ja, aber da wirst du nicht mehr da sein!" Die Wut und der Haß auf die Profitschinder treibt den Kampf der Stahlarbeiter an der Saar gegen alle Spaltungsversuche weiter. Besonders seit dem Jahr 1974, wo die Stahlkapitalisten die Nacht- und Schichtarbeit weiter ausgedehnt haben, wo sie Überstunden und Sonderschichten kloppen ließen, haben sie die Arbeitskraft der Stahlarbeiter immer schneller ruiniert. Mit der Krise wurde natürlich weder die Schichtarbeit noch die Überstunden eingeschränkt, sondern es wurde die Arbeitshetze verschärft und Kurzarbeit gefahren. Weniger Lohn, zum Teil mehrere Hundert Mark im Monat, und schnelle Alterung war der Segen der Marktwirtschaft für die Stahlarbeiter an der Saar. Diesem Segen haben sie den Kampf angesagt und aufgenommen. An der Saar steht die Frage: Gelingt es den Kapitalisten, ihre Absichten durchzusetzen und die Arbeitskraft der Arbeiter weiter zu ruinieren, die Löhne zu senken, was offiziell zum Sanierungsprogramm gehört, die Verelendung großer Teile der Arbeiterschaft an der Saar weiterzutreiben, die Arbeitslosigkeit weiter hochzutreiben, schon jetzt liegt sie bei 7 Prozent und in Neunkirchen über 10 Prozent, oder bauen die Stahlarbeiter eine Streikfront unter Forderungen gegen die Entlassungen und gegen die Rationalisierungen und gegen verschärfte Ausbeutung auf. Das Verbot der Nacht- und Schichtarbeit, der siebenstündige Normalarbeitstag, Arbeitslosengeld von 80 Prozent, Bezahlung der Versicherung durch die Kapitalisten sind die Forderungen, unter denen sich die Stahlarbeiter an der Saar zusammenschließen können, um gemeinsam mit der ganzen Arbeiterklasse den Kampf zu führen.

Bremerhaven. Auf der AG Weser-Seebeck-Werft in Bremerhaven liegt bei 40 Stunden Normalarbeit der monatliche Nettolohn zwischen 1 050 und 1 200 DM. Damit kommt keine Familie hin. Es müssen Überstunden gemacht werden. Im Gewerk 105 Vormontage lagen die durchschnittlichen Überstunden pro Arbeiter 1976 im Monat Januar bei 35, Febraur bei 33, März 26, April 24, Mai 14, Juni 24 Überstunden. Die Überstunden in der Schiffbauhalle und im gesamten Reparaturbereich liegen höher. In der Schiffbauhalle werden die Arbeiter zu regelmäßigen Überstunden gezwungen, da in zwei Schichten je 10 Stunden und sonnabends gearbeitet wird.

Durch die Überstunden, wie auch beim Weihnachtsgeld, steigt der Nettolohn kaum, aber der Teil, den der Staat kassiert und der Finanzbourgeoisie in den Rachen steckt, steigt gewaltig.

Ein Schweißer bei Seebeck, verheiratet, Steuerklasse IV, mit zwei Kindern, verdient in der Lohngruppe VII bei 7,10 DM Stundenlohn plus 30 % Akkord (Werftdurchschnitt Seebeck im Monat Januar bei 168 Normalarbeitsstunden) 1 550 DM. Bei Normalstunden liegt der Arbeiter noch kurz vor der Progressionszone. Ab 176 Stunden kommt er in die Progression. Betrug der Nettostundenlohn bei Normalarbeit 6,36 DM, so sinkt der Nettostundenlohn trotz Überstundenprozenten von 25 % und 40 % für die drei Sonnabende auf 5 DM netto. Die Steuerplünderung durch die Progression ist gewaltig. Nicht nur die 25 % Überstundenzuschlag werden geraubt, sondern der Nettostundenlohn sinkt bei täglich zwei Überstunden um 1,36 DM. Gegen diese wachsende Steuerplünderung muß die Arbeiterbewegung den politischen Kampf aufnehmen unter der Forderung: Für einen Steuerfreibetrag von 1 500 DM.

Stahlwerke Peine und Salzgitter. Produktionsverlagerungen geplatn. 408 Millionen DM hat P&S allein in Geschäftsjahr 75/76 neu investiert, sämtlich Rationalisierungsinvestitionen. Der Großhochofen A, der im Herbst in Betrieb genommen werden soll und zur Zeit im Werk Salzgitter gebaut wird, hat die dreifache Kapazität eines alten Hochofens. Planmäßig werden über das Investitionsprogramm Produktionsverlagerungen angegangen. Ausgehen kann man davon, daß das Hochofenwerk Ilsede, ein Teil des Werks Peine von P&S, stillgelegt wird, wenn die drei zur Zeit laufenden Hochöfen verbraucht sind (ein Hochofen hält vielleich 15 bis 20 Jahre). Das wird in wenigen Jahren soweit sein. In Torpedopfannenwagen wird das Roheisen dann von Salzgitter nach Peine transportiert werden. In Salzgitter soll der Gießbetrieb eingestellt und der Rohstahl nur noch in der neuen Stranggießanlage gegossen werden. Kokillenguß soll nur noch im Werk Peine gemacht werden. Gerüchte gibt es, daß im Werk Peine das Feinwerk, in dem Stabstahl gewalzt wird, stillgelegt werden soll. Das dient der weiteren Aufteilung der Produktion: In Salzgitter sollen nur noch Stabstähle, Bleche und Draht, im Werk Peine nur noch Träger gewalzt werden. Das Feinwerk in Salzgitter ist nach Aussagen des Vorstands erheblich rentabler. Für die Kapitalisten bedeutet dies Programm Steigerung der Konkurrenzfähigkeit. Für die Arbeiter und Angestellten bedeutet es Verschärfung der Ausbeutung und Steigerung der Unsicherheit der Existenz. Arbeitsplätze werden wegrationalisiert. Ende des Jahres soll die Hauptverwaltung von P&S von Peine nach Salzgitter verlegt werden, wo auch der Sitz des Salzgitter-Konzerns ist. Ein großer Teil der 200 betroffenen Angestellten kann „wählen" zwischen Arbeitslosigkeit, ein bis anderthalb Stunden Fahrzeit täglich oder Umzug, der mit erheblichen Kosten verbunden ist. Nur wenige werden in Peine umgesetzt.

Kampf gegen die Schließung von AEG-Ackerstraße in Westberlin

Westberlin. Das Werk Ackerstraße der AEG soll geschlossen werden. Die Fertigung von Kfz-Lüftermotoren und von Asynchronmotoren soll bis auf die Endfertigung nach Oldenburg verlegt werden, die Endfertigung und die gesamte Fertigung von Synchronmotoren soll in das Werk Sickingenstraße in Westberlin verlegt werden. Die Röhrenproduktion soll aus der Sickingenstraße ebenfalls nach Westdeutschland verlagert werden. Auf der Betriebsversammlung am 24.9.1976 gab die Geschäftsleitung bekannt, daß die Aufträge nur noch für sieben bis acht Monate reichen würden und deshalb 200 Arbeiter und 117 Angestellte entlassen werden müßten. Auch in Oldenburg war von 150 bis 200 Entlassungen die Rede. Am 21.Oktober erfuhren die Arbeiter bei AEG dann über den Sender Freies Berlin, daß das Werk Ackerstraße gänzlich geschlossen werden soll. 350 der 850 Beschäftigten müßten ganz gehen, die restlichen würden in andere AEG-Betriebe gesteckt.

Von der Belegschaft wurde der Kampf organisiert. Auf Betriebsversammlungen wurden wiederholt Kampfmaßnahmen gegen die geplante Stillegung angedroht. Am 1. Februar mußte der Betriebsrat den sogenannten Sozialplanexperten Dr. Walter vom AEG-Vorstand wieder nach Hause schicken. Am 7.Februar wurde zum ersten Mal gestreikt. Über eine Stunde die ganze Belegschaft. Transparente wurden aufgehängt zwischen den Maschinen. Am 9.2. fuhren über 400 Arbeiter mit 130 PKW vom Werk Ackerstraße in einem Autokorso durch die Stadt zum Rathaus Schöneberg und übergaben eine Protestresolution.

Eine Reihe von Solidaritätserklärungen trafen in der Ackerstraße ein, so vom Vertrauensleutekörper der DWM-Copeland und der Zehlendorfer Spinnstoffabrik, in denen eine Demonstration gefordert wurde. Jetzt wird von Teilen des Betriebsrates und der revisionistischen SEW eine Unterschriftensammlung in der ganzen Stadt durchgeführt. Sie steht unter dem Motto: „Wer Arbeitsplätze in Berlin vernichtet, schadet dieser Stadt!" und: „Wir müssen die Lebensfähigkeit der Stadt erhalten!"

Jahrzehntelang haben die Sozialdemokraten in der Gewerkschaftsführung die Kämpfe der Arbeiterklasse mit dem Hinweis auf ‚die Gefahr aus dem Osten' unterdrückt. Den Kapitalisten ist es so z.B. gelungen, das Lohnniveau der Westberliner Arbeiter enorm zu drücken. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hat in einer Untersuchung Anfang des Monats veröffentlicht, daß der Stundenlohn der Westberliner Arbeiter um 10,5 % unter dem der Hamburger Arbeiter liegt, der Monatslohn sogar durchschnittlich um 17%. Aus den den Volksmassen in Westdeutschland und Westberlin abgepressten Steuern wird eine sogenannte 8 %-ige Berlinzulage auf den Lohn aufgeschlagen, weil die Arbeiter bei einem derartigen Lohngefälle gegenüber vergleichbaren Städten in Westdeutschland nicht in Westberlin zu halten gewesen wären. Ohne Arbeiter ist jedoch der imperialistische Brückenkopf für die westdeutsche Kapitalistenklasse nicht zu halten.

Gleichzeitig ist die Auspressung von Mehrarbeit ungeheuer gesteigert worden. Von Januar bis August 1976 wurde in der AEG Ackerstraße die Produktion um ca. 50 % hochgetrieben worden. Um 6 % konnte AEG den Umsatz im Jahr 1976 auf 15,5 Mrd. DM steigern. Dies bei gleichzeitigen Entlassungen. Der AEG-Konzern hat in Westberlin seit 1966 die Hälfte der Belegschaft wegrationalisiert. Im Januar 1975 betrug die Belegschaft noch 970 Arbeiter und Angestellte, was bis Januar 1976 auf 878 Beschäftigte zusammengestrichen wurde. Gleichzeitig wurden Anfang 1976 die Akkorde hochgeschraubt, Überstunden und Sonderschichten gefahren.

Schon 1975 hat der Anteil der Rationalisierungsinvestitionen an allen Investitionen 81 % betragen, der Anteil der Erweiterungsinvestitionen dagegen nur 4 % plus 15 % Ersatzinvestitionen. Die Belegschaften wurden dabei drastisch reduziert. In den letzten fünf Jahren wurden 55 000 Arbeitsplätze in der Westberliner Metallindustrie auf diese Weise beseitigt.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat für 1977 einen weiteren Investitionsrückgang um 2,5 % vorausgesagt. Die Zahl der Betriebe, die eine Verminderung der Arbeitsplätze planen, ist von 20 % auf 37 % gewachsen. Bei Siemens ist die Produktion lediglich zu 65 % ausgelastet. Gleichzeitig haben die Kapitalisten 1976 über das Berlinförderungsgesetz 4,9 Mrd. DM an Investitionszulagen eingesackt.

Daß die Kapitalisten gegenwärtig erneut zu einem großen Raubzug ansetzen, kann man schon an dem Tamtam sehen, den sie um die sogenannten Berlinbeauftragten machen. 1959 wurden das erste Mal „Berlinbeauftragte" bei den großen westdeutschen Konzernen benannt, was die Sonderabschreibungsmöglichkeiten und andere Steuererleichterungen für die Kapitalisten sprunghaft verbesserte. 1968 wurde dann die Investitionszulage auf 25 % heraufgesetzt. So ist auch jetzt schon ein erstes Ergebnis nach der Ernennung der Berlinbeauftragten ein 14-Punkte-Programm des Senats zur Förderung der Investitionstätigkeit, das eine Senkung der Lohnsummensteuer, weitere Vergünstigungen für die Kapitalisten beim Ankauf von Grundstücken etc. vorsieht. Dies Programm der Finanzbourgeoisie ist es auch, was die Sozialdemokraten unterstützen. Zusammen mit den Revisionisten werben sie für dererlei Programme mit ihrer Unterschriftensammlung gegen die Betriebsschließung bei AEG. Die Arbeiter bei AEG haben gesagt, daß die Unterschriftensammlung so und so nichts nutzt, weil kein Vorschlag zum Kampf gemacht wird, man aber unterschreiben müsse, weil sonst wieder behauptet würde, die Belegschaften wollten nicht kämpfen. Auf der Betriebsversammlung am 16.3. in der Ackerstraße hat ein Transportarbeiter eine Demonstration der Gewerkschaft gefordert. Dafür gab es Beifall. Entscheidend ist, daß die Belegschaft ihre Spaltung durch Reformismus und Revisionismus überwindet. Ihr Interesse ist nicht der Erhalt der Lebensfähigkeit der Stadt, d.h. der Lebensfähigkeit der kapitalistischen Herrschaft, die ihre Lebensfähigkeit im Gegenteil stark beeinträchtigt und gefährdet. Ihr Interesse ist der Kampf gegen die Kapitalistenherrschaft und gegen alle imperialistischen Mächte, die ihnen im Nacken sitzen. Wir brauchen einen Arbeiterstaat, in dem wir selbst bestimmen, hat ein AEG-Arbeiter gesagt. Die Arbeiterklasse in Westberlin wird diesen sozialistischen Arbeiterstaat auch in Westberlin errichten. Dazu müssen sie sich im Kampf zusammenschließen. Die Bedingungen für Kampf und Streik in der Ackerstraße sind objektiv gut. In der Ackerstraße müssen die Aufträge erfüllt werden, die Kapitalisten stehen unter Druck. Sie versetzen sogar Facharbeiter aus dem Werk Sickingenstraße in die Ackerstraße. Kampfmaßnahmen der Belegschaft treffen sie empfindlich. Das können die Arbeiter nutzen, weil sie es sind, die produzieren. – (dz / gr)

Betriebsversammlung VW-Salzgitter

Am 16.3.77 fand im VW-Werk Salzgitter eine Betriebsversammlung statt. Sowohl der Betriebsratsvorsitzende, Anklam, als auch der zweite Bevollmächtigte der IG Metall-Ortsverwaltung, Wosetzky, rechtfertigten den 6,9 %-Lohnraubabschluß, der für die unteren Lohngruppen bis fünf einen einheitlichen Betrag von rund 140 DM brutto gebracht hatte, damit, daß das „höher sei, als vielfach ausgewiesen" in den Tarifabschlüssen in der Metallindustrie. Der Zahlenspielerei des Betriebsratsvorsitzenden Anklam, daß der einheitliche Betrag „für die unteren Lohngruppen über 7 % gebracht" hätte, trat ein Arbeiter in seiner Rede entgegen, daß „wir uns für Prozente im Geschäft nichts kaufen können", und wenn die Arbeiter in der Metallindustrie brutto gerade soviel mehr bekommen wie die Kollegen bei VW, dann bedeutet das für Tausende von Arbeiterfamilien, daß sie ins Elend gedrückt werden. Und es ändert überhaupt nichts daran, daß bei VW die 6,9 % Lohnraub bedeuten. „Die 140 DM mindestens, die Schmücker in der zweiten Verhandlung zugestanden hat, sind zu wenig, 180 DM, das brauchen wir und die hätten wir durchsetzen können. Das muß man feststellen, und daran können auch keine beschönigenden Reden hinwegtäuschen. Durch diesen Lohnraubabschluß hat Schmücker Millionen DM, die er nicht für Lohngelder ausgeben muß, sondern mit denen die VW-Werke in den USA und in Ägypten mitfinanziert werden." Anhand seiner Lohnabrechnungen rechnete er vor, daß „von der Bruttolohnerhöhung von 136,30 DM (bei 168 Stunden) netto nur 60,80 DM bleiben, also 55 % von vorherein weg sind an Steuer und Sozialabgaben."

„Man kann jetzt schon sehen, daß diese 60 DM Nettolohnerhöhung nur bis spätestens zum Werksurlaub reichen werden. Und praktisch sind sie schon jetzt aufgefressen duch Inflation, Preissteigerungen bei Miete, Strom und Gas und durch staatliche Gebührenerhöhungen und nicht zu vergessen die Tabak- und Branntweinsteuererhöhungen ... Zwar ist der Tarifvertrag jetzt unterschrieben und die Tarifrunde mag zwar beendet sein, aber der Lohnkampf noch lange nicht. Wenn vor einem Monat eine Lohnforderung von 180 DM bis 190 DM notwendig und berechtigt war, dann ist sie es heute und morgen erst recht. Des öfteren kommt aber der Einwand, daß das gar nicht soviel nützen würde, weil ja doch von jeder Mark Lohnerhöhung bald 50 Pfennig an Lohnsteuer und Sozialabgaben weggehen. Es ist wahr, aber das heißt nur, daß man beides machen muß, für mehr Lohn kämpfen und für 1 500 DM Steuerfreibetrag, und daß die indirekten Steuern abgeschafft werden. Das muß eine Forderung der Arbeiterbewegung und ihrer Gewerkschaften werden."

Zum Schluß stellte der Arbeiter den Zusammenhang her zwischen dem Lohnraubabschluß und der Verschärfung der Ausbeutung durch Akkordsteigerungen, Überstundenschinderei und Lohndrückerei: „Hier ist vom Betriebsratsvorsitzenden und dem Werksleiter als Erfolg und Arbeitsplatzsicherung gefeiert worden, daß der neue 6-Zylinder-Motor in Salzgitter gebaut werden soll. Das wird aber dazu führen, daß dies Anlaß werden wird, neue Arbeitsplatzbewertungen und Lohnrückstufungen durchzuführen, und daß die Arbeitsgänge erweitert und Stückzahlen gesteigert werden."

In seinen Redebeiträgen forderte der Arbeiter, daß die analytische Arbeitsplatzbewertung abgeschafft werden muß, und daß eine Vereinbarung erkämpft werden muß, daß keiner in seinem einmal erreichten Lohn zurückgestuft werden kann. In seiner Abteilung wären gerade zwei Arbeiter, die unter 30 Jahre alt sind, von ihren Ärzten zur Kur geschickt worden, weil sie ihre Gesundheit durch die Akkord- und Schicht- und Überstundenarbeit ruiniert haben. Der Arbeiter beendete seine Rede unter Beifall mit der Forderung, daß der 8-Stundentag, die 40-Stundenwoche durchgesetzt, und daß der 7-Stundentag an fünf Wochentagen bei vollem Lohnausgleich erkämpft werden muß, und daß diese Forderung sowie die Forderung nach 1 500 DM Steuerfreibetrag auf dem anstehenden Gewerkschaftstag der IG Metall und auf der 1. Mai-Demonstration erhoben werden muß. – (u, Salzgitter)

Lehrer wollen keine Fünfen und Sechsen geben

Bekanntgeworden ist der „Fall“ des Hannoveraner Lehrers Kurmann, Lehrer am Goethegymnasium. Die bürgerliche Presse mußte wiederholt darüber berichten, daß er keine Fünfen und Sechsen mehr gibt. Die Bourgeoisie leitete darauf ein Verfahren gegen ihn ein, weil er sich nicht „an die Gesetze“ hält.

Die Träger des Kampfes gegen das Notensystem sind die Schüler und die Arbeiter. Brechen die Lehrer mit dem Notenknüppel und vergeben beispielswiese keine Fünfen und Sechsen mehr, sondern die Einheitsnote, haben sie die Unterstützung der Schüler und Arbeiter im Kampf gegen den staatlichen Dienstherrn. Als Kurmann innerhalb weniger Stunden zum Regierungspräsidenten zitiert wurde, gingen die Schüler mit und verhinderten die Anhörung, indem sie den Eingang des Gebäudes versperrten.

Viele Lehrer sind gegen das Notensystem. Die GEW-Betriebsgruppe der Goetheschule hat sich in der Auseinandersetzung um den Lehrer Kurmann gegen das Notensystem ausgesprochen. Die Lehrer stehen im Widerspruch zur Bourgeoisie, sie sind Lohnabhängige und zudem besonders politisch entrechtet durch das Beamtenrecht. Deshalb haben sie selbst objektiv kein Interesse an ihrer Unterdrückungstätigkeit und können sich in der Gewerkschaft zusammenschließen unter der Forderung nach Einheitsschule unter Volkskontrolle. Diese Tatsache erleichtert den Volksmassen unter der Führung der Arbeiterklasse den Kampf gegen das herrschende Schulsystem.

„Bestimmungen über die Ermittlung von Zensuren“

„Die Zeugnisse werden erteilt, um die Erziehungsberechtigten und den Schüler über dessen Leisgungsstand und allgemeine Haltung zu unterrichten. (1.1)“ Die Schüler brauchen nicht über ihren eigenen „Leistungsstand“ und ihre „allgemeine Haltung“ unterrichtet zu werden – die kennen sie selbst. Eher schon hofft die Bourgeoisie, die Eltern, die „Erziehungsberechtigten“ dafür zu gewinnen, ihre elterliche Gewalt über die Kinder auszuüben und sie zu zwingen, sich der Schulgewalt zu unterwerfen.

„Die Gründe für die Beurteilung sowie die Entwicklungsmöglichkeiten sollen auf Wunsch der Erziehungsberechtigten, des Lehrherrn oder Arbeitgeber und der Schüler im Gespräch erläutert werden. Dabei soll der Lehrer Nachteiliges mit gebotenem Takt, aber auch mit unmißverständlicher Deutlichkeit äußern.(1.2)“ Die Gründe für die Beurteilung stehen fest, sie dürfen nur erläutert, nicht umgestoßen werden. Der Lehrer wird hier per Erlaß gezwungen, sich gegen die Schüler zu stellen. Und der Kapitalist sagt: „Entweder du leistest was in der Schule, oder ich kann dich nicht gebrauchen“.

„Der Lehrer überprüft, daß die Erziehungsberechtigten, bei Berufsschülern auch die Lehrherren oder Arbeitgeber, die Kenntnis des Zeugnisses oder des Berichtes durch ihre Unterschrift bestätigt haben (2.3.)“

Hier kommt's allmählich auf den Kern: Den Kapitalisten wird garantiert, daß sie ständig den Überblick über das Verhalten der Lehrlinge in der Schule haben, um ihnen so die Auswahl zu gewährleisten. „Die Noten drücken das Gesamturteil über den Leistungsstand des Schülers in den einzelnen Fächern aus. (4.1.) Den Noten werden folgende Definitionen zugrunde gelegt:

Sehr gut (1): Die Note „sehr gut“ soll erteilt werden, wenn die Leistung den Anforderungen im besondern Maß entspricht.

Gut: Die Note „gut“ soll erteilt werden, wenn die Leistungen den Anforderungen voll entspricht.

Befriedigend (3): Die Note „befriedigend“ soll erteilt werden, wenn die Leistung im allgemeinen den Anforderungen entspricht.

Ausreichend (4): Die Note „ausreichend“ soll erteilt werden, wenn die Leistung zwar Mängel aufweist, aber im ganzen den Anforderungen genügt.

Mangelhaft (5): Die Note „mangelhaft“ soll erteilt werden, wenn die Leistung den Anforderungen nicht entspricht, jedoch erkennen läßt, daß die notwendigen Grundkenntnisse vorhanden sind und die Mängel in absehbarer Zeit behoben werden können.

Ungenügend (6): die Note „ungenügend“ soll erteilt werden, wenn die Leistung den Anforderungen nicht entspricht und selbst die Grundkenntnisse so lückenhaft sind, daß die Mängel in absehbarer Zeit nicht behoben werden können. (4.4.1.)“

Nicht die Leistung des Schülers wird mit den Noten bewertet. Die Noten sind dazu da, den Grad der Unterwerfung unter die bürgerliche Ideologie und unter die Abrichtung als Lohnarbeiter festzuhalten. Sie dienen der Auslese. Setzt man statt „Leistung“ „Unterwerfung“ ein, dann lesen sich die Definitionen ganz anders. Der Begriff „Anforderungen“ bezieht sich auf den Umfang, auf die selbständige und richtige Anwendung der Kenntnisse und auf die Art der Darstellung. Bei der Beurteilung von Schülerleistungen ist dem Alter der Schüler, der Eigenart des Faches und der Schulart Rechnung zu tragen. (4.4.2.)

Unterschiede müssen natürlich gemacht werden bei der Beurteilung des Schülers auf dem Gymnasium, der ausgebildet werden soll zum Funktionär der Bourgeoisie, zu dem Schüler, der später als Hilfsarbeiter dem Kapitalisten den Reichtum schaffen soll. Gemein ist beiden jedoch, daß sie sich den jeweiligen „Anforderungen“ anzupassen und sie zu vertreten haben.

„Die Beurteilung der allgemeinen Haltung des Schülers, die in freier Formulierung vorgenommen wird, sollen das Verhalten in der Schule, in der Klasse im mündlichen Unterricht und bei schriftlichen und praktischen Aufgaben sowie der Bildungswille, die Mitarbeit u.a. zugrunde gelegt werden. (5.1.)“ Alles, was in den einzelnen Zensuren nicht umfassen ausgesagt werden kann über die Ziele der bürgerlichen Klassenschule, wird extra verhandelt in der „Kopf-Beurteilung“. Mit dem Zeugnis hat die Bourgeoisie einen genauen Überblick, inwieweit sie die Jugend des Volkes noch unterdrücken kann, wie stark die Rebellion ist und wieweit die Lehrer bereit sind, an dieser Unterdrückung mitzuwirken.

„Deshalb haben wir die Forderung nach Einspruchsrecht unterstützt“

Interview mit einem Arbeiter von Ratio

Die bürgerliche Klasse sagt, die Arbeiter seien unfähig, ihren Nachwuchs zu erziehen, wenn sie mit dem Notenknüppel auf die Kinder schlägt. Dabei leistet die Arbeiterklasse die gewaltigste Ausbildungsleistung: Trotz den Bedingungen der kapitalistischen Ausbeutung gibt sie in der Produktion ihre Kenntnisse und Fähigkeiten an ihren Nachwuchs weiter. Die Arbeiter greifen die Unterdrückung der Fähigkeiten ihrer Jugend durch die bürgerliche Schulgewalt an.

Ihr habt bei Ratio (Kassel/Hertingshausen) über den Kampf der hessischen Schüler diskutiert und ihn unterstützt.

Ja, das ist ausgegangen von Mitgliedern der HBV, Wir haben in der Pause und während der Arbeitszeit die Forderungen der Schüler diskutiert und haben eine Resolution gemacht, die wir in den Vertrauensleutekörper getragen haben. Der Vertrauensleutekörper hat die Resolution unterstützt. Bis jetzt haben 25 unterschrieben und wir haben 56 DM für die Streikkasse der Berufsschüler gesammelt. Für Mai will der Vertrauensleutekörper eine Veranstaltung zu den Schulverhältnissen machen. Da soll auch ein Sprecher der Berufsschüler eingeladen werden.

Von welchen Erfahrungen mit der Schule haben die Arbeiter bei den Diskussionen berichtet?

Bei uns ist es so, daß bei vielen Kollegen beide arbeiten müssen. Die Frauen bei uns und die Männer oft bei VW-Baunathal. Bei uns gibt es Früh- und Spätschicht. Die Spätschicht geht bis 19.30. Arbeitet der Mann bei VW Spätschicht, so macht die Frau Frühschicht und umgekehrt, daß sich wenigstens einer um die Kinder kümmern kann. Die meisten Kollegen haben sich darüber beklagt, daß ihre Kinder in der Schule nur vollgestopft werden vom Lehrplan her und die Eltern können ihnen nach der Arbeit kaum helfen. Die Eltern haben ständig Angst, daß ihre Kinder in die Sonderschule abgeschoben werden. Denn der ganze Druck ist ja nur dazu da, daß die Kinder besser ausgelesen werden. Die Lehrer sollen doch nur schnell feststellen, wo der „Esel“ sitzt, der wird dann in die Sonderschule gesteckt. Das gibt die ganz billigen Arbeitskräfte. Den Eltern wird dann ein Brief geschickt und sie werden in die Schule bestellt, weil die „Leistungen“ nachlassen und das Kind „schwierig“ ist. Eine Kollegin hat mir erzählt, daß man ihren Nachbarn einen Brief von der Schule geschickt hat, wegen der „schlechten Leistungen“ des Kindes, da haben sie in dem Brief gleich nach den Verhältnissen zu Hause gefragt. Das hat doch alles nur den Zweck, daß es so aussieht, als ob die Arbeiter selbst schuld wären, wenn ihre Kinder sitzen bleiben oder schlechte Noten bekommen oder in die Sonderschule gesteckt werden.

Damit die Eltern glauben sollen, sie seien unfähig, ihre Kinder zu erziehen und ihre Kinder seien dumm, wird ja auch ein Keil zwischen Eltern und Kinder geschoben.

Eine Kollegin hat mir gesagt: „Ich habe ja gar kein Interesse daran, das Kind für sogenannte schlechte Leistungen zu bestrafen, wo doch die Ursachen in den Verhältnissen an der Schule und in den Umständen, unter denen wir leben müssen, liegen.“ So denken viele. Aber man erzählt den Eltern immer, sie sollten sich da nicht einmischen, die Direktoren und Schulräte wüßten es besser, weil sie eine Ausbildung haben und ein Amt. Auf Elternabenden sollen die Eltern doch nur „Kontakt pflegen“. Aber die Gespräche haben gezeigt, daß immer mehr Eltern auf die Elternabende gehen, um ihre Interessen zu vertreten, und sich nicht gegen ihre Kinder ausspielen lassen.

Viele Kollegen haben auch immer wieder gesagt: „Ich habe da ja gar keine Rechte, da bestimmt doch nur die Schule.“ Deshalb haben wir auch die Forderung nach Einspruchsrecht der Eltern, Lehrer und Schüler in allen Schulangelegenheiten unterstützt.

„Gerechtigkeit“ von Noten und „Empfindungen“ von Lehrern

Das Notensystem und die Ideologie der Gerechtigkeit der Leistungsbewertung wirken tief in die Lehrerschaft. Fortschrittlich oder revolutionär Gesinnte verteilen auch Fünfen und Sechsen. Welche Anschauungen dem zugrunde liegen, soll hier klargelegt werden.:

Der erste Lehrer meint, nach seinem „Empfinden“ sei es ungerecht, daß ein Schüler, der mehr Fehler hat, wie einer, der weniger Fehler hat, die gleiche Zensur bekommt. Dabei nennt er auch ein Beispiel. Er scheint dies nach seinem Empfinden zu messen. Das „Empfinden“ stützt sich auf die Erfahrungen und vor allem auf die Einstellung des jeweiligen Arbeiters, Schülers, Studenten und auch Lehrer. Das Empfinden ist nichts Neutrales und von sich aus Gutes, denn der Kapitalist empfindet auch.

Das „Empfinden“ unseres Lehrers beruht auf der Notentabelle des Regierungspräsidenten. Denn wie werden die Zensuren festgelegt? Nach der gottgewollten Gerechtigkeit? Nein, sondern nach den geplanten Festlegungen, wie das Notensystem nach den einzelnen Fehlern aufgeschlüsselt wird. Das soll gerecht sein. Man kann verschiedene solche Schlüssel anlegen, es kommt immer darauf an, wieviel verschiedene Kräfte die bürgerliche Klasse für den Produktionsprozeß braucht.

„Noten sind objektiv“

Ein Lehrer, der Fünfen und Sechsen gibt

Du hast im letzten Diktat einem Schüler eine Fünf gegeben. Warum? „Ich kann es nicht begründen, wenn einer, der sechs Rechtschreibfehler mehr hat, als jemand, der eine Vier bekommt, auch eine Vier kriegt. Das ist für mein Empfinden ungerecht, und ich meine, daß die Schüler das auch als ungerecht empfinden müssen. Außerdem übe ich die Diktate immer so gut, daß niemand eine Fünf zu schreiben braucht. Der Schüler, der in diesem Fall die Fünf bekommen hat, hat sich keine Mühe gegeben. Er kann es eigentlich. Ich muß gute Zensuren auch gegenüber dem Rektor und den Kollegen rechtfertigen. Bei vielen Fehlern im Diktat geht das aber nicht mehr. Bei Aufsätzen kann man schon eher von Fünfen und Sechsen absehen, weil es da nicht so objektive Maßstäbe für die Zensierung gibt.“

Ein anderer Lehrer: „Man muß Fünfen und Sechsen geben, weil es ungerechnet ist, wenn schlechte Schüler in die Sek.II kommen. Unsere Schule käme da nur in einen schlechten Ruf. Im übrigen würden diese Schüler dann ohnehin in der Sek.II ausgesiebt.“

Der Lehrer sagt weiter, eine Gleichmacherei müssen die Schüler auch „als ungerecht empfinden“. Nur welcher Schüler gibt sich freiwillig eine Sechs. Den muß man erst suchen. Wenn es so einen gibt, liegt dies nicht an dem Schüler, sondern an der Schulunterdrückung. Die falsche Auffassung über die Gerechtigkeit des Notensystems schlägt sich auch in der Auffassung nieder, daß es „objektive Maßstäbe für die Zensierung gibt.“ Für die herrschende Klasse und ihre Interessen gibt es die, das ist schon richtig. Deshalb sind sie aber nicht objektiv. Objektiv ist, daß die Ausbeutung und Unterdrückung durch die Kapitalistenklasse die Schulunterdrückung einschließt und sie feste Normen setzt zur Aufrechterhaltung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Diese Normen sind die Maßstäbe, die angesetzt werden, um die Schüler zu überprüfen, rauszuprüfen, usw. Der Lehrer schreibt, er würde so gut üben, daß keiner eine Fünf zu schreiben braucht. Wer trotzdem eine schreibt, wird doof sein und gibt sich keine Mühe. Warum auch, wird sich der Schüler denken, Mühe für den bürgerlichen Staat und damit die Lehrer befriedigt sind und dann ihre Zensuren geben? Dagegen wächst der Kampf der Schüler. Der Kampf wird solche falschen Standpunkte, wie sie vertreten werden, brechen.

Die Lehrer sind Unterdrückungsinstrumente der Bourgeoisie. Dafür sind auch die beiden Lehrer, wenn der eine sagt: „Unsere Schule käme ja nur in einen schlechten Ruf.“ Über was käme sie in schlechten Ruf? Daß sie nicnt ordentlich und tief die einzelnen Schüler herausziehen, denn dies soll durch das Notensystem erreicht werden. Und bei wem käme die Schule in einen schlechten Ruf? Bei den eigenen Kapitalisten.

Darauf lassen wir Kommunisten uns nicht ein und kämpfen entschieden gegen die Interessen der bürgerlichen Klasse, die durch das Schulsystem und speziell durch das Notensystem spalten und unterdrücken will. Gegen das Notensystem und für die Einheitsschule wird der Kampf organisiert. Teile der Lehrer, die zur Unterdrückung angestellt sind, können gewonnen werden, aber nicht mit solchen reaktionären Positionen. Solche werden von den Schülern zu Paaren getrieben. Zu Recht. – (jd)

Zu den Sommerferien gibt es die nächsten Zeugnisse. In Bremen, Westberlin und Niedersachsen am 16.6., in Schleswig-Holstein am 28.7. und in Hamburg am 1.8. Die Zeugniskonferenzen, bei denen die Lehrer spätestens sich entschieden haben müssen, ob sie die Unterdrükkung durch das Notensystem mitmachen werden, finden einige Wochen zuvor statt, in Bremen einheitlich ab 20.4. Auf diesen Zeitpunkt muß man hinarbeiten.

Bremen. Folgendes Merkblatt wurde an die Eltern von Schulanfängern an einer Grundschule in Bremen-Nord verteilt:

„Was sollte mein Kind können, wenn es in die Schule kommt?

A. Allgemeine Voraussetzungen
- Es muß sich anpassen können
- Es muß gehorchen können
- Es muß stillsitzen können

B. Praktisches Können und Wissen:
- Es muß deutlich sprechen können
- Es muß geübte Hände haben: Mit Bleistift, Schere, Knete usw. umgehen können, sich an- und ausziehen können, einschließlich Schuhbänder schnüren, Schleife binden, Knöpfe und Reißverschlüsse mit ihren Tücken kennen, auch sich waschen und kämmen und die Nase putzen können gehört dazu.
- Auf der Toilette allein fertig werden können
- Es muß eine gewisse Ordnung halten können: Schulranzen packen und aufsetzen können (Turnbeutel, Brottasche)
- Es sollte einige Lieder und Verse können
- die Farben weiß, rot, orange, gelb, grün, blau, lila und schwarz kennen (Fibel und Rechenbuch benutzen, Farben bei ihrem unterrichtsmethodischen Aufbau),
- die Uhr kennen (mindestens volle und halbe Stunde)
- die Münzen bis 5 DM kennen und mit Taschengeld umgehen können
- Es sollte selbständig telefonieren und im Bus fahren können, radfahren, schwimmen und etwas turnen können.
- Es sollte an einen festen Tagesablauf gewöhnt sein (10 bis 11 Stunden Schlaf, mittags 30 Minuten Ruhe!)
- eine etwa einstündige Wanderung durchhalten können und sich verkehrsgerecht verhalten können.

C. Folgendes Wissen über die eigene Person sollte erworben sein:
- Eigener Vorname (Vater, Mutter, Geschwister)
- Familienname, Geburtsdatum, Ort, Alter, Wohnort, Straße, Hausnummer, Telefon, Beruf des Vaters evtl. sein Arbeitsplatz.“

Der Auftrag der Schule, die Schüler vom ersten Schultag an zu disziplinieren und zu unterdrücken, wird hier in offener Form genannt. Empörte Eltern haben das Merkblatt veröffentlicht, damit gemeinsame Schritte aller Eltern gegen diese Maßnahme der Schulaufsicht unternommen werden können.

Westberlin. Gegen die Normenbücher, die die genauen Anforderungen für die Oberstufe und das Abitur festlegen, gewinnt der Kampf an Entschlossenheit. An der Arndtschule hat die Vollversammlung der Schüler der Oberstufe Klassenrundgänge, eine Kundgebung und Demonstration in Zehlendorf beschlossen; ein Leistungskurs verabschiedete eine Resolution für Warnstreik gegen die Normenbücher. An der Lily-Braun-Oberschule haben drei Kurse für einen landesweiten Streik gestimmt. Dort haben die Schüler durch einen Warnstreik einen zusätzlichen Studientag erkämpft, gleichzeitig wurde der Hofzwang aufgehoben.

Bremen. Die Jugendversammlung Klöckner hat sich gegen die Einführung des Blockunterrichts an allen Bremer Schulen ausgesprochen und einer Resolution des Schülerringes Maschinenbau zugestimmt, in der gefordert wird eine umfassende, einheitliche Ausbildung, 12 Stunden Berufsschulunterricht an zwei arbeitsfreien Wochentagen, Weg mit dem Blockunterricht!

Rascher gesundheitlicher Verfall. Die „Krankheitsbereitschaft“, das heißt die allgemeine Krankheitsanfälligkeit der Schuljugend (es liegen die Ergebnisse der Hamburger schulärztlichen Untersuchung bis 1975 vor) nimmt rapide zu. Vor allem nimmt zu die Zahl der Jugendlichen, die chronisch krank sind, einen schwerwiegenden dauerhaften Gesundheitsschaden weg haben. Obwohl die bürgerliche Schulmedizin alles andere als sorgfältig, sondern im Gegenteil höchst oberflächlich ist, werden ärztlicherseits Jahr für Jahr mehr Zurückstellungen vom Schulbesuch empfohlen:

	Jungen	Mädchen
1971	10,6%	7,7%
1975	12,4%	10,0%

Im gleichen Zeitraum sank die Zahl der Schulabgänger, die als „voll berufsfähig' bezeichnent wurden:

	Jungen	Mädchen
1971	85,3%	87,9%
1975	83,3%	84,3%

Und die anderen? Finden sie überhaupt Arbeit – wer hätte jemals gehört, daß die Kapitalisten weniger verlangen als „gesunde Leistung“? Sie sind es, die die Gesundheit der Jugend schon untergraben, bevor sie noch in die kapitalistische Produktion eingereiht ist. Durch Lohndrükkerei und wachsende Steuern und Versicherungslasten zwingen die Kapitalisten die Arbeiterfamilie zu schlechterer Ernährung, machen ihr Urlaub und Erholung fast unmöglich, beengen ihre Lebensverhältnisse unerträglich.

Universitätskliniken Göttingen. Über 40 Arbeiter der Medizinischen Klinik versammelten sich am letzten Mittwoch zu einer Bereichspersonalversammlung. Auf der Tagesordnung stand: Umzug ins neue Klinikum. Jedem war klar, was das bedeutet. Für die Putzfrauen Reinigung von größeren Flächen, zusätzlich zur Mehrarbeit kommen Runtergruppierungen, und die Konkurrenz von privaten Putzkolonnen. Bei den Pförtnern Wegfall ihrer bisherigen Tätigkeiten, und Zuweisung reiner Boten- und Hilfsarbeiten. Auch für sie heißt das Lohnabbau, und das alles bei dem 5,3 %-Abschluß. „Das ist doch ein Beschiß mit diesem Abschluß". Die Empörung darüber war groß, aber auch die Unklarheiten. „Wieviel kriegen wir eigentlich mehr? Wie ist das mit dem Urlaub? Wer hat Anspruch auf Zulagen? Wieviel kriegen wir für Überstunden und den Schicht- und Wochenenddienst? Wieviel nach den Abzügen von Steuern und Versicherungen?" Als zwei Arbeiter schon vor Schluß der Versammlung wieder zur Arbeit gehen wollten, griff sie eine Putzfrau an: „Was geht ihr denn jetzt schon? Laßt die Arbeit solange liegen! Es ist viel wichtiger, daß wir jetzt hier weiter diskutieren." Einstimmig beschloß die Versammlung, am 15. April eine Versammlung durchzuführen, auf der die Lohnzettel durchgesehen und diskutiert werden sollen.

Kiel. Der Vertrauensleutekörper der Universitätskliniken Kiel hat am 16.3. beschlossen, die Verwaltung aufzufordern, daß die Tariferhöhung für den Öffentlichen Dienst sofort ausgezahlt wird. Die Verwaltung wird aufgefordert, schriftlich zur Verzögerung der Auszahlung Stellung zu nehmen.

Nordhorn. Mehrarbeit und verstärkte Kontrollen im Vorbereitungsdienst Lehramt. Im neueingeführten Vorbereitungsdienst für das Grund-, Haupt- und Realschullehramt wird den Lehramtsanwärtern jetzt durch die Verordnung und die Richtlinien zum Vorbereitungsdienst vorgeschrieben, daß jede Unterrichtsstunde schriftlich vorzubereiten ist, bzw. Protokolle anzufertigen sind. Die Unterlagen aller Stunden müssen gesammelt werden. Die Kontrolle der Lehramtsanwärter wird verstärkt. Die Seminarleiter und Fachleiter sind angewiesen worden, noch vor den Osterferien bei allen Lehramtsanwärtern „Beratungsbesuche" durchzuführen. Für die Lehramtsanwärter heißt das, daß sie
die Lehramtsanwärter heißt das, daß sie
z.Z. ein bis zwei Unterrichtbesuche pro Woche haben. Einige Fachseminarleiter haben bereits gesagt: „Es heißt zwar Beratungsbesuch, aber ... schließlich müssen wir am Ende des Vorbereitungsdienstes ein Gutachten schreiben, das in die Prüfungsnote eingeht." Die schriftliche Vorbereitung bedeutet für die Lehramtsanwärter pro Unterrichtsstunde eineinhalb Stunden Vorbereitungszeit. Mit den Seminarstunden und -vorbereitungen, Konferenzen etc. kommen sie auf 57 Arbeitsstunden in der Woche. Fast alle Seminare des Bezirks haben inzwischen Protestresolutionen gegen den Vorbereitungsdienst verabschiedet, Seminarsprecher gewählt und sind dabei, GEW-Betriebsgruppen aufzubauen.

Bundesbahn senkt Tarife für die Kapitalisten. Die Deutsche Bundesbahn beabsichtigt, ihre derzeitigen Stückguttarife „strukturell umzustellen". Ein entsprechender Antrag geht an das Verkehrsministerium. Der bisherige Grundpreis soll um 5 % erhöht werden, außerdem wird die Möglichkeit eines Zuschlags bis zu 10 % geschaffen. Die Volksmassen sollen mehr bezahlen, wenn sie zum Beispiel ein Fahrrad bei der Bahn aufgeben. Für die Kapitalisten soll bis zu 29 % Rabatt gewährt werden.

„Massensterben von Kliniken befürchtet" schreibt die „ Hannoversche Allgemeine Zeitung" am 16.3. zum „Gesetzentwurf zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen".

Der Gesetzentwurf sieht vor, die Kliniken in Zukunft mehr als 10 % an den Investitionskosten und 5 % an den Kosten für Wiederbeschaffung zu beteiligen. Bisher wurden nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz diese Kosten für notwendige Neubeschaffung von Geräten, bauliche Maßnahmen und Ersatz verschlissener Apparatur vollständig vom Staat getragen, während die übrigen Kosten über den Pflegesatz aufgebracht werden. Ehrenberg begründet die neue Regelung damit, die Krankenhäuser zu „betonterem wirtschaftlichem Verhalten" zu bringen. Es sei „einfach falsch, einem Träger 100 % der Kosten zu ersetzen ... ein solch hoher Kostensatz bedingt auch das Streben nach hundertprozentiger Ausstattung". (Interview mit der „Süddeutschen Zeitung", 17.3.77). Mit der Abwälzung von 10 % der Investitionskosten wird ein scharfer Rationalisierungsdruck auf die Kliniken ausgeübt und die Konzentration der Betten in wenigen Rationalisierungspalästen wie der Medizinischen Hochschule Hannover oder dem neuen Universitätsklinikum Göttingen vorangetrieben. Zahlreiche, vor allem kleinere Krankenhäuser, werden ihren Anteil an den erheblichen Kosten zum Beispiel für den Neubau eines Operationstrakts nicht aufbringen können und zur Schließung gezwungen werden, was den Krankenhausbedarfsplanungen der Bundes- und Landesregierungen entspricht. Wenn sie nicht schließen, werden sie auf notwendige Investitionen verzichten, was über kurz oder lang zur Veralterung und zur Verrottung führt. Die Gelder für die unvermeidlichen Kosten werden dann durch Einsparungen zum Beispiel beim Essen, bei der Hygiene und eigentlich notwendigen Untersuchungs- und Behandlungsmaßnahmen und durch Mehrarbeit der Beschäftigten aufgebracht.

Gewehre für die Jugend Zimbabwes

Briefe aus Schulen und Betrieben

Westberlin. Brief von 35 Schülern der Friedrich Kollwitz Oberschule an die ZANU:

„An die 400 Befreiungskämpfer, früher Missionsschüler.
Wir finden es richtig, daß Ihr aus der Unterdrückerschule des rhodesischen Siedlerregimes abgehauen seid, weil Ihr Befreiungskämpfer Eures Volkes werden wollt. Die westdeutschen Konzerne BMW, Siemens und andere beuten uns gemeinsam immer schärfer aus. Weil Ihr für weniger Lohn arbeiten müßt, versuchen sie uns gegeneinander auszuspielen. Die Arbeiter auf der ganzen Welt haben einen gemeinsamen Feind, die Ausbeuterklasse. Deshalb wollen wir Euren bewaffneten Befreiungskampf unterstützen, indem wir für 400 Gewehre sammeln, die Ihr dringend braucht. Mit diesem Telegramm drücken wir Euch unsere tiefe Verbundenheit aus."

Hannover. An einer Privatheilschule in Hannover hat eine fünfte Klasse die Lehrerin beim Zeichenunterricht rausgeworfen, weil die Klasse Phantasiefische malen sollte. Die Klasse fünf wollte lieber eine Kasperpuppe für die Kinder von Zimbabwe bauen. Die Puppe, die die Befreiungsfahne halten soll, schicken wir den Kindern in Zimbabwe.

Diepholz. Briefe von vier Kindern (8 bis 11 Jahre) aus der Arbeitersiedlung Memelweg an die ZANU:

„Liebe Freunde in Zimbabwe,
wir haben uns heute über Euren Kampf unterhalten und beschlossen, Euch zu unterstützen. Wir haben Bilder und ein Plakat gemalt. Wir wollen alles verkaufen und Euch das Geld für ein Gewehr geben."
Die Kinder wollen in ihren Klassen über Zimbabwe diskutieren und noch mehr Kinder für die Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes in Zimbabwe gewinnen.

Braunschweig. Brief von vier Arbeiterinnen von Telion-Air-Pack an die ZANU:

„Liebe jugendliche Kollegen,
wir finden es richtig, daß Ihr die Missionsschule verlassen habt und am Kampf gegen das Kolonialistenregime teilnehmen wollt. Wie Ihr in dem Interview schon gesagt habt, „wer soll's denn machen, wenn nicht wir".

Da wir in unserem Betrieb tagtäglich der Schikane und Unterdrückung ausgesetzt sind, können wir Euren Entschluß gut verstehen und unterstützen. Schreibt uns, was Ihr für Euren Kampf benötigt."

Diesem Brief ist eine lange Debatte vorangegangen. Zuerst konnte die Frage der Gewalt schlecht geklärt werden. Nachdem man aber gut klargemacht hatte, daß die Imperialisten nur im Kampf vertrieben werden können, weil sie ausgebildete Heere von Soldaten haben, die sie gegen das Volk einsetzen, stellte sich die Übereinstimmung über die Gerechtigkeit und Notwendigkeit des bewaffneten Befreiungskampfes her.

Kiel. Brief von 5 Schülern der Humboldt-Schule an die ZANU

„An die 400 Schüler in den Ausbildungslagern der ZANLA (Zimbabwe)
Liebe Kinder!
Wir, Schüler der Humboldt-Schule aus Kiel, haben davon gehört, daß Ihr aus der Schule weggegangen, um Befreiungskämpfer zu werden. Wir sind für die Befreiung Zimbabwes. Euer Kampf ist gerecht. Ihr werdet siegen!

Hier in Westdeutschland müssen wir uns gegen die staatliche Unterdrückung in der Schule und die Ausbeutung im Betrieb zusammenschließen, um dagegen zu kämpfen. Weil die BRD-Imperialisten sich an der Aufrechterhaltung der Siedlerherrschaft beteiligen, ist unser Kampf mit dem Euren verbunden. Darum bitten wir Euch, uns zu schreiben, was Ihr in Eurem Befreiungskampf braucht."

Hannover. Brief von 15 ausländischen Jugendlichen (8 – 10 Jahre) der Egestorfschule an die ZANU

Liebe Kinder von Zimbabwe,
wir haben Euch viele Bilder gemalt. Ihr könnt die Bilder angucken und Ihr könnt die Bilder verkaufen. Wir wollen auch einige Bilder verkaufen und mit dem Geld könnt Ihr kaufen, was Ihr wollt, zum Beispiel Bleistifte, Bücher, Hefte, Gewehre, Autos, Pullover, Hosen usw. Wir finden es gut, daß Ihr arbeitet und kämpft.
Viele Grüße."



Die Bilderfolge haben die Schüler der 5. Klasse der Privatheilschule in Hannover gemalt, sie haben sie dem Kommunistischen Jugendbund übergeben, damit er sie veröffentlichen soll.

Stadtkrankenhaus Wolfsburg

Gegen die Einführung der Fünfeinhalb-Tage-Woche wird gekämpft

Stadtkrankenhaus Wolfsburg. Nach dem Tarifabschluß im Öffentlichen Dienst will die Bourgeoisie die kapitalistische Rationalisierung und Auspressung von Mehrarbeit vorantreiben. In Wolfsburg hat der Stadtrat beschlossen, am Stadtkrankenhaus die 5/6-Tage-Woche einzuführen. Seit über einem Jahr hat die Belegschaft diesen Plan bekämpft und die 5/6-Tage-Woche bisher verhindert.

Am 9.3. versammelten sich mehr als 100 Beschäftigte zu einer Protestkundgebung vor dem Rathaus, wo die Einigungsstelle über die Arbeitszeitänderung verhandelte. Mit vier gegen drei Stimmen (drei Vertreter des Krankenhausträgers und ein Amtsgerichtspräsident als „neutraler Schlichter" gegen drei Personalvertreter) bestätigte diese den Plan des Stadtrats. 48 000 DM hat diese Prozedur gekostet, davon gingen allein 12 000 DM an den Schlichter. Für diesen Betrag muß eine Krankenschwester ungefähr ein Jahr arbeiten.

Einen weiteren Grund für das Vorgehen des Stadtrats und die schnelle Einigung haben die „Wolfsburger Nachrichten" am 19.2. bekanntgemacht. Die Vertreter der örtlichen Krankenkassen lehnten eine Erhöhung der Pflegesätze ab mit der Begründung, daß die „Personalkosten für den Pflegebereich angesichts der zur Zeit praktizierten Dienstform zu hoch seien und deshalb eine wirtschaftliche Betriebsführung nicht vorliegt." („Wolfsburger Nachrichten")

Die Vertreter der „örtlichen Krankenkassen", das sind im wesentlichen die Vertreter der Betriebskrankenkasse VW. Die Gesundheit der Arbeiter wird im VW-Werk immer stärker ruiniert. Die Kosten zur Wiederherstellung der Arbeitskraft für die erneute Vernutzung sollen gesenkt werden. Dem Stadtrat und Schlichtungsausschuß ist dieser Wunsch der VW-Kapitalisten Befehl.

Auf der Personalversammlung einen Tag nach der Kundgebung war die Kampfbereitschaft groß. Der Dienstaufsicht wurde vorgerechnet, daß es auf bestimmten Stationen unmöglich sei, die Arbeitsabläufe so zu gestalten, daß die 5/6-Tage-Woche anwendbar ist, ohne daß das Personal zu Überstunden und Mehrarbeit gezwungen wird. Noch am gleichen Tag wurde der Vorschlag, „Dienst nach Vorschrift" zu machen, auf einigen Stationen in die Tat umgesetzt. Sofort zeigte sich, daß das den Betrieb in großes Durcheinander stürzt. In der Folge zeigte sich jedoch auch, daß sich die Belegschaft zu dieser Kampfmaßnahme nicht zusammenschließen kann. Vielmehr führt sie gerade auch zu Widersprüchen in der Belegschaft. Wenn z.B. die Schwestern keine intravenösen Spritzen oder Blutabnahme mehr machen, was sie laut Vorschrift nicht dürfen, müssen die Ärzte von einer zur anderen Station hetzen. Ähnlich ist es mit den Stationshilfen. Die Aktion „Dienst nach Vorschrift" konnte sich nicht richtig ausbreiten. Die Pflegeleitung verbreitet inzwischen: Wer „Dienst nach Vorschrift" mache, habe seinen Beruf verfehlt. Solange diese Ideologie nicht geschlagen wird, kann die Krankenhausbelegschaft nicht vorankommen.

Zwar sieht das Personal, daß es so nicht weitergehen kann und daß nichts besser wird, wenn man seine Arbeitskraft bis zum letzten verausgabt, um die nötigste Versorgung der Patienten zu gewährleisten, und ist deshalb zu Kampfmaßnahmen bereit. Sie müssen aber bewußt die Verantwortung ablehnen dafür, daß der Krankenhausbetrieb aufrechterhalten wird, die Verantwortlichen angreifen und die Zustände im Krankenhaus öffentlich enthüllen, so wie es bei den Zuständen in der Pathologie geschehen ist. Dabei werden sie die Unterstützung der Arbeiter und übrigen Werktätigen finden.

Die ideologische Schwäche in der Belegschaft nutzen die Sozialdemokraten aus. Scheinbar hatten die Sozialdemokraten auf der Personalversammlung den Dienst nach Vorschrift unterstützt. Die Absicht war jedoch von vornherein, ihn ins Leere laufen zu lassen. Jetzt verbreiten sie, der Personalrat müsse ja erst neue Dienstverträge mit dem Krankenhausträger aushandeln und das könne wohl ein halbes Jahr dauern. Mit Kampfmaßnahmen habe es keine Eile. Vor der Sitzung der Einigungsstelle hatte der Personalratsvorsitzende Melzer bereits verbreitet, man müsse Ruhe bewahren, der Personalrat habe so gute Argumente, dagegen könne die Einigungsstelle nicht entscheiden. Damit sollen die Kampfmaßnahmen der Belegschaft verhindert werden.

Die Stimmung ist jedoch anders. Das Krankenhauspersonal ist bereit zu kämpfen. Nur will niemand mit Aktionen eventuell allein dastehen. Die Beschäftigten warten darauf, daß die Gewerkschaft den Kampf organisiert. Am Dienstag findet eine erneute Personalversammlung statt, auf der der Kampf um die Einheit der Belegschaft geführt werden muß. – (v, wolfsburg/Red.)

„Zurückhaltung von Arbeitsleistung wegen Lohnraub nicht zulässig"

Über die Gleichheit in den Arbeitsverträgen im Öffentlichen Dienst

Für die Bourgeois stand schon in der Nacht vom 1./2. März fest, daß der 5,3 %-Abschluß „ein vorbildliches Ergebnis" ist, das man als „Signal" für die kommenden Tarifauseinandersetzungen in der Bauwirtschaft, der Chemie- und der Textil- und Bekleidungsindustrie verkaufen muß. Für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst war auch von der ersten Stunde an klar, daß dieses Ergebnis Spaltung und Lohnraub ist. Die Einzelauswertung jedoch ist noch nicht möglich. Die entsprechenden Lohnzettel fehlen.

Am 28. Februar lief der alte Tarifvertrag ab. Am 1. März beginnt die Wirksamkeit des neuen. Mit diesem Tag sind alle vereinbarten Leistungen fällig. Die Auszahlung der Löhne und Gehälter für den Monat März müßte also den effektiven Lohnraub in Heller und Pfennig erkennen lassen.

Man hat aber seine Erfahrungen. Man weiß, daß ihnen selbst das schäbigste Ergebnis entrissen werden muß, weil sie versuchen werden, es monatelang zurückzuhalten. Sie haben ihre Gründe dafür. Erstens weil bis zur aufgezwungenen Erkenntnis durch den Lohnzettel ihr Geschwätz über den „zufriedenstellenden Abschluß" eher wirken kann, und zweitens, weil es ihnen viel einbringt.

1 % Lohnerhöhung im öffentlichen Dienst kostet 1,6 Milliarden DM, haben sie vor dem Abschluß herausgelassen. 5,3 % machen also, brutto gerechnet, 8,48 Milliarden. Diese 8,48 Milliarden DM einen Monat säter ausgezahlt und den Betrag dafür in der Ausbeutung der Arbeiterklasse bei einer Gewinnspanne von 15 % angelegt, erbringt ihnen jeden Monat die stattliche Summe von 67 840 000,00 DM. Man kann also die Rechnung nachvollziehen und verstehen.

Das brauchen sich die Beschäftigten im öffentlichen Dienst nicht gefallen lassen. Die Arbeitsverträge beruhen auf der Annahme der Gleichheit beider Vertragsseiten. Daraus folgt, daß der eine Teil seine vertraglichen Leistungen so weit und so lange zurückhalten kann, wie der andere Vertragsteil das auch tut. Und wenn das alle in gleicher Lage Befindlichen in gleicher Weise tun, haben bürgerliche Kommentatoren des Arbeitsrechts allen Anlaß zu schreiben: „Das Zurückbehaltungsrecht der Arbeitnehmer hat in letzter Zeit unter arbeitskampfrechtlichem Aspekt vor allem deshalb lebhaftes Interesse gefunden, weil es die Möglichkeit bietet, das Verbot des wilden Streiks aufzulockern."

Es herrscht kein Zweifel: Was jedem einzelnen erlaubt ist, kann auch kollektiv ausgeübt werden. Der Ausübung des Zurückbehaltungsrechts sind lediglich zwei Schranken gesetzt: Die Arbeitsleistung muß in einer jeden Zweifel ausschließenden Weise dem Dienstherren mitgeteilt werden. An dieser Deutlichkeit soll es nicht fehlen. Weiter verordnen die Bourgeois, daß die Zurückhaltung von Arbeitsleistung wegen nicht vollständig bezahltem Lohn nicht zulässig ist, „wenn die Verweigerung nach den Umständen, insbesondere wegen verhältnismäßiger Geringfügigkeit des rückständigen Teils, gegen Treu und Glauben verstoßen würde". Ob das Tarifergebnis, an dem die Bourgeois solches Wohlgefallen finden, von ihnen gleichzeitig und offen als ein solch geringfügiger rückständiger Teil des Lohns bezeichnet wird, daß bei Verweigerung seiner sofortigen Auszahlung dagegen etwa nicht die Arbeitsleistung im selben Umfang zurückbehalten werden soll, das sollen sie zuerst einmal selbst feststellen.

Schließlich machen bei 40 Stunden Wochenarbeitszeit 5,3 % zwei Stunden, 7 Minuten und 12 Sekunden aus, ebenfalls brutto gerechnet. Und schließlich sind gerade diese zwei Stunden in der wöchentlichen Arbeitszeit der baden-württembergischen Landesregierung nicht zu „geringfügig", um sie gegen die ausgehandelten Tarifergebnisse vom Oktober 1974 bis heute den Beamten des Landes vorzuenthalten, die nach wie vor zu einer wöchentlichen Arbeitszeit von 42 Stunden verpflichtet sind. – (k)

Die Einheit der Arbeiter und Bauern wird das Energieprogramm zu Fall bringen

Mehr als 10 000 demonstrierten gegen den Bau des Kernkraftwerks



Der Südblock aus Kassel/Göttingen zieht in Richtung Bauplatz.

Presseerklärung des ZK des Kommunistischen Bundes Westdeutschland

Betr.: Erörterung des Verbots des KBW als „kriminelle Vereinigung"

Der niedersächsische Ministerpräsident Albrecht hat sich an Bundesregierung und Bundesrat gewandt, den KBW als „kriminelle Vereinigung" zu verbieten. Das ist ein durchsichtiges Manöver, um vom verbrecherischen Charakter des Energieprogramms der Kapitalisten und des bürgerlichen Staates abzulenken. Es ist auf dem Miste eines professionellen Betrügers gewachsen, der bekanntlich in einem Buch über die Zulässigkeit von Folterungen philosophische Betrachtungen angestellt hat und zu dem Schluß kam, daß Folterungen sein müßten.

Die Kapitalisten und die bürgerlichen Politiker tun seit Wochen alles, um die Bewegung gegen den Bau von Kernkraftwerken zu spalten. Sonst nützt ihnen ihre ganze Polizeigewalt nichts.

Der KBW seinerseits tut alles, um die Bewegung gegen das imperialistische Kernenergieprogramm ideologisch und politisch zusammenzuschließen, weil die Bourgeoisie sonst mit ihrer Polizeigewalt immer noch einmal die Interessen der Massen unterdrücken kann. Es ist verständlich, daß der Folterknecht aus dem Hause Bahlsen damit nicht einverstanden ist.

Mannheim, den 21.3.1977

Hans Gerhard Schmierer
Sekretär des ZK

Offener Brief der Bürgerinitiative Eckernförde an den DGB

Die Bürgerinitiative „Kein KKW an der Eckenförder Bucht und anderswo" wendet sich an die Gewerkschaften, weil sie als elementare Interessenorgane der Arbeiter und Angestellten die Hauptkraft im Kampf gegen das Kernenergieprogramm der Bundesregierung bilden müssen.

Der DGB sowie alle Führungen der Einzelgewerkschaften (z.B. Bau- Steine- Erden, IG Metall) haben sich für das Kernenergieprogramm der Bundesregierung ausgesprochen. Wir sind der Meinung, daß sie damit in Kauf nehmen,

– daß durch den Einsatz von Kernenergie in den Betrieben Arbeiter und Angestellte durch Einsatz von mehr Maschinen, d.h. größerem Stromeinsatz auf die Straße gesetzt werden;
– daß trotz der Beteurungen der Kernindustrie die heutigen KKW unsicher sind, speziell das Problem der Wiederaufbereitung und Endlagerung radioaktiven Mülls ungelöst ist;
– daß den Bauern durch die radioaktive Verseuchung des Landes und damit der Tiere und der landwirtschaftlichen Produkte die Existenzgrundlage entzogen wird;
– daß die gesamte Bevölkerung durch Krebs und Schäden im Erbgut im höchsten Maße gefährdet ist;
– daß der Bau von KKW nur der Industrie nützt, indem die Industrie billigen Strom erhält, die Haushalte aber über Steuern und die Erhöhung des Strompreises die gewaltigen Investitionen bezahlen;
– daß das Kernenergieprogramm nicht der Sicherung der Stromversorgung dient, sondern den Zweck hat, der Industrie höhere Gewinne und bessere Exportchancen zu bringen, um damit andere Konkurrenten ausstechen zu können;
– daß das Plutonium, das in KKW erzeugt wird, zum Bau von Atombomben und damit der Kriegsvorbereitung dienen kann;

Wir fordern sie deshalb auf, am 1. Mai, dem internationalen Kampftag der Arbeiter und Angestellten, folgende Forderungen in Demonstrationen und Kundgebungen mit aufzunehemen:

Kein KKW an der Eckernföder Bucht und anderswo!
Kein KKW in Brokdorf und anderswo!
– Sofortige Räumung des Bauplatzes!
– Der Bauplatz muß wieder zur Wiese werden!
Keine Wiederaufbereitungsanlage!
Weg mit dem Kernenergieprogramm!
Verbot und Vernichtung aller Kernwaffen!

Eckernförde, den 17.3.77
Bürgerinitiative Eckernförde

Auszug aus einem Flugblattentwurf, den der KB Nord in der BUU-Untergruppe Hamburg-Eppendorf eingebracht hat. Der Entwurf wurde von der Mehrheit abgelehnt.

„In Grohnde besteht jedoch zum ersten Mal seit dem 13. November in Brokdorf die Möglichkeit, daß alle AKW-Gegner auf ein gemeinsames konkretes Ziel hinarbeiten und den Bau praktisch verhindern. Dadurch kann diese Aktion auch eine Konzentration unserer Kräfte bringen. Dies um so mehr, als in Grohnde kein Baustopp besteht, an dem sich die Anti-Atombewegung spalten ließe. Die örtlichen Initiativen rufen uns zur Unterstützung ihrer Großkundgebung auf. Auch an der Unterscheidung zwischen Ortsansässigen und Auswärtigen ist eine Spaltung der AKW-Gegner nicht zu befürchten. Notwendig ist diese Aktion auch, um zu klären, ob AKW-Betreiber jeden Bauplatz militärisch so abriegeln können wie am 19.2. in Brokdorf oder ob bundesweit angekündigte Besetzungsversuche bei dem jetzigen Stand der Bewegung durch andere Aktionsformen abgelöst werden müssen. Alles deutet daraufhin, daß Ministerpräsident Albrecht sein joviales Lächeln (Nun demonstriert mal schön) absetzen wird und ähnliche Provokationen beabsichtigt wie Stoltenberg in Brokdorf. Wir fordern deshalb alle AKW-Gegner auf, geschlossen und in großer Zahl in Grohnde zu demonstrieren, um Übergriffe der Polizei schon dadurch zu verhindern. Die nächste Woche muß genutzt werden, uns so gut wie irgend möglich vorzubereiten, damit die Aktion ein weiterer großer Erfolg gegen das mörderische AKW-Programm wird!
Kein Trauermarsch in Grohnde!
Schließt Euch fest zusammen!
Weg mit dem Atomenergieprogramm!"

Hamburg. Das Monopol der Kapitalisten und ihres Staates auf die Stromversorgung und -verteilung bewirkt nicht nur, daß es für Kapitalisten und Volksmassen einen unterschiedlichen Tarif gibt, sondern auch, daß die Volksmassen teuer bezahlen müssen, wenn sie ihre Stromrechnung nicht bezahlen können, während den Kapitalisten sogar die Rechnung gestundet wird. Bei der Jahresabrechnung, die oft mehrere Hundert Mark ausmacht, läßt die HEW (Hamburger Elektrizitätswerke) zum Zahlen gerade sieben Tage Zeit. Hat man in dieser Zeit nicht zahlen können, werden erstens Zinsen auf den zu zahlenden Betrag erhoben, zweitens eine Mah-
den Betrag erhoben, zweitens eine Mah-
nung geschickt, drittens ein Kassierer kommt ins Haus, trifft er niemanden an oder kann die Rechnung immer noch nicht gezahlt werden, wird viertens der Strom ausgestellt. Dann sitzt man abends im Dunkeln, muß auswärts essen, weil man nichts kochen kann. Ist man endlich in der Lage, den durch Zinsen und Kassiergebühren um mindestens 30 DM angewachsenen Betrag zu zahlen, wird der Strom wieder angestellt. Allerdings: Die „Zahlungsunfähigkeit" hat mit Leichtigkeit zu Mehrkosten von 50 DM bis 60 DM geführt, was die erneute „Zahlungsunfähigkeit" beschleunigt oder den Verzicht auf notwendige Lebensmittel bedeutet. Stromsperrungen kommen häufig vor. Die HEW weigern sich dann auch, die Zahlen darüber zu veröffentlichen.

Westberlin. Am 14.3. fand mit 250 Teilnehmern eine Veranstaltung des DGB zum § 218 statt. Die Sozialdemokraten, zu der Versammlung durch den Druck der Gewerkschaftsmitglieder gezwungen, versuchten im Nachhinein durch Nichtmobilisierung und Einlaßkontrollen noch die Veranstaltung zu verhindern.

Die Veranstaltung war geplant, um der Anwendung des § 218 zum Durchbruch zu verhelfen. Redner auf dem Podium waren dann Spitzelhunde der Beratungsstellen und eine Senatsvertreterin. Nicht gelungen ist es ihnen, den verhaßten § 218 aufzupolieren: Die Senatsvertreterin sagte, das Problem beim § 218 sei der Bettenmangel. Klar gestellt wurde durch einen Zwischenruf, daß sie doch gerade aus dem Senatsamt kommt, das ungeheure Bettenstreichungen beschlossen hat.

Die Vertreter der verschiedenen Beratungsstellen forderten den weiteren Ausbau der Beratung. In der Diskussion mußten sie zugeben, daß die Beratung eine Farce ist, weil die Frauen, die kommen, sowieso abtreiben lassen wollten. „Warum die Registrierung," „Weil es das Gesetz vorschreibt!" Beschimpft wurde die Arbeiterklasse, die unwissend über Verhütungsmittel sei und deshalb vor dem Problem eines nicht gewollten Kindes stehe. Der Angriff auf die Ansichten der Bourgeoisie wurde geführt, so daß sich die sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionäre gezwungen sahen, wortradikal gegen den Strafgesetzparagraphen 218 aufzutreten: „Im Kern sind wir auch für ersatzlose Streichung", nur an die DGB-Beschlüsse müsse man sich halten. Eine Ärztin, die selbst an einer Beratungsstelle tätig ist, enthüllte deren Unterdrückungsfunktion und schlug vor, sich als Gewerkschafter zusammenzuschließen, um den § 218 zu Fall zu bringen. Sie forderte eine Versammlung des DGB-Frauenausschusses, auf der der Kampf gegen das Strafgesetz beraten werden muß. Ein Antrag, eine Abstimmung durchzuführen, daß der § 218 ersatzlos gestrichen werden muß und diese Forderung in den Betrieben verankert und am 1. Mai getragen werden muß, wurde von den Sozialdemokraten auf dem Podium abgelehnt. Die Versammelten stimmten dann selbständig darüber ab. Für die ersatzlose Streichung des § 218 und die Notwendigkeit, diese Forderung am 1. Mai auf die Straße zu tragen, stimmte die übergroße Mehrheit.

Minister Ehrenberg bessert die Steuerfalle aus

1973 stand der durchschnittliche Bruttolohn aller in der Rentenversicherung versicherten Arbeiter und Angestellten auf 1 524,60 DM. Von diesem Bruttolohn mußte ein Arbeiter, der ihn zufällig verdient hat – zwei Kinder, verheiratet, Steuerklasse IV – 438,28 DM oder 28,7 Prozent als Lohnsteuer und für die „Sozialversicherung" abführen.

Erreichte dieser Arbeiter eine Erhöhung seines Bruttolohns um 5,3 Prozent zum Beispiel, so mußte er für den Mehrbetrag von 80,80 DM 29,35 DM mehr an Steuern und Versicherungen zahlen. Schon damals gab es also eine gewisse Progression, eine *fortschreitende Beraubung*, denn die Abzugslast war auf die Ausgangssumme 28,7 Prozent, auf die Erhöhung aber bereits 36,2 Prozent.

Dies fanden die Kapitalisten nicht ausreichend. Mehr noch, es war regelrechte Gefahr im Verzuge. Denn die Arbeiter erkämpften sich Lohnerhöhungen, die infolge der Inflation erheblich über 5,3 Prozent hinausgingen. Ohne genaues Studium der Linie „A" in unserem Schaubild kann nicht ermessen werden, in welcher Gefahr die Kapitalisten schwebten. Kam der industrielle Durchschnittslohn in die Nähe des Betrages von runden 2 300 DM, so mußte nach der im Jahre 1973 gültigen Steuer- und Lohnabzugstabelle eine Degression, eine relative Minderung der Belastung des Bruttolohns eintreten. Im Beispiel wiederum:

Der Arbeiter von vorhin, ansonsten noch der gleiche, hätte sich im Verlauf von drei Jahren einen Lohn von 2 300 DM brutto erstritten. Dieser Bruttolohn wäre mit einer Abzugslast von 706,90 DM oder 30,7 Prozent belastet gewesen. Dann wäre eine weitere Erhöhung von 5,3 Prozent durchgesetzt worden. Diese Erhöhung hätte 121,90 DM betragen, und für diesen Mehrbetrag hätte eine Mehrbelastung an Abgaben von 29 DM bzw. 23,8 Prozent der Lohnerhöhung stattgefunden. Also *weniger*. Anteilmäßig *weniger Geld* in die Steuerkasse des bürgerlichen Staates. Anteilmäßig weniger Geld in die Versicherungskassen, wo es sich die Kapitalisten ausleihen können. Die Befürchtungen der Kapitalisten waren wissenschaftlich begründet und berechtigt. Die Sozialdemokratie, damals noch unter Regie von Willy Brandt, kreißte und gebar die große sozialdemokratische Steuerreform.

Wie man aus der graphischen Darstellung ersehen kann, bestand der Kern dieser Steuerreform darin, bei 1 500 DM bis 3 000 DM eine Progressionsmauer zu errichten, die dasteht wie die Eiger-Nordwand im Berner Oberland. Die Errichtung dieser Progressionsmauer wird durch die Linie „B" dargestellt. Man kann ihre Bedeutung auch ausrechnen. Unser Arbeiter verdiene Anfang 1976 entsprechend dem Durchschnitt 1975 1 817,30 DM. Im Lohnkampf kommen 7,3 Prozent heraus. Jetzt hat er 1 950 DM brutto. Vorher hatte er auf 1 817,30 DM 597,61 DM Abzüge, also 31,9 Prozent. Auf den Mehrbetrag von 132,70 DM drücken ihn nun 62,36 DM oder 47,0 Prozent Abgabenlast.

Vielleicht wird die Scheinheiligkeit, mit der Willy Brandt die gerechte Reform der Steuern propagierte, noch übertroffen durch die Scheinheiligkeit von Hans Apel, der zu Beginn des Jahres 1975 die Unzufriedenheit mit der Steuerreform erstaunt zur Kenntnis nahm. (Ich denk, mich tritt ein Pferd.)

1976 stellt sich die große sozialdemokratische Steuerreform dar als die Errichtung eines Steuergefängnisses für Arbeiter und Angestellte bis inclusive 3 100 DM brutto. Dieses Steuer- und Abzugsgefängnis hat allerdings noch einen Macken zu verzeichnen. Bei Löhnen von 2 200 bis 2 600 DM kam es wieder zu einer Degression. Das ist diese Einbuchtung.

Sozialdemokratische Lohnsteuerpolitik erschließt sich nicht ohne sozialdemokratische Sozialversicherungspolitik. Wie kommt es zu der Einbuchtung? Diese Unschönheit des Kurvenverlaufes entsteht, weil die Beitragsbemessungsgrenze für die Krankenkassen zu niedrig liegt.

Die Sozialversicherungen steigen nämlich nicht progressiv, sondern machen stets einen festen Prozentsatz vom Arbeiter- und Angestelltenlohn aus. *Vom Arbeiter- und Angestelltenlohn.* Damit nicht die Gefahr entsteht, daß der Manager mit 10 000 DM im Monat volle 1 650 DM in die Sozialversicherungen zahlen muß, gibt es „Beitragsbemessungsgrenzen". Diese sind es, die eine Erleichterung der „Pflichtabzüge" ausmachen.

1977 z.B. hört die Versicherungspflicht für die Krankenversicherung bei 2 550 DM auf. Wer mehr verdient, kann sich für den Betrag von 153 DM, den die Krankenversicherung bei 12 Prozent im Schnitt an Abzügen ausmacht, bequem *privat* versichern. 1977 hört die Beitragsbemessung für die Renten- und Arbeitslosenversicherung bei 3 400 DM auf. Wer mehr verdient, kann sich eine private Lebensversicherung sehr gut halten und kauft ohnehin Aktien. Er hat keine weiteren Belastungen, sondern bildet Vermögen.

Die große sozialdemokratische Steuerreform war so angelegt, daß ein Teil der höher verdienenden Vorarbeiter und der Angestellten durch Überschreiten der Bemessungsgrenze für die Krankenversicherung eine gewisse Abzugserleichterung verspürte. Die Lücke im Steuer- und Abzugsgefängnis erstreckte sich von 2 200 DM bis 2 600 DM, immer im Jahre 1976. Wer weiß, was Vorarbeiter so ungefähr verdienen, sieht, wie *genau* die Sozialdemokratie diese Lücke placiert hat.

Daß auch ein Vorarbeiter oder besser verdienender Angestellter vollständig schief liegt, wenn er den Sozialdemokraten *vertraut,* beweist die Linie „C". Sie zeigt den Vorgang der Schließung der Lücke im Abzugsgefängnis für Arbeiter und Angestellte durch den p.p. Ehrenberg.

Man muß sich vorstellen, daß im Ministerium Scharen von Beamten brüten, wie diese Abzugskurve zum Nutzen der Kapitalistenklasse modelliert werden kann. Auch eine „kleine" Lücke, wie wir sie jetzt gezeigt haben und wie sie Ehrenberg geschlossen hat, kann Hunderte Millionen DM, wenn nicht Milliarden ausmachen. Da lohnt sich schon ein gewisser Aufwand.

Von den Steuerprogressions- und Versicherungsbetrügereien der Sozialdemokratie werden die Arbeiter regelmäßig überrascht. Warum? Weil die Methoden so abgefeimt sind, weil die sachlichen Mittel, um überhaupt nachrechnen zu können, so teuer sind, allein die Steuertabelle kostet über 20 DM. Weil schließlich die Zeit fehlt, denn zur Erstellung von Linien wie auf dem Schaubild rechnet man ohne größere Hilfsmittel bestimmt zwei bis vier Wochenenden. Da fällt es sehr schwer, den konkreten Inhalt der verschiedensten kursierenden „Reformvorschläge" rasch zu erfassen und eine einheitliche politische Meinung darüber herzustellen. Ohne Organisation ist es gar nicht zu machen. Solange die Arbeiterklasse keine eigene Partei hat, wird sie immer betrogen werden. Wenn sie aber *hat,* dann *nicht*.

„Die Chaoten hatten Waffen für Millionen", schreibt die „Bild"-Zeitung bzw. der niedersächsische Ministerpräsident Albrecht schreibt es in der „Bild"-Zeitung. Und: „Nur zum kleineren Teil stammt das Geld aus Mitgliedsbeiträgen des Kommunistischen Bundes Westdeutschland. Zum größeren kommt es aus dunklen Kanälen, denen wir jetzt nachgehen wollen." Die Bourgeoisie schabt sich, daß sich die Arbeiter für ihre Kämpfe mit den nötigen Mitteln versehen. Die „dunklen Kanäle" sind der Kampfwille der unterdrückten Volksmassen.

Was uns betrifft, so hatten wir keine Kosten für „Waffen" in Höhe von „Millionen". *Waffen* braucht man für den *bewaffneten Aufstand*. Auch da hat man keine Kosten in Höhe von Millionen. Man führt den politischen Kampf und zersetzt die Polizei und das stehende Heer. Dann *nimmt* man sich die erforderlichen Waffen, den größten Teil, indem man die *Truppen* für die revolutionäre Sache gewinnt. Wir waren schon immer gegen diese Kleinkaliber- und Spatzenschleuderspielereien.

Was hat dies alles mit der Steuerreform und der Beraubung durch Abzüge zu tun? Die Bourgeoisie schabt sich, daß sich die Arbeiterklasse die sachlichen Mittel zur Führung des Kampfes verschafft. Diese Mittel sind vor dem Stadium des bewaffneten Aufstandes, wo sich die Bourgeoisie dann in vollster Zersetzung befindet, ziemlich ziviler Natur. Den vielen Freunden und Sympathisanten unserer Organisation, die unserer Organisation für Zwecke des Klassenkampfes Geld gegeben haben und weiter geben, können wir mitteilen, daß wir uns neben anderen wichtigen Anschaffungen auch einen Computer kaufen konnten. Bis wir das Gerät beherrschen, so hoffen wir, werden wir in die Lage kommen, die schmutzigen Reformen der SPDler nicht halbe und ganze Jahre zu spät auszubaldowern, sondern, wenn es geht, schon vorher.

Der Lohnsteuerfreibetrag muß auf 1 500 DM heraufgesetzt werden. Die Versicherungsbeiträge müssen die Kapitalisten zahlen. Soll sich doch Ehrenberg mit den Kapitalisten raufen. Das sind politische Forderungen, unter denen sich Millionen zusammenschließen müssen, über die Millionen Klarheit gewinnen müssen, wenn der Kampf Erfolg haben soll. Computer alleine bringen's nicht. Die Bourgeoisie hat viele und riesenhafte. Sie wird doch zugrunde gehen, an der Initiative der Massen. Selbstverständlich empfinden es die Bourgeois als kriminell, wenn ihnen ihre Betrügereien aus- und aufgerechnet werden. In diesem Sinne sind wir schon eine kriminelle Vereinigung. Aber da befinden wir uns in guter Gesellschaft, nämlich der ganzen Arbeiterklasse. – (Z-Red.)

Alte und junge Sozialdemokraten

Montag dieser Woche wurde in Köln die 2. ordentliche Mitgliederversammlung der Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS) nach über 24-stündiger Verzögerung durch die Sozialdemokraten, DKP-Revisionisten und Opportunisten im VDS-Vorstand auf entschiedenes Verlangen von ASten schließlich eröffnet. Etwa 150 der 181 Mitgliedsstudentenschaften waren bei Eröffnung vertreten.

Obzwar die Sozialdemokraten, die DKP-Revisionisten und die Opportunisten zusammen über mehr als 95 % der knapp 700 Stimmen der Mitgliederversammlung verfügen, steht die Auseinandersetzung um die Politik der VDS auf dieser Mitgliederversammlung dennoch unter großer Spannung.

Denn die herrschende Klasse hat die Ziele der Reaktion gegenüber den Studentenmassen für das bevorstehende Semester weit gesteckt. Die Professoren des Hochschullehrerverbandes haben schon im Februar ein härteres Vorgehen verlangt, um den Widerstand in den Lehrveranstaltungen zu unterdrücken. Am Donnerstag dieser Woche behandelt der Bundestag das BAföG-Änderungsgesetz in 2. und 3. Lesung, um den Kurs der weiteren Verschärfung der materiellen Abhängigkeit der Studentenmassen abzustecken. In Baden-Württemberg hat das Kultusministerium letzte Woche eine Hochschulgesetznovelle vorgelegt, die die Entwürfe in anderen Bundesländern in ihren Angriffen auf die Vertretungsrechte der Studenten weit übertrifft und zusätzlich Verschärfungen des Ordnungsrechts vorsieht.

Die Interessen des Kampfes der Studentenmassen gegen diese reaktionäre Politik der herrschenden Klasse sind in Anträgen an diese Mitgliederversammlung der Vereinigten Deutschen Studentenschaften festgehalten: so z.B. in dem Antrag auf Unterstützung der beschlossenen Streikaktion der Medizinstudenten für die Durchsetzung des Ausbildungs- und Tarifvertrags und in Anträgen auf Durchführung eines Streiks im Sommersemester gegen die Verschärfung der materiellen Abhängigkeit und für ein ausreichendes Ausbildungsentgelt. An der Universität Konstanz unterzeichneten in drei Tagen mehr als 100 Studenten eine Resolution, in der sie das Regierungsangebot zum BAföG zurückweisen und die VDS-Mitgliederversammlung auffordern, den bundesweiten unbefristeten Streik zur Durchsetzung der Forderung von 100 DM mehr und 1 500 DM Elternfreibetrag zu beschließen. Die Institutsgruppen an der Universität Kiel beauftragten eine Delegation, auf der VDS-Mitgliederversammlung ebenfalls für die Durchführung eines Streiks im Sommersemester gegen das BAföG einzutreten. Der mehrheitlich von den Jusos gestellte AStA an der Universität Osnabrück wurde von der Fachschaftsvertreter-Konferenz aufgefordert, ebenfalls für die Beschlußfassung für Streik im Sommersemester einzutreten. An der Fachhochschule Hildesheim beschlossen die Studenten des Fachbereichs Kommunikationsgestaltung einen Antrag, in dem sie sich dagegen wenden, den Kampf der Fachhochschüler von den Kämpfen der Studenten an den anderen Hochschulen abzutrennen und ihn als etwas Besonderes zu behandeln, anstatt „den bundeseinheitlichen Streik mit dem Schwerpunkt BAföG noch im Sommersemester" zu beschließen.

Entsprechend sind die Anstrengungen der bürgerlichen Politiker auf dieser Mitgliederversammlung, die Gegensätze zum imperialistischen Staatsapparat zu verwischen. Unter spärlichem Beifall der Jusos und gegen Protest und Pfiffe ließ der VDS-Vorstand kaum eine Stunde nach Eröffnung der MV den früheren Juso-Bundesvorsitzenden Karsten Voigt als offiziellen SPD-Vertreter auftreten, um für Unterstützung und Zusammenarbeit mit der Bundesregierung zu werben.

Schon vor dem Kongreß hatte der Juso-Hochschulgruppen Geschäftsführer Hartung im „Vorwärts" vorgestellt, wie die Jusos hier auf dieser Mitgliederversammlung auftreten würden für die von Schmidt verkündeten Ziele der Regierungspolitik gegenüber den Studenten, die Verschärfung der materiellen Abhängigkeit und des Konkurrenzdrucks. Unter der Etikette einer „neuen gesellschaftlichen Konstellation in der Bildungspolitik" propagiert Hartung: „Dies bedeutet für den Hochschulbereich, daß elitäre Vorstellungen und Erwartungen von Studenten in mühsamer Arbeit beseitigt werden müssen."

Indessen, auch Hartung weiß, daß diese Spaltungs- und Betrugsabsicht erkannt wird. „Da hilft denn auch der – richtige – Hinweis wenig, daß Helmut Schmidt kein Juso ist", stellt Hartung fest. Da ist es nicht erstaunlich, daß sich die Jusos mit den Revisionisten und den Opportunisten der Basisgruppen auf jeweils eigene Rechenschaftslegungen ihrer Vorstandsmitglieder geeinigt haben: es geht um die Vervollständigung der Palette der Spaltungsmöglichkeiten der Studentenmassen in ihrem Kampf. Da sehen es die Jusos gerne, wenn sich die Revisionisten hervortun mit Theorien über die besondere Bedeutung des Kampfes der Studenten an den Fachhochschulen und notwendige „Sonderformen" für die Entwicklung ihrer Kämpfe propagieren, geradeso, wie es die Jusos gerne sehen, wenn seitens des Basisgruppenmannes Ickert „der Linken" vom Kampf um die Politik der VDS abgeraten wird, weil „die Studenten in ihren Aktionen sich sowieso über einen Führungsanspruch der VDS hinweggesetzt" hätten.

Den bürgerlichen Politikern geht es auf der VDS-Mitgliederversammlung und mit ihren Beschlüssen darum, die wirksamsten Spaltungslinien und Möglichkeiten zum Betrug der Studentenbewegung zu erkunden, und durch entsprechende Beschlüsse versuchen sie, diese Manöver bereits gegenüber den Kämpfen der Studentenmassen an den Hochschulen zur Wirkung zu bringen. Ob diese Manöver gelingen und durch Spaltung und Betrug seitens der im VDS-Vorstand vereinigten Sozialdemokraten, Revisionisten und Opportunisten der Reaktion das Vorgehen leicht gemacht wird, darüber fällt die Entscheidung nicht auf dieser VDS-Mitgliederversammlung, sondern in den Kämpfen an den Hochschulen.

Unterstützt den Streik der Medizinstudenten!

Antrag des Sekretariats der VDS-Fachkonferenz Medizin an die 2. o. Mitgliederversammlung der Vereinigten Deutschen Studentenschaften

Am 22./23. Januar haben sich die Vertreter der Medizinstudenten aus der ganzen BRD und aus Westberlin darauf geeinigt, gegen die Aufhebung ihrer gewerkschaftlichen und politischen Freiheiten in der praktischen Ausbildung an den Krankenhäusern zu streiken und dafür mit Semesterbeginn an allen Fachbereichen, wo es Mitte April beginnt, Urabstimmungen bis zum 29. April durchzuführen. Gerade weil es großen Andrang auf die beschränkten Plätze in der Medizinerausbildung gibt, glaubt die Bourgeoisie, daß die Konkurrenz unter den Medizinstudenten besonders scharf ist und sie deshalb reif seien. Nach den Erklärungen der Professoren soll die Entrechtung der Medizinstudenten im Praktischen Jahr erst den Anfang bilden für weitere Reaktion. Die Masse der Medizinstudenten, auf der diese Abhängigkeit und Unterdrückung lastet, hat sich aufgrund ihrer Interessen gegenüber dem bürgerlichen Staat und gegenüber den Bourgeoisstudenten an den Fachbereichen geeinigt und einen Strich durch diese Rechnung der Bourgeoisie gemacht. Wenn es ihnen gelingt, in der Fortsetzung des Kampfes diese Einheit mit der Unterstützung der Studentenbewegung an den anderen Fachbereichen zu festigen, dann wird das dem Drang der Reaktion nach Erweiterung der Unterdrückung einen spürbaren Dämpfer geben und die Kräfteverhältnisse im Kampf gegen die Reaktion zugunsten der Studentenbewegung verändern. Im folgenden dokumentieren wir den Antrag des Projektbereichssekretariats Medizin an die VDS-Mitgliederversammlung in dieser Woche:

„Die 2. ordentliche Mitgliederversammlung der VDS möge beschließen:

Die Medizinstudenten müssen als letzten Teil ihrer Ausbildung das sogenannte Praktische Jahr absolvieren.

Während dieser Zeit haben sie keinen Anspruch auf Sicherung ihrer materiellen Existenz durch eine Ausbildungsvergütung, sie haben am Krankenhaus keinerlei gewerkschaftliche und politische Rechte, so daß sie selber statt ausgebildet als billige Arbeitskraft ausgenutzt werden können und weiterhin jederzeit gegenüber der übrigen Krankenhausbelegschaft ausspielbar sind; nicht einmal die Ausbildung selber ist sichergestellt.

Seit Jahren erheben die Medizinstudenten der BRD gegen diese Absichten die Forderung nach einem Tarif- und Ausbildungsvertrag im Praktischen Jahr, abgeschlossen durch die ÖTV.
Bisher sind diese Forderungen von der Bundesregierung nicht erfüllt worden. Sie müssen jedoch erfüllt werden, wenn verhindert werden soll,
- daß entweder nur die Kinder reicher Eltern das Praktische Jahr werden ableisten können,
- oder daß die Masse der Medizinstudenten, um ihre materielle Existenz zu sichern, sich langfristig über das Studium hinaus verschuldet,
- daß die Absolventen des PJ als absolut rechtlose Gruppe am Krankenhaus zu allem ausgenutzt werden können und einen Spaltkeil innerhalb der Belegschaften bilden,

wenn erreicht werden soll,
- daß die Medizinstudenten im Praktischen Jahr ausgebildet werden,
- daß die Einheit der Medizinstudenten mit den übrigen Beschäftigten im öffentlichen Dienst gegen die Maßnahmen des staatlichen Dienstherren hergestellt wird.

Aus diesen Gründen haben die Medizinstudenten beschlossen, zu Beginn des Sommersemesters 1977 eine bundesweite Urabstimmung über einen bundesweiten Streik aller Medizinstudenten zur Durchsetzung der Forderungen durchzuführen.

Die 2. o. VDS-Mitgliederversammlung unterstützt die von der VDS-Fachkonferenz erhobenen und von der Masse der Medizinstudenten der BRD getragenen Forderungen nach einem Tarif- und Ausbildungsvertrag im Praktischen Jahr entschieden. Die 2. o. VDS-MV begrüßt die Schritte, die von der VDS-Fachkonferenz Medizin zur Durchsetzung der Forderungen eingeleitet worden sind. Sie fordert alle Studenten der BRD auf, die Urabstimmung und den Streik der Medizinstudenten nach Kräften zu unterstützen.

Denn, die Tatsache, daß die Medizinstudenten sich bundesweit geeinigt haben und bundesweite Kampfmaßnahmen zur Durchsetzung ihrer Forderungen nach materieller Absicherung und politischen und gewerkschaftlichen Rechten beschlossen haben, hat nicht nur für die Medizinstudenten, sondern für die gesamte übrige Studentenschaft eine große Bedeutung.

Nicht nur, daß mit dem Referendariat bei den Lehrern oder Juristen ähnliches geplant ist. Die Absicherung der materiellen Existenz und politische Freiheiten sind für die gesamte Studentenschaft notwendig. Bundesweite Pläne sind nur durch bundesweite, bundeseinheitliche Kampfmaßnahmen zu Fall zu bringen. Die Medizinstudenten gehen hier voran. Die beste Unterstützung für sie ist, wenn die übrige Studentenschaft ebenfalls bundesweit geeint den Kampf zur Sicherung der materiellen Existenz und für politische Freiheiten aufnimmt."

Urabstimmungstext

„Ich stimme für den bundesweiten Streik beginnend am 2.5.77 (Bayern und Schleswig-Holstein 16.5.77) zur Durchsetzung der von der VDS-Fachtagung beschlossenen Forderungen zum Praktischen Jahr:
1. Abschluß eines Ausbildungs- und Tarifvertrages für die PJ-Absolventen, der beinhaltet:
- Vertretung durch Personalrat
- Recht auf freie gewerkschaftliche und politische Betätigung einschließlich Streikrecht
- Bezahlung einer Ausbildungsvergütung von zur Zeit 700 DM im Monat und übliche Sozialleistungen.

2. Übernahme aller Studenten nach Bestehen des 2. Teils der Ärztlichen Prüfung in das Praktische Jahr.
3. Ausreichende materielle und personelle Ausstattung der Ausbildungsstätten einschließlich der Einrichtung von Polikliniken an den Lehrkrankenhäusern.

Das Ende des Streiks beschließt die Vollversammlung. Die Vollversammlung tagt nach Streikbeginn mindestens einmal wöchentlich zu tagen."

(Beschlossen von der VDS-Fachkonferenz am 22./23.1.1977)

PJ-Lied

(Melodie: Yellow Submarine (Beatles); Text: Medizinstudenten aus Heidelberg)

1. Im PJ, da geht es rund,
da lauf' mer uns die Füße wund.
Über uns, wie'n weißer Gott,
thront der Chefarzt – Scheiß PJ!

Refrain:
Wir wolln einen Ausbildungsvertrag
und Tarifvertrag mit 700 Mark!
Wir wolln einen Ausbildungsvertrag
und Tarifvertrag mit 700 Mark!

2. Er schafft an und wir solln spur'n
und ihm folgen ohne Murrn.
Und zum Leben keine Kröten –
woher nehmen? Vielleicht beten?

Refrain

3. Schaffen sonntags, schaffen nachts,
und im Gehirn, da piept's und kracht's.
Und die Prüfung ist nicht weit,
zum Lernen bleibt fast keine Zeit.

Refrain

4. Der Trick des Staates bei der Geschicht:
Wenn wir schaffen und kriegen nichts,
Hausordnung soll uns niederhalten –
das kann leicht die Belegschaft spalten.

Refrain

5. Doch ihr Herrn, jetzt geht es rund:
Soweit komm'n wir nicht auf den Hund!
Wir wer'n euch die Meinung geigen
und spätestens ab Frühjahr streiken!

Wir streiken für den Ausbildungsvertrag
und Tarifvertrag, für 700 Mark!

Englische Studenten gegen Erhöhung der Studiengebühren

Anfang des Jahres hat die britische Regierung beschlossen, die Studiengebühren an den englischen Universitäten und Colleges erheblich zu erhöhen. Studenten, die schon das erste Examen haben, sollen statt bisher 182 Pfund pro Jahr 750 Pfund, ausländische Studenten statt 460 Pfund jährlich 850 Pfund und Studenten ohne erstes Examen 360 statt bisher 140 Pfund bezahlen. Studenten, die eine staatliche Förderung erhalten, brauchen keine Studiengebühren zu zahlen.

Die staatliche Förderung hängt von dem Einkommen der Eltern ab und ist in etwa mit dem BAFöG vergleichbar und ebenso verwickelt in den einzelnen Bestimmungen. Sie beträgt zur Zeit ca. 500 Pfund im Jahr. Gleichzeitig hat die Regierung bekannt gegeben, daß bis 1981 von den Lehrerausbildungscolleges (diese entsprechen den Pädagogischen Hochschulen) 28 geschlossen werden sollen. Das würde eine Halbierung der Ausbildungsplätze für Lehrer bedeuten. Unter den zu schließenden Colleges ist auch eines, das vor eineinhalb Jahren erst neue Gebäude für eine Million Pfund bezogen hat.

Von den 208 000 Studenten finanzieren etwa ein Zehntel ihr Studium selbst, von den 33 000 mit erstem Examen müssen fast ein Drittel und von den 34 000 ausländischen Studenten ca. 25 000 ihr Studium selbst bezahlen.

Die britische Regierung will mit der Erhöhung der Studiengebühren einerseits in erheblichem Umfang die Zahl der Studenten senken, die bereits ihr erstes Examen haben, sich der ausländischen Studenten zum Teil entledigen und Kosten für die Hochschulausbildung senken, indem sie sie auf die Studenten und ihre Familien abwälzt.

Die britischen Universitäten finanzieren sich zum Teil über diese Gebühren. Der Anteil betrug bisher 7 Prozent, nach der Erhöhung soll er auf 20 Prozent steigen. Die Studiengebühren sind für den Staat ein Mittel zur Ausplünderung der besitzlosen Studenten und ihren Familien. Die Erhöhung bedeutet für viele Studenten, daß sie ihr Studium beenden müssen. Die Studenten haben gegen die Pläne der Regierung den Kampf aufgenommen. Die National Union of Student, die Studentengewerkschaft, hat vier Forderungen aufgestellt:
1. Gegen unterschiedliche Studiengebühren für britische und ausländische Studenten.
2. Keine Beschränkung der Zulassung an die Universitäten und Colleges.
3. Keine Erhöhung der Gebühren für Studenten, die sich selbst finanzieren müssen.
4. Schrittweiser Abbau der Gebühren überhaupt.

Auch wenn in diesen Forderungen eine Spaltung der Studenten angelegt ist, haben sich die Studenten von fast 100 Universitäten und Colleges an einer von der NUS organisierten Aktionswoche Ende Februar / Anfang März beteiligt. Überall fanden Aktionen gegen die Gebührenerhöhungen statt.

Besonders heftig waren die Auseinandersetzungen an der „London School of Economics", deren Direktor Dahrendorf ist. Dahrendorf ist den westdeutschen Studenten vor allem über sein „Schichtenmodell" bekannt, das an allen westdeutschen Universitäten propagiert wird und mit dem der Gegensatz zwischen Proletariat und Bourgeoisie mit einem verworrenen Gebilde von x-erlei Schichten verwischt werden soll. Die Studenten der „London School of Economics" haben die Verwaltungsgebäude der Schule besetzt und forderten, keine Erhöhung der Studiengebühren. Ca. 500 Studenten nahmen an der Besetzung teil. Besetzungen und Diskussionsveranstaltungen fanden im folgenden an der Mehrzahl der Universitäten des Landes statt. In Sheffield beschlossen 3 000 Studenten die Besetzung der Universität, 1 200 Studenten führten im University College in London einen Sitzstreik durch, 100 stimmten in Southampton für Besetzung. Am ersten Tag der Aktionswoche waren 14 Universitäten und Colleges besetzt, an 20 weiteren fanden Versammlungen statt, die fast alle Besetzung beschlossen. Als die Forderung gegen die Erhöhung der Gebühren abgelehnt wurde und in der „Economic School" in London Dahrendorf versucht hatte, das Gebäude räumen zu lassen, verbarrikadierten sich die Studenten dieser Universität im Gebäude. In einer Anhörung einiger Studenten dazu vor Gericht, an der auch Dahrendorf teilnahm, erklärte eine Studentin aus dem ersten Jahr, sie müsse ihr Studium aufgeben, wenn die Gebühren erhöht würden. Deshalb unterstützte sie die Aktionen und Forderungen vollständig, auch wenn sie gegen das Gesetz sind.

Weitere Besetzungen fanden am letzten Tag der Aktionswoche am 9. März in den meisten großen Universitäten statt. Z.B. Manchester, Brighton, Exeter, Glasgow, Sheffield, London, Yorkshire und Cardiffe. Demonstrationen wurden schwerpunktmäßig durchgeführt in London, Glasgow und Exeter, allein in London beteiligten sich 10 000 an der Demonstration.

Die Bourgeoisie mußte auf den Kampf der Studenten reagieren und Zugeständnisse machen. Sie versucht aber gleichzeitig damit, die Studenten zu spalten. In York wird die Erhöhung für Härtefälle ausgesetzt. Die London School of Economics eröffnet ein Konto mit 70 000 Pfund für Härtefälle, in einigen Universitäten wird für fortgeschrittene, sich selbst finanzierende Studenten die Erhöhung aufgehoben.

Notwendig ist aber die Abschaffung der Studiengebühren überhaupt. Daß die Sache noch nicht entschieden ist, wissen die Studenten. Der Minister für Ausbildung und Erziehung, Gordon Oakes, hat die Position der Regierung klargelegt, indem er alle Forderungen der Studenten ablehnte. – (mw, England)

Westberlin. Der Ordnungsausschuß der FU hat in seiner ersten Verhandlung seit Gründung im Januar 1976 beschlossen, die Studentin Hannelore R. für zwei Semester von der Hochschule zu verweisen, weil sie zusammen mit einer Reihe anderer Studenten das Seminar des Professors Bellinger gesprengt haben soll. Bellinger hat seit Semestern die Noten in den Prüfungen verschlechtert und ist inzwischen bei einem Durchschnittswert von 4,3 angelangt. Die Relegation, die härteste Ordnungsstrafe, wurde, wie der Vorsitzende des Ordnungsausschuß wissen ließ, als „politische Entscheidung" nach Rücksprache mit dem Universitätspräsidenten Lämmert gefällt. Lämmert hat insgesammt über 40 Ordnungsverfahren an der FU einleiten lassen. Gegen 100 Studenten, die vor dem Tagungsort des Ordnungsausschuß demonstrierten und Ketten bildeten, ordnete er einen Knüppeleinsatz der Polizei an. Die Opportunisten, die Lämmert seinerzeit gewählt haben, empfahlen den betroffenen Studenten, zum Ordnungsausschuß zu gehen und abzuschwören. Dann, so war in Aussicht gestellt, könne man mit einer Rüge davonkommen.

Die Relegation richtet sich gegen die langen und heftigen Streikkämpfe der Westberliner Studenten im letzten Semster: Ausschlaggebend, so heißt es in der Urteilsbegründung, sei, „daß die Betroffene sich zu einem Zeitpunkt, als sie bereits Kenntnisse von dem gegen sie eingeleiteten Verfahren hatte", an einer Streikpostenkette beteiligt habe.

Westberlin. Die Vollversammlung des Amilcar-Cabral-Hauses (Studentenwohnheim) hat beschlossen, je 1000 DM an die PFLO und an die ZANU zu spenden.

Kiel. Die Fachschaftsgruppe Medizin hat am 16.3. einen Beschluß gefaßt, in dem es unter anderem heißt: „Der Kampf der Medizinstudenten für Ausbildungs- und Tarifvertrag im Praktischen Jahr ist ein Fortschritt für die gesamte Studentenbewegung in der BRD. Er beweist, daß es möglich ist, auf einer richtigen Forderung die Studenten bundesweit zu einen ... Die Urabstimmung und der Streik der Medizinstudenten im Sommersemester 77 muß deshalb von den übrigen Studenten, ASten, Fachschaften und insbesondere von der Mitgliederversammlung der VDS am 20.3.77 aktiv unterstützt werden. Die beste Unterstützung wird es sein, wenn es gelingt, unter der Studentenbewegung der BRD insgesamt die Einheit für bestimmte notwendige Ausbildungsbedingungen herzustellen ... Die Fachschaftsgruppe hält es deshalb für richtig, eine Erhöhung des Elternfreibetrages und der Ausbildungsförderung durch den Staat zu fordern. Sie fordert die Mitgliederversammlung der VDS auf, noch im Sommersemester dafür einen bundesweiten Streik zu organisieren." Dieser Beschluß wurde von 13 Anwesenden einstimmig gefaßt.

Hamburg. Mit einhelliger Empörung haben die Studenten der Fachhochschule

Hamburg. Mit einhelliger Empörung haben die Studenten der Fachhochschule für Sozialpädagogik, die am 1.4. ihr Berufspraktikum beginnen sollen, den Tarifabschluß im Öffentlichen Dienst zur Kenntnis genommen. Er bedeutet für sie – ebenso wie für die Krankenpflegeschüler – eine Kürzung des Entgelts um fast 10 %, nämlich von bisher 75 % von BAT 5b runter auf 66 2/3 %. Das sind über 100 DM weniger!

Da die neue Bestimmung am 1.4. in Kraft treten soll, ist ihnen jetzt auch klar, warum sie nicht wie bisher zum 15.3., sondern erst zum 1.4. eingestellt werden sollen. Die gewerkschaftlich organisierten Berufspraktikanten haben die Vertrauensleute, zumeist DKP-Mitglieder, die es im übrigen nicht einmal für nötig hielten, die Sache zu veröffentlichen, aufgefordert, zum baldmöglichsten Termin eine ÖTV-Mitgliederversammlung einzuberufen, damit wir noch vor Arbeitsantritt über geeignete Kampfschritte beraten und beschließen können. Diese Mitgliederversammlung wird nächste Woche von einer Versammlung selbständig vorbereitet. Die Meinung all derer, die bisher von dem Abschluß erfahren haben, ist: „Unter diesen Voraussetzungen fangen wir nicht an zu arbeiten."

Hamburg. An der Hochschule für bildende Künste (HfbK) wird die Zahlung der neueingeführten Studentenwerksbeiträge boykottiert. In einer Urabstimmung wurde dies mit überwältigender Mehrheit beschlossen, „weil wir nicht unsere eigene Unterdrückung finanzieren wollen, weil die materielle Lage der Studenten keine weitere Plünderung zuläßt". Die Einheit ist hergestellt auf der Linie „Selbstverwaltung des Studentenwerks bei Finanzierung durch den Staat!" Dies hat auch das Studentenparlament der HfbK beschlossen. Das Aktionsziel heißt: „Weg mit der Beitragsordnung!" Dem Studentenwerk ist es gelungen, durch gleichzeitige Ermäßigung der Beiträge für Universitätsstudenten um 0,90 DM und gestützt auf Revisionisten und Sozialdemokraten im AStA der Universität die Universitätsstudenten aus dem Kampf herauszuhalten. Die Studenten der HfbK jedoch schließen sich um ihren AStA zusammen und organisieren die Rückmeldung, die an die Zahlung der Beiträge gekoppelt ist, selbst, um den Überblick und die Kontrolle über die Lage zu haben. Der Hochschulpräsident, bei einer Besetzung der Verwaltung und noch einmal bei einem Go-In zur Rede gestellt, mußte die Rückmeldung der Studenten bei Verweigerung des Beitrags bereits anerkennen. Jetzt haben sich schon weit über 200 Studenten über den AStA rückgemeldet, und auch während der Ferien steht ständig ein Tisch vor der Verwaltung, wo rückgemeldet wird.

Bericht des Wehrbeauftragten

Der Wehrbeauftragte des deutschen Bundestages, Berkhan, hat seinen Bericht an den Bundestag vorgelegt, und wer diesen Bericht nicht hat, sind die Soldaten und Wehrpflichtigen, von denen er handelt.

Die Informationen in der Presse sind sparsam. Sie lassen aber durchscheinen, daß sich die Bundeswehr auf eine ideologische Krise größeren Ausmaßes zubewegt und daß es zweckmäßige Propagandalüge ist, wenn immer behauptet wird, die Bundeswehr sei gefestigt wie noch nie. Woraus wir das schließen?

„Kritisch vermerkte Berkhan den rapiden Rückgang an kurzdienenden Soldaten auf Zeit. Besorgniserregend daran sei vor allem, daß sich das Reservoir verringere, aus dem die Soldaten mit längeren Verpflichtungszeiten hervorgingen. Es wäre hilfreich, wenn alle Soldaten mit einer Verpflichtungsdauer von zwei Jahren in das Arbeitsplatzschutzgesetz einbezogen würden."

Jeder weiß von der Arbeitslosigkeit der Jugend und jeder weiß auch, welche Schwierigkeiten bestehen, nicht nur Arbeit, sondern auch einen Ausbildungsplatz zu finden.

Wenn unter solchen Bedingungen die wehrpflichtige Jugend „rapide" zu der Ansicht kommt, *jedes* Schicksal sei besser als das des *Söldners*, so hat man das als Vorboten schwerer politischer Kämpfe zu werten.

Dies wittert auch der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages, hat der Mann doch als oberste Beschwerdeinstanz ganz zwanglos eine Spitzelfunktion, wie sie der MAD nicht besser wahrnehmen kann. Zwar:

„Führungsstil und Führungsverhalten zeichnen sich durch Versachlichung und Funktionsbezogenheit aus. Amtsautorität macht zunehmend Sachautorität Platz. Diese Entwicklung ist begrüßenswert."

Aber dennoch:

„Der Truppe fehlt es nach der Feststellung von Berkhan jetzt weniger an Unterrichtshilfen, -materialien, -modellen, als an didaktischen und methodischen Fähigkeiten ihrer Ausbilder, politische Bildungsinhalte so zu vermitteln, daß die Soldaten – nicht trotz, sondern wegen ihrer lückenhaften Vorkenntnisse – etwas davon mitnehmen."

Worin sind die „Vorkenntnisse" der Soldaten „lückenhaft" und *was* weigern sie sich – offenbar ziemlich be-

gern sie sich – offenbar ziemlich be-

harrlich –, „mitzunehmen". Was ist das gewisse „Etwas"?

Wir zitieren den Reibert, Handbuch für die Truppe:

„I. Grundpflicht des Soldaten

§ 7 Grundpflicht des Soldaten

Der Soldat hat die Pflicht, der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen

1. Aus der Pflicht zum „treuen Dienen" ist nicht nur die gewissenhafte Erfüllung der im SG ausdrücklich genannten Dienstpflichten abzuleiten, sondern auf dieser Grundpflicht beruhen die vielen ungenannten Pflichten, die sich aus dem militärischen Dienst ergeben, z.B. Handeln ohne Befehl, wenn die Lage dies erfordert, stetes Bemühen um gute Leistung, Pflege der anvertrauten Ausrüstung."

Von diesem „Etwas" nehmen die Soldaten zu wenig mit. Sie bringen „es" auch nicht mit. Woher denn?

Heute zieht eine Generation in die Kasernen, die in Kämpfen gegen die Schulunterdrückung, in Kämpfen gegen die Unterdrückung und Ausbeutung als Lehrling, in Kämpfen der Volksmassen gegen den imperialistischen Staatsapparat groß geworden ist.

Schon die ersten Regungen der Jugend- und Lehrlingsbewegung, – die großen Demonstrationen, die der DGB zulassen mußte – deuten an, was sein wird, wenn diese Generation in die Kasernen muß. Diese Demonstrationen waren 1975. Seitdem ist die Entwicklung weiter gegangen. Der Wehrbeauftragte hält es für erforderlich, daß die Armee dieses Problem bewältige. Wie?

„Es solle bedacht werden, heißt es laut dpa in dem Bericht weiter, daß die politische Bildung unverzichtbarer Bestandteil der inneren Führung sei und damit ihren Platz gleichberechtigt neben Taktik, Technik und Logistik einnehmen müsse."

Es soll also eine große politische Umerziehungskampagne in die Wege geleitet werden, damit die Wehrpflichtigen endlich als Kreaturen, die „etwas mitgenommen" haben, die Armee verlassen und „treu dienen". Der große und entscheidende Teil der Wehrpflichtigenausbildung liegt in Händen von Unteroffizieren.

„Kritik übte der Wehrbeauftragte an der Ausbildung der jungen Unteroffiziere. Sie müsse in ihrer inhaltlichen Gestaltung noch

müsse in ihrer inhaltlichen Gestaltung noch

stärker auf die Bewältigung der vielfältigen Führungsaufgaben abgestellt werden. Als nach wie vor problematisch empfindet Berkhan die politische Bildung in den Streitkräften. Hier müsse nicht zuletzt die Ausbildung der Ausbilder verbessert werden."

Sind Unteroffiziere *dumm*? Die Bourgeoisie behauptet es. Die Wahrheit ist, daß die Masse der Unteroffiziere kein Interesse hat, den Rekruten das gewisse „Etwas" mitzugeben. Ihre soziale Lage gleicht vielmehr der der Arbeiter und Angestellten, die wehrpflichtig dienen müssen. Deswegen bildet sich trotz einer ganzen Latte von Befehlen, die es verbieten, insbesondere innerhalb der Kampftruppen leicht ein Zusammenschluß der Unteroffiziere mit den Mannschaften gegen die Offiziere heraus. Diese Gefahr wird vom Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages erkannt und bekämpft.

Traditionell stellt der Wehrbeauftragte, der ja als Beschwerdeinstanz der Soldaten propagiert wird, in seinem Bericht einige Fälle von „Übergriffen auf die Grundrechte der Soldaten" vor. Das geht nicht anders, denn es sind so viele, daß vollständiges Verschweigen in Gegensatz zur praktischen Erfahrung von Millionen geriete.

„In bezug auf Zwischenfälle in der Bundeswehr berichtet Berkhan diesen Fall:

‚Der Unteroffizier lud die Pistole durch, entsicherte sie, spannte den Hahn, zielte aus zwei Metern Entfernung auf den Kopf des Rekruten und rief ihm zu: Jetzt quieke wie ein Schwein. Ein anderes Mal schloß derselbe Unteroffizier einen Soldaten eine halbe Stunde mit Handschellen an einen Heizkörper. Ein dritter Soldat wurde von dem offensichtlich merkwürdig veranlagten Vorgesetzten gewürgt. Der Unteroffizier wurde von der Bundeswehr entlassen. Der Vorfall ist aber offenbar eine Ausnahme im Alltag der Streitkräfte."

Unteroffiziere sind dumm und brutal. Mannschaften sind roh und haben große „Lücken" in ihren Kenntnissen. So macht sich die Bourgeoisie Mut und versucht gleichzeitig diejenigen Kräfte in die Armee systematisch gegeneinander aufzuhetzen, die, wenn sie sich um die Ziele der Arbeiterklasse und mit der Arbeiterklasse vereinigen, keinerlei Schwierigkeiten haben werden, die Bagage der höheren Offiziere abzuwerfen. – (Z.-Red.)

zuwerfen. – (Z.-Red.)

Die „Geburt" eines Feldjägers erfordert besondere Unterdrückung

Die Ausbildung zum Feldjäger geht über drei Monate verlängerte Grundausbildung, sechs Wochen Praxis auf einem Feldjägerdienstkommando und drei Monate Unteroffizierslehrgang in Sonthofen. Nach dieser Ausbildung sind wir als Feldjäger im Dienst Vorgesetzte aller Soldaten der Bundeswehr.

Für diese „Führungstruppe" innerhalb der Bundeswehr sind besondere Voraussetzungen notwendig. So ist der Anteil der Zeitsoldaten und Abiturienten überdurchschnittlich hoch (Anteil der Zeitsoldaten über 50 % und Abiturienten bei der letzten Grundausbildung über 80 %). Die Auslese beginnt schon bei der Musterung und dauert fort bis zum Ende der neunmonatigen Ausbildung zum Feldjäger (nochmalige Sicherheitsprüfung). Nach unseren ersten drei Monaten sind schon 20 von 80 Soldaten auf Verwaltungsposten abgeschoben worden.

Die Aufgaben sind militärischer Verkehrsdienst und militärischer Ordnungsdienst. Im Rahmen des militärischen Verkehrsdienstes haben wir im wesentlichen Marschstraßen für KFZ-Kolonnen zu erkennen und für die Disziplin und Ordnung der Durchführung zu sorgen.

Im militärischen Ordnungsdienst werden wir ausgebildet, um die Ordnung und Disziplin in der Bundeswehr aufrecht zu erhalten und Straftaten gegen die Bundeswehr abzuwehren. Das bedeutet auf der einen Seite peinlichste Schikane, wenn z.B. bei Anzugskontrollen geprüft wird, ob alle Knöpfe geschlossen sind. Oder bei KFZ-Kontrollen, wenn der Fahrer die Radkappen abnehmen muß, um sämtliche Radmuttern nachzuweisen.

Weiter müssen wir bei Schlägereien unter Soldaten einschreiten, Nachforschungen nach Fahnenflüchtigen durchführen und Einsätze gegen Bevölkerungsteile machen, welche passiven und aktiven Widerstand gegen diese Armee leisten. So lernen wir z.B. bei der waffenlosen Selbstverteidigung, passiven Widerstand von Demonstranten zu brechen und diese dann abzuführen.

Oder wir werden ausgebildet im Kampf gegen „Banden", „Terroristen" und „Sabotagetrupps". Wer mit diesen Begriffen bezeichnet wird, läßt sich an der Massenbewegung zur Verhinderung der Kernkraftwerke aufzeigen. So hat sich unser Bataillionskommadeur Raudonat einen halben Tag Zeit genommen, den Bauplatz und die Umgebung um Brokdorf zu besichtigen. Unser Kompaniechef Rehaag wollte uns weismachen, daß sich die Brokdorfdemonstranten aus langmähnigen, verwahrlosten Typen und dummen Mitläufern zusammensetzt, die von nichts Ahnung haben. Dann haben wir uns auf der Karte im Unterricht eine günstige Marschstraße, die nach Brokdorf führt, angesehen.

Weil wir eben im Ernstfall nicht nur gegen „Banden" kämpfen sollen, sondern auch gegen unsere eigenen Kameraden einschreiten sollen, bedarf diese Ausbildung zum Feldjäger einer besonderen Methode. Es soll uns von vornherein durch vielfältige Methoden der Unterdrückung und Schikane klar gemacht werden, daß unser eigener Wille, unsere eigenen Interessen einen Dreck zählen. So reicht der Dienstplan oft bis in die späten Abendstunden, werden Zusatzdienste regelmäßig vergeben und der Sonnabend fällt für viele Kameraden als Freizeit flach, wenn die „Leistung" angeblich nicht ausreicht. Wöchentlich werden Haarappelle durchgeführt, und nur ein Härchen hat seine Folgen. Eine weitere beliebte Methode ist der Befehl, nach einem anstrengenden Tag beim Antreten dreimal kräftig „Hurra" zu schreien. Aber es ist auch schon vorgekommen, daß eine schriftliche Arbeit auf dem Flur im Liegen auf dem Bauch geschrieben werden mußte, oder daß wegen der Information: „Juli 77, Kantinenpreiserhöhung" an einer Toilettentür der Befehl kommt, die Türen auszuhängen. Wer „scheißen" wollte, mußte sich eine Tür beim Unteroffizier vom Dienst abholen, sie in den ersten Stock tragen, einhängen, sein Geschäft erledigen und sie dann wieder heruntertragen. Aus Sicherheitsgründen mußten sogar die Toiletten im Erdgeschoß und im 2. Stock mit 63 Stahlhelmen und ABC-Schutztaschen stundenweise bewacht werden, damit ja niemand vom ersten Stock auf eine der anderen Toiletten geht, wo die Türen noch vorhanden sind. Taschen, die sich nicht auf dem Kofferboden befanden, sondern auf der Stube, deren Eigentümer wurden mit sieben Tagen verschärfter Ausgangssperre bestraft. Wegen ungereinigter Stuben muß diese für eine Woche viermal am Tag apellmäßig gereinigt dem UvD zur Durchsicht gemeldet werden. Diese Aufzählung könnte man noch weiter führen.

Nachdem auf Befehl die Toilettentüren herausgehängt wurden (siehe Beispiel oben) und die Toilettenwache eingesetzt wurde, entwickelte sich die Empörung so, daß fast alle entschlossen waren, eine Beschwerde gegen diese menschenunwürdige Maßnahme zu schreiben. Daraufhin war der Kompaniechef gezwungen, diese Maßnahme schon nach eineinhalb Stunden zurückzunehmen. Aber nicht nur gegen die tägliche Schikane beginnen sich die Soldaten zusammenzuschließen, sondern die Verbindung der Soldaten mit den Volkskämpfen, wie den Kampf gegen die KKWs beginnt sich zu organisieren. So wurde eine Solidaritätsadresse von fünf Feldjägern für den Kampf gegen den Bau des KKW in Brokdorf verabschiedet. Auch die Forderungen gegen den Bau des KKW in Brokdorf konnte man an allen Wänden der Kantine und den Toiletten sehen, und in der ‚Volksmiliz' wurde die reaktionäre Ansicht des Majors zu Brokdorf abgedruckt. – (x, Feldjägerausbildungskompanie 610 Heide/ Red.)

Neustadt/Ostsee. Bei der Kraftstoffübernahme des Schnellbootes „Wiesel" (AS 6) im Marinestützpunkt Neustadt brach am 14.3. ein Brand aus, durch den der Matrose Schlicht aus Glinde lebensgefährlich verletzt wurde, so daß er einen Tag später verstarb. Wahrscheinlich war bei der Übernahme mit zu hohem Druck gepumpt worden, so daß ein Gummistutzen platzte, und der Kraftstoff auf die heiße Auspuffleitung eines Motors spritzte und Feuer fing. Solche Dinge passieren nur durch ständige Antreiberei der Offiziere. Während das Maschinenpersonal nach dem Einlaufen alle Hände voll zu tun hatte, unter anderem auch Kraftstoffübernahme, ziehen die Offiziere sich in ihre Messe zurück, und wenn die Herren sich erholt haben, kann das Boot ja wieder auslaufen.

Kiel. Bei einem Manöver mit französischen Seestreitkräften führte der Lenkwaffenzerstörer „Mölders" am 2.3. mit mehreren anderen Schiffen ein Raketenschießen vor der französischen Mittelmeerküste durch. Dabei stürzte wahrscheinlich durch fehlerhafte Lenkung ein Zielflugzeug auf die „Mölders" und setzte sie in Brand. Der Aufprall des Flugzeugs war so heftig, daß der Obergefreite Hartmut Schrader dabei über Bord geworfen wurde. Ein Rettungshubschrauber fischte ihn auf und brachte den schwerverletzten Obergefreiten in ein Krankenhaus in Toulon. Inwieweit Sicherheitsbestimmungen nicht beachtet wurden, ist noch nicht bekannt. Es ist bei der Marine jedoch üblich, daß Mannschaften beim Schießen als Ausguck und Geschützbedienungen und Munitionsholer sich ungeschützt am Oberdeck bewegen müssen, während Offiziere aus dem sicheren Schutz der Aufbauten ihre Befehle geben.

Wilhelmshaven. Im Heppenser Groden hat der Bau von acht Kasernengebäuden begonnen. Sie sollen Kampfschiffeinheiten der Marine als Unterkunftsgebäude dienen. Fünf Blocks wurden bereits 1976 errichtet. 20 Millionen Mark soll das kosten. 15 Millionen wird der Bau des Verwaltungsgebäudes des Marinearsenals, der Reparaturwerft der Marine, kosten.

Der Marinestützpunkt Wilhelmshaven wird zielstrebig ausgebaut als Sprungbrett für imperialistische Abenteuer gegen die Kämpfe der ausgebeuteten und unterdrückten Völker und zur Festigung der Vormachtstellung in Europa. In Wilhelmshaven werden auch die neun Fregatten stationiert, mit deren Bau in nächster Zeit begonnen wird.

Überschrift der Bild-Zeitung vom 18. März, Seite 2: „Unteroffizier befahl Rekruten: Quieke wie ein Schwein". Die Bild-Zeitung gibt einige Schindereien von Soldaten durch Vorgesetzte wieder, wie sie im Jahresbericht des Wehrbeauftragten auftauchen. „Der rabiateste Rekrutenschinder war dieser Unteroffizier", schreibt die Bild-Zeitung ohne Angaben von Namen und Ort. Dieser Schinder heißt Heidegger und hat seine Verbre-

von Namen und Ort. Dieser Schinder heißt Heidegger und hat seine Verbre-chen in der Georg-Friedrich-Kaserne in Fritzlar verübt. „In der Wachstube zog er seine Pistole, lud durch, entsicherte, spannte den Hahn, zielte aus zwei Metern Entfernung auf den Kopf eines Soldaten und befahl: Und jetzt quieke wie ein Schwein. Einen anderen Soldaten kettete dieser Unteroffizier mit Handschellen an eine Heizung, einen dritten Soldaten würgte er, einen vierten ..."

Die Soldaten hatten sich gegen den Unteroffizier zusammengeschlossen und die Sauereien gemeldet. „Der Unteroffizier wurde zu 21 Tagen Arrest verurteilt, als die Fälle rauskamen, dann wurde er fristlos entlassen. Jetzt ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen ihn wegen Körperverletzung." Die Offiziere und der Wehrbeauftragte treten so auf, als verträten sie die Interessen der Soldaten gegen die Unteroffiziere. Die „gerechte Strafe" soll den Eindruck bestätigen. Tatsächlich sind sie für Unterdrückung und Schikane der Soldaten verantwortlich und sind Schinder wie Heidegger ihre Helfershelfer. Mit der großen Mehrheit der Unteroffiziere ist die Einheit möglich. Wie sich damals die Soldaten der 4./53 gegen Unterdrückung und Schikane zusammengeschlossen haben und den Offizieren und Heidegger entgegengetreten sind, so schließen sie sich heute unter der Forderung nach Lohnfortzahlung und Dienstausgleich zusammen.

Wilhelmshaven. Die unteren Polizeibeamten sind selbst Lohnabhängige und haben keine gemeinsamen Interessen mit den Herrschenden. Wie weit die Zersetzung der Polizei fortgeschritten ist, zeigt folgendes Beispiel: Wir waren gerade dabei, Plakate für eine Veranstaltung gegen das Notensystem zu kleben, als wir von einem Streifenwagen überrascht wurden. Die Polizisten stiegen aus und beguckten sich das Plakat näher. Wir diskutierten über die Schulverhältnisse und das Notensystem. Der eine Polizist meinte, er sei ja nur einfacher Volksschüler wie viele seiner Kollegen. Er beklagte sich, daß auf Plakaten häufig nur knüppelnde Polizisten zu sehen sind. Aber seine Vorgesetzten, die die Befehle ausgeben, die müßten vor allen Dingen angegriffen werden. Er und viele seiner Kollegen würden häufig nicht hinter diesen Einsätzen stehen. Er war froh, nicht nach Brokdorf fahren zu müssen.

Als der andere Polizist meinte, wir hätten eine strafbare Handlung begangen, sagte der erste: „Wir haben es eben einfach nicht gesehen." Die beiden fuhren weiter. Das Plakat blieb hängen. – (s,m, Bezirksbeilage Weser-Ems)

In Dänemark setzen die 1 000 Drucker und Setzer des Zeitungsverlags Berlingske in Kopenhagen den nun schon sechs Wochen ununterbrochen andauernden Streik fort. Er richtet sich gegen Arbeitszeitverlängerung, Lohnsenkung und Entlassung (vgl. KVZ 10 und 11). Die Druckkapitalisten von Berlingske versuchen den Streik durch den Druck ihrer Wochenzeitung in einer anderen Druckerei zu unterlaufen. Dabei scheitern sie jedoch im Inland wie im Ausland an der Solidarität der Druckarbeiter, die eine Solidarität der Druckkapitalisten verhindern. Sowohl in Dänemark als auch in anderen Ländern hatten die Druckkapitalisten keinen Erfolg. Die Arbeiter eines anderen Berlingske-Druckbetriebes sammelten 38 000 Kronen für die streikenden Kollegen und verweigerten den Druck. Auch in Schweden sammelten die Arbeiter der schwedischen „Dagens Nyheter" 7 000 Kronen, nachdem sie ihre Kapitalisten gezwungen hatten, den Druckauftrag abzulehnen.

Erfolglos versuchten die Berlingske-Kapitalisten außerdem in der DDR, Polen und Tschechoslowakei die Kollaboration der neuen Bourgeoisie zu gewinnen. Auch an den westdeutschen Druckarbeitern scheiterten sie. Vor kurzem hat die Bezirksversammlung der IG Druck und Papier in Westberlin eine Solidaritätserklärung verabschiedet, und die Arbeiter bei Springer in Hamburg haben sich geweigert, für die dänischen Kapitalisten sich als Streikbrecher einsetzen zu lassen. Die Arbeiter von Berlingske sind erreichbar über:

Alex Thordal Nielsen
Morelvej 31 A
2740 Skovlunde, Dänemark

Das Spendenkonto ist:
Postscheckkonto 2600
Glostrup Nr. 33 041 40
(Kurt Svenson)

Großbritannien. Der Streik der Werkzeugmacher von Leyland hat den Sozialpakt erschüttert. Die Werkzeugmacher haben am 21. März die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem Verhandlungen über ihre Forderungen unter Beteiligung der von ihnen gewählten Streikführer zugesagt werden mußten. Der Streik, aufgrund dessen 50 000 Autos ungebaut blieben, „scheint die Regierung überzeugt zu haben, daß sie nach dem 1. August" (dem Tag, an dem der „Sozialpakt" ausläuft) „eine großzügigere Lohnregelung wird zulassen müssen", schreibt die britische Zeitung „Observer". Mit anderen Worten: Der Lohnraub wird nicht mehr wie bisher durchzusetzen sein. Obwohl der Streik bei Leyland nur um die Forderungen einer einzelnen Gruppe von Arbeitern ging, die durch ihre Stellung in der Produktion einen solchen Kampf ohne die Rückendeckung durch die Gewerkschaft durchstehen konnte, war der Streik stark, weil er allem Geheule der Bourgeoispresse über „Privilegien" und „nationale Katastrophe" usw. zum Trotz nicht isoliert werden konnte. Als die Leyland-Arbeiter am 11. März die Fortsetzung beschlossen, brachte ihnen eine Delegation von Ford-Arbeitern die Versicherung „moralischer und materieller Unterstützung" in ihrem Kampf, mit der Erklärung: „Euer Kampf ist unser Kampf." Ford ist der schärfste Konkurrent von British Leyland auf dem Automobilmarkt.

Griechenland. Fortsetzung der Massenstreiks. 140 000 Arbeiter und Angestellte des Fernmeldewesens sind am Montag, 16. März, in einen dreitägigen Ausstand getreten. Dienstag haben sich dem Streik die Fahrer des öffentlichen Busverkehrs in Athen und 70 000 Textilarbeiter angeschlossen. Bis Samstag hatten die Fahrer der Eisenbahnzüge drei Tage lang ihre Arbeit eingestellt, und das Krankenhauspersonal in Thessaloniki hat einen Streik von 48 Stunden angekündigt.

Der am 2. März begonnene Streik von 17 000 Lehrern in 1 600 Mittelschulen mit etwa 800 000 Schülern, dem sich 1 200 Lehrer von Privatschulen angeschlossen haben, dauert immer noch an.

In Piräus warten 45 Frachtschiffe auf ihre Entladung. Seit drei Wochen legen die Dockarbeiter den Hafen lahm, einen der wichtigsten im östlichen Mittelmeer. Die Gesamtzahl der streikenden Arbeiter und Angestellten in ganz Griechenland wird auf 140 000 geschätzt. (Le Monde, 17.3.1977)

Sie kämpfen gegen die sich verschlechternden Lebens- und Arbeitsbedingungen für Lohnerhöhungen von 20 bis 40 Prozent, Arbeitszeitverkürzung, Urlaubsverlängerung. Die Inflationsrate betrug im vergangenen Jahr zwischen 12 und 15 Prozent, 1970/75 sogar 50 Prozent. Die griechische Regierung versucht durch Druck auf die Lohnabhängigen die Bedingungen der EG-Kapitalisten zu erfüllen, die diese für den Anschluß an die EG gestellt haben. Diese, vornweg die BRD-Kapitalisten, wollen sich Griechenland völlig unter den Nagel reißen. „Griechenland könne sich vor dem EG-Beitritt den Luxus nicht leisten, eine Wirtschaftspolitik zu konzipieren, die ausgesprochen national sei ..." Die „Römischen Verträge" werden „Griechenlands Wirtschaft zwingen, sich den Kapital- und Firmenbeteiligungen aus den EG-Ländern zu öffnen oder ihnen zumindest günstigere Voraussetzungen zu schaffen, um die ‚nationalen Hürden' in Griechenland leichter zu überwinden. Es sei daran gedacht, etwa in zwei bis drei Jahren den uneingeschränkten Transfer der vom Ausland investierten Mittel und der in Griechenland erzielten Gewinne zu ermöglichen." (Handelsblatt, 15.3.1977)

Neuerliche Versuche der BRD-Imperialisten, die Hegemonie über Italien zu erringen

10 Millionen italienische Arbeiter traten am 18. März erneut in einen vierstündigen Generalstreik gegen das Krisenprogramm der Andreotti-Regierung, das im Zuge der Verhandlungen über einen neuen 550-Millionen-Dollar-Kredit mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) noch eine Reihe wesentlicher Verschärfungen erfahren hat. Bedingung des Kredits sind weitere Einschränkungen im Staatshaushalt, besonders im Gesundheitswesen, rigorose Durchsetzung der schon geplanten Steuererhöhungen und weiteres Hinabdrücken der „Dynamik der Lohnkosten auf mittlere europäische Werte", wie sich die IWF-Inspektoren ausdrückten. Die Regierung mußte eine „Einverständniserklärung" unterschreiben und vierteljährlichen Kontrollen des IWF zustimmen. Der ganze Kredit dient im wesentlichen nur dazu, die auf 17 Milliarden angewachsene Last der Auslandsschulden weiterzuwälzen.

Als Hauptgläubiger, an den der italienische Staat schon den Großteil seiner Goldreserven hat verpfänden müssen, wollen die BRD-Imperialisten neben den US-Imperialisten zur Hegemoniemacht über Italien werden. So hat Andreotti in Bonn zusagen müssen, die italienische Regierung werde die westdeutsche Regierung mindestens einmal jährlich „konsultieren".

Die Beherrschung Italiens würde die Imperialisten der BRD nicht nur zum Hegemon in ganz Westeuropa und zu einer Macht im Mittelmeer aufsteigen lassen. Sie kann auch der Festigung und Vertiefung ihres Einflusses in Afrika und im Nahen Osten ausgezeichnete Dienste leisten.

Teile des heutigen Libyen, Somalia und Äthiopien sowie eine Reihe griechischer Inseln und Albanien bildeten früher das italienische Kolonialimperium. Insbesondere in Nord- und Ostafrika, aber auch in Griechenland und der Türkei, blieb den italienischen Imperialisten ein gewisser Einfluß erhalten, den sie durch beträchtlichen Waren- und Kapitalexport genutzt haben. Ein Beispiel dafür ist der unter dem Faschismus gegründete staatliche Ölkonzern ENI, der sich auf Grundlage solcher „traditioneller" Beziehungen schon frühzeitig (viel früher als die westdeutschen Ölkonzerne) Zugang zu den Ölquellen in Nordafrika sichern konnte und noch heute einen beträchtlichen Teil des Ölabsatzes von Algerien und Libyen, die in Handel und Vertrieb sowie bei der Exploration nach wie vor auf imperialistische Monopole angewiesen sind, kontrolliert. Libyen ist neben Iran und Saudi-Arabien der dritte große Öllieferant der BRD. Über Pipelines wird von den italienischen Häfen Genua und Triest Öl nach Ingolstadt geliefert. Die ENI-Tochtergesellschaft AGIP hat in der BRD ein Grundkapital von 170 Millionen DM (zum Vergleich: Die VEBA-Tochter Aral hat 300 Millionen DM). Vor allem auf den italienischen Inseln Sizilien und Sardinien verfügt die ENI selbst über große Raffinerieanlagen. 50 Millionen Tonnen Erdöl werden allein dort jährlich raffiniert. Schon lange ist ein Projekt geplant, über eine Pipeline Rohöl von Algerien durch das Mittelmeer nach Sizilien zu schaffen.

Im Außenhandel hat sich der Anteil der asiatischen und afrikanischen Mittelmeerländer an den italienischen Exporten von 4,3 Prozent 1967 auf 7,1 Prozent 1974 fast verdoppelt. Italien importiert fast ausschließlich Erdöl und unbearbeitete landwirtschaftliche Rohstoffe wie Baumwolle und Olivenöl aus diesen Ländern und exportiert Fertigprodukte und Maschinen.

Es ist für die BRD-Imperialisten ein verlockender Gedanke, alle solchen „traditionellen" Verbindungen Stück für Stück sich selbst zunutze zu machen. Aber imperialistische Wirtschaftsmacht muß letzten Endes durch Waffen gedeckt sein. Bedauernd stellt die Bundesregierung im Verteidigungsweißbuch 1975/76 fest:

„Die Verteidigung unseres Landes wird dadurch erschwert, daß ein zusammenhängender Abwehrkampf mit dem europäischen Südabschnitt der NATO nicht möglich ist. Die neutralen Staaten Schweiz und Österreich liegen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem verbündeten Italien." (Seite 88) Dem Problem rükken die westdeutschen Imperialisten energisch zu Leibe. Aus Anlaß des Erdbebens im letzten Frühjahr in Friaul wurden großangelegte Luftlandemanöver in Norditalien durch die Bundeswehr geübt – genau wie im Herbst beim Erdbeben in der Osttürkei. Auf Sardinien befinden sich Stützpunkte der westdeutschen Luftwaffe, die gut auch anderen Zwecken dienen können als dem „Üben". Über die „Eurogroup" der NATO versuchen die BRD-Imperialisten gegenüber den USA stärkeren Einfluß auf die Politik der NATO im Mittelmeerraum zu gewinnen.

Neben der direkten Truppenstationierung ist die Durchdringung der italienischen Armee durch Lieferung westdeutscher Rüstungsgüter und gemeinsame Rüstungsprojekte ein wesentliches Mittel der Hegemonialpläne der BRD-Imperialisten in West- und Südeuropa. Als erste größere imperialistische Armee neben der Bundeswehr ist die italienische Armee in ihrer Panzerbewaffnung auf den Leopard I gestützt. Mit Großbritannien und Italien zusammen arbeitet die BRD am Mehrzweckkampfflugzeug MRCA, dem größten europäischen Beschaffungsobjekt. Im selben Rahmen wird die Panzerhaubitze 70 entwickelt.

Die Weichen auf eine allseitig verbesserte „Zusammenarbeit" mit Italien von seiten des BRD-Imperialismus sind also gestellt. Die Möglichkeiten sind gut. Der Appetit ist groß. Allerdings: Die Konkurrenz lauert, besonders auch die Sozialimperialisten, die über enge Geschäftsbeziehungen mit Teilen der italienischen Finanzbourgeoisie und über den Einfluß, den sie nach wie vor in der revisionistischen KPI haben, das „kranke" Italien ebenfalls Stück um Stück an sich ziehen wollen.

Das große Hindernis, über das Schmidt wiederholt lamentiert hat, ist die italienische Arbeiterklasse. Der Generalstreik der 10 Millionen gegen die vom internationalen Finanzkapital diktierten Bedingungen der Aushungerung und Unterdrückung des italienischen Volkes ist eine erneute mächtige Maulschelle für die eigenen wie die ausländischen Imperialisten. Und gerade auch für die westdeutschen Imperialisten. – (ug, Hannover / Z-Red.)

„Italienische Krankheit" und „Platz an der Sonne"

Um Weltmacht zu werden, müssen die westdeutschen Imperialisten sich Italien unterwerfen – ein geschichtlicher Rückblick

Den *„kranken Mann am Bosporus"* **nannten die Imperialisten vor dem 1. Weltkrieg gerne die Türkei. Unter dem Vorwand, dem kranken Mann „Beistand" zu leisten, rangen sie heftig darum, wer den Stiefel auf das Land setzen konnte. Die imperialistische Bourgeoisie Deutschlands war eifrig mit von der Partie. Sie kämpfte verbissen um einen „Platz an der Sonne", d.h. Zugang zu den Kolonialreichtümern Afrikas, des Nahen Ostens und Asiens. Heute verbreiten sich die westdeutschen Imperialisten ausgiebig über die** *„italienische Krankheit"*. Um die Hegemonie in Europa zu erringen und ihre Positionen in Afrika, im Nahen Osten und Asien zu sichern, müssen sie ihre Hegemonie über den „kranken" italienischen Konkurrenten errichten und so eine beherrschende strategische Stellung im Mittelmeer erringen. Daß die Frage der Beherrschung Italiens konsequent angegangen und gelöst werden muß, ist eine wesentliche Schlußfolgerung der deutschen imperialistischen Bourgeoisie aus ihren beiden Weltkriegsabenteuern.

***

1882 nimmt die deutsche imperialistische Bourgeoisie im „Dreierbund" die niedergehende Donaumonarchie und Italien unter Vertrag: das Vorgehen auf dem Balkan und im Mittelmeer soll „Bündnisfall" sein.

Die italienische Bourgeoisie ist bis 1890 nicht in der Lage, die nötigen Kapitalmassen zu akkumulieren, um unter den Bedingungen der Rohstoffarmut und schwierigen Verbindungswege des Landes eine moderne Großindustrie zu entwickeln. Stattdessen wird Italien selbst Objekt hegemonistischer Bestrebungen der übermächtigen Konkurrenten. Durch einen zehnjährigen Zollkrieg von 1888–1898 verhindert der französische Imperialismus die Einführung von Schutzzöllen. In den 90er Jahren sind es dann von den Berliner Großbanken geführte Finanzgruppen, die eine moderne Industrie in Italien aufzuziehen beginnen. Aber das Land fällt von einer Wirtschaftskrise in die andere, bei immer wachsenden Defiziten im Außenhandel, einer rasch anschwellenden Staatsschuld, fortlaufender Ruinierung der Landwirtschaft und Massenelend, das Hunderttausende zur Auswanderung zwingt. Durch eine Reihe von Kolonialexpeditionen sucht die italienische Bourgeoisie sich Bewegungsraum und eine Minderung ihrer Abhängigkeit zu verschaffen. Ab 1885 in Eritrea und Somaliland, 1900 in Tripolis, 1911 auf den Inseln des Dodekanes vor der türkischen Küste und in Albanien setzen sich italienische Truppen fest. Das geht nur mit Duldung Frankreichs und Englands. Die selbständigen Versuche des deutschen Kaiserreiches, ganz auf die eigenen Kräfte gestützt in Nordafrika und im Mittelmeer Fuß zu fassen, scheitern kläglich („Marokkokrisen" 1905 und 1911). So bleibt auch der Kampf um die hegemonistische Beherrschung Italiens unentschieden.

***

1914 kann sich Italien zu Beginn des Ausbruchs des imperialistischen Weltkriegs neutral erklären. Die italienische Bourgeoisie hat kein Interesse an Kriegsabenteuern. Im Gegenteil, jeder Weltkrieg war für die italienische Wirtschaft mit ihren hohen Importen, die mit Exporten bezahlt werden mußten, von vornherein ein Schaden. Außerdem hatte unmittelbar vor Kriegsausbruch, im Juni 1914, das Proletariat Italiens zum ersten Mal der Bourgeoisie den Krieg erklärt. In der „settimana rossa" (roten Woche) verband sich der Generalstreik der Arbeiter mit allgemeinen Volksaufständen in Gemeinden und Regionen, wehte die rote Fahne über zahlreichen Rathäusern.

1915 war die revolutionäre Massenbewegung, die ohne Führung blieb, abgeflaut und der Krieg war im Gang. Die italienische Bourgeoisie nahm Verhandlungen mit beiden Parteien auf und verlangte für den Eintritt in den Weltkrieg vor allem die Rückgabe der von Österreich noch besetzt gehaltenen Gebiete. Österreich lehnte ab, die Entente-Mächte sagten zu. So erklärte Italien 1915 Österreich den Krieg, 1916 auch dem Deutschen Reich, das Truppen an die italienische Front zu verlegen begann.

Die Kriegsteilnahme der italienischen Imperialisten verhinderte nicht, daß sie von ihren Verbündeten in Versailles um ihren Anteil an der Beute zum Teil betrogen werden und sich in größerer Schuldknechtschaft als je zuvor, bei völlig zerrütteter Wirtschaft, nach Kriegsschluß wiederfinden. Sie sprechen daher vom „verlorenen Frieden".

***

1922 als ein neuer revolutionärer Aufschwung der Klassenkämpfe wiederum von der gerade erst gegründeten Kommunistischen Partei nicht auf die Eroberung der politischen Macht zugespitzt werden kann, den Staat aber aus den Fugen bringt und die Wirtschaftskrise vertieft, hievt die Finanzbourgeoisie Mussolini und seine faschistische Bewegung an die Macht. Selbst ehemaliger revolutionärer Sozialist, soll er mit sozialchauvinistischer Agitation und faschistischer Unterdrückung die Klassenwidersprüche klammern und alle Kräfte der Nation für eine neue Phase der imperialistischen Expansion Italiens zusammenfassen. Er redet vom „Volk ohne Raum", das abgeschnitten sei von lebenswichtigen Rohstoffen. „Mein Volk braucht einen Platz an der Sonne. Wir sind 42 Millionen Proletarier ..." Italien soll ein neues römisches Imperium rund um das Mittelmeer aufbauen, gestützt auf die Seeherrschaft, die mittels einer offensiven Luftrüstung der britischen und französischen Flotte entrissen werden soll.

Hitler hat frühzeitig Italien als „natürlichen Verbündeten" für die Revanche-Pläne des deutschen Imperialismus bezeichnet. „Die Grundforderung ist: Weg mit dem Friedensvertrag! Wir müssen hierzu alle Hebel in Bewegung setzen, hauptsächlich die Gegensätze zwischen Frankreich und Italien ausnutzen, damit wir Italien für uns bekommen." Hitlers Programm, das er dem deutschen Finanzkapital unterbreitete, war es, zunächst „den ewigen Germanenzug nach dem Süden" – wie er die Pläne der Völkerversklavung lyrisch umschrieb – zu stoppen, und den Blick auf den „Lebensraum im Osten" zu werfen. Durch Anschluß Österreichs und Zerteilung der nach der Auflösung des Habsburgerreichs entstandenen selbständigen Staaten Osteuropas sollte „ein Block von hundert Millionen Deutschen, unzerstörbar, ohne Riß und ohne fremde Nationen" entstehen, mit einem „Bund von Hilfsvölkern, ohne Heer, ohne eigene Politik, ohne eigene Wirtschaft". Letztenendes lief das auf Krieg gegen die revolutionäre Sowjetunion, mit stillschweigender Duldung der westlichen Imperialisten hinaus.

Italien sollte dafür freie Hand im Mittelmeer erhalten, um England und Frankreich zu schwächen, die Flanke zu sichern, letzten Endes aber den Boden für die eigene Wendung der deutschen Imperialisten nach Süden, zum „Platz an der Sonne" zu bereiten.

Die italienische Bourgeoisie sträubte sich heftig, in dieses Bündnis zu gehen, in dem sie schließlich selbst unter die Räder der um die Weltherrschaft ringenden großdeutschen Imperialisten kommen mußte. Besonders dem „Anschluß", das heißt der Annektion Österreichs widersetzte sich die Mussolinieregierung heftig. Als 1934 ein nationalsozialistischer Putsch in Österreich in Szene gesetzt wird, läßt sie Truppen am Brenner aufmarschieren und geht ein Bündnis mit den westlichen imperialistischen Mächten ein.

***

1935/36 unternimmt das faschistische Italien nach langer diplomatischer und militärischer Vorbereitung einen Angriff auf Abessinien. England und Frankreich wollen das dulden, aber auch ihren Teil der Beute. In Abessinien treffen die italienischen Truppen auf erbitterten Widerstand der einheimischen Volksmassen und brauchen 5 Monate, um mit ihren überlegenen Waffen zu siegen. Um ihre eigenen imperialistischen Kriegsvorbereitungen vor den Augen der Völker der Welt zu bemänteln, lassen die Kolonialmächte im Völkerbund Wirtschaftssanktionen beschließen. Italien gerät in weitgehende Abhängigkeit von deutschen Lieferungen. Ein Referent im Auswärtigen Amt in Berlin faßt die optimistischen Überlegungen der imperialistischen Monopolbourgeoisie in der Aktennotiz zusammen: „Italien wird ... voraussichtlich immer billiger zu haben sein."

Im Frühjahr 1936 siegt die Volksfront bei den Parlamentswahlen in Spanien und in Frankreich. Die Finanzbourgeoisie aller kapitalistischen Länder sieht von neuem das Gespenst des Kommunismus umgehen. Die deutschen Imperialisten nutzen entschlossen die Chance, um sich freie Hand für die Expansion in Osteuropa, auf dem Balkan und im Mittelmeer zu verschaffen. Als es in Spanien zu einem konterrevolutionären Militärputsch kommt, der am Massenwiderstand zu scheitern droht, gewinnt Hitler Mussolini für eine gemeinsame Intervention. 70 000 Mann italienische Truppen sind es binnen kurzem, dazu die deutsche „Legion Condor". Italien ist zum Werkzeug und Sprungbrett des deutschen Hegemonismus geworden.

Auf dieser Grundlage wird Ende 1936 die „Achse Berlin-Rom" gebildet, und unmittelbar parallel schließt das Deutsche Reich mit Japan den Anti-Komintern-Pakt. Das ist die Kriegskoalition. Die „Achse" besteht nur darin, daß die deutschen Imperialisten Mussolini als ihren Mann im Mittelmeer unter Vertrag genommen haben.

Tatsächlich haben sie schon ihren Militärstiefel auf das Land gesetzt. Es dauert noch etwas, bis das sichtbar wird.

***

1939/40 verstrickt sich Hitler bei seiner Ostexpansion, anders als gedacht und gewollt, sofort in den großen Krieg mit England und Frankreich, der von neuem zum Weltkrieg wird. Die italienischen Bourgeois und Mussolini sind von Angst erfüllt und zeigen keine Neigung für Krieg. Erst als Frankreich im Frühjahr 1940 schon unmittelbar vor der Kapitulation steht, erklärt die Mussolini-Regierung ihm auch den Krieg und nimmt seinen „Parallelkrieg" im Mittelmeer auf. Versuche, von Albanien aus nach Nordgriechenland und von Lybien aus nach Ägypten einzumarschieren, bleiben jedoch kläglich stecken. Im Frühjahr 1941, als die deutschen Imperialisten sich als die Herren Europas wähnen und nach Österreich und der CSSR auch Polen, Frankreich, Belgien, Holland und Norwegen besetzt halten, wendet sich Hitler nach Süden, um in neuen Blitzfeldzügen sich den Mittelmeerraum zu unterwerfen. Deutsche Divisionen marschieren durch Jugoslawien und nach Griechenland, Italien ist die Rollbahn für das deutsche Afrika-Korps, das zur Eroberung Ägyptens und des Suez-Kanals ansetzt. Die italienischen Truppen werden zu Hilfstruppen degradiert. Italien wird überdies verpflichtet, für den anrollenden Feldzug gegen die Sowjetunion, der die Entscheidung bringen soll, ein großes Kontingent aufzustellen.

Der Krieg gegen die revolutionäre Sowjetunion ist der entscheidende Fehler, den die deutsche imperialistische Bourgeoisie mit ihrem Hitler-Abenteuer macht. Sie muß ihre Kräfte zersplittern. Der Krieg auf dem Balkan und in Nordafrika kann nicht gewonnen werden, weil die Erringung der Luft- und Seeherrschaft im Mittelmeer von Italien aus nicht vorbereitet ist und nicht gelingt. Die Nachschub- und Verbindungslinien können nicht gehalten werden. Erst recht, als sich die unterdrückten Völker selbst zum bewaffneten Widerstandskrieg erheben. Darunter auch die Arbeiter und Bauern Italiens, das längst selbst zu einem von der deutschen Militärmaschine besetzten Land geworden ist. Als 1943 der oberste Rat der italienischen Faschisten Mussolini absetzt und aus dem Krieg ausscheiden will, übernimmt die deutsche Wehrmacht das Kommando. Mussolini führt eine Marionettenregierung am Comer See, bis ihn 1945 Partisanen unmittelbar vor Kriegsende erwischen und erschießen.

Der Widerstandskrieg der italienischen Massen unter Führung der Kommunisten gegen die deutsche Besatzung ist der Hinweis, daß nur die proletarische Revolution Italien davor bewahren kann, als Objekt und Instrument des Hegemoniestrebens der Supermächte und des deutschen Imperialismus von neuem zu dienen.

Fallenstellerei der Sowjetunion in der Türkei

Ausplünderung durch Kapitalexport und Warenhandel

Am 13. März ist der türkische Außenminister Caglavangil in die Sowjetunion gereist zur Unterzeichnung des im vergangenen Herbst vorbereiteten „Rahmenabkommens zur Erweiterung der wirtschaftlichen und technischen Zusammenarbeit". Die Türkei versucht sich aus dem Griff des US- und des BRD-Imperialismus zu befreien. Diese bauen die Türkei hauptsächlich über Handel und Kapitalexport aus und benutzen das Land als strategischen Stützpunkt im Rahmen des aggressiven NATO-Paktes in der Rivalität mit dem Sozialimperialismus im Mittelmeer, dem Nahen und Mittleren Osten und Südeuropa. „Die ganze Türkei", schreibt die Frankfurter Allgemeine Zeitung, Organ der westdeutschen Finanzbourgeoisie, „ – nicht nur Dardanellen und Bosporus – ist als eine ‚Meerenge' jeglichen Verkehrs, nicht nur zur See, sondern auch zu Land und in der Luft zu begreifen. Sie ist die Landbrücke nach Asien". (25.2.77)

Die Sozialimperialisten biedern sich bei der Türkei als „selbstlose Freunde" an, die mit ihrer „Hilfe" die Unabhängigkeit der Türkei von den anderen Imperialisten stärken wollten. Beim Besuch hoben die Sozialimperialisten die „günstige Entwicklung der Handelsbeziehungen hervor, wie sie sich auf der Grundlage der Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit von 1967 und 1975 entwickelt haben". Die Zahlenangaben über die Kredite weichen voneinander ab, liegen aber alle bei einem Gesamtvolumen von über 5 Mrd. DM. (in KVZ Nr. 11 wurden versehentlich 2,5 Mrd. DM angegeben, es muß heißen 2,5 Mrd. Dollar)

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung gibt an: „Insgesamt erhöhen sich die Investitionen Moskaus in der Türkei auf eine Summe zwischen 7,5 Milliarden und 8,3 Milliarden Mark. Die Kapitalhilfe zum Beispiel der Bundesrepublik an die Türkei seit 1958 wird damit um 280 Prozent übertroffen". ... „Der Aufwand des Kremls für die Türken bis 1986 kann sich noch steigern bis fast zur Verdreifachung." (17.3.)

Der türkische Energieminister „bezifferte das Handelsvolumen auf 150 Mio Dollar, es soll sich ... in naher Zukunft auf etwa eine halbe Mrd. Dollar erhöhen". Dabei spielt „wie von sowjetischer Seite betont wird, die Lieferung ... von Produkten des (...) Aluminiumwerkes (von der Sowjetunion geliefert) eine bedeutende Rolle". (Neue Zürcher Zeitung, 16.3.)

Gerade an diesem „Aluminiumhandel" weist die „Newsagency of Turkey" in ihrem Bulletin vom 7.3.77 nach, daß die Kredite imperialistischer Kapitalexport reinsten Wassers sind. Die sowjetischen Monopolkapitalisten sichern sich neben den Profiten mit den Anlagegütern Höchstprofite durch die Ausbeutung türkischer Arbeitskraft und den Raub türkischer Rohstoffe. Die „Newsagency of Turkey" führt aus:

Am 9. Mai 1967 gab die sowjetische Handelsgesellschaft Tialjpromexport der Türkei einen Handelskredit von 62 Mio US-Dollar zum Kauf von Anlagen für ein Aluminiumwerk, das die Bauxitvorkommen der Seydisehr Berge verarbeiten soll. Nach dem Abkommen von 1967 sollte die Anlage jährlich 200 000 Tonnen Alumina (Aluminiumoxyd), den Ausgangsstoff für Rohaluminium, produzieren. 80 000 Tonnen davon sollten exportiert und 120 000 Tonnen im Werk zu 60 000 Tonnen Rohaluminium verarbeitet werden (Verarbeitungsverhältnis 2 : 1). 10 Jahre später sind die Anlagen für die Gewinnung von Rohaluminium aus dem Aluminiumoxyd nicht fertig, schreibt die „NoT", die Türkei kann also selber kein Rohaluminiumherstellen. Im Abkommen hatten sich die Sozialimperialisten aber das Importmonopol der Produkte des Aluminiumwerks gesichert, „so daß fast die gesamte Produktion von Seydisehir an Rußland verkauft wird".

Die „Newsagency of Turkey" stellt folgende Rechnung über den Profit der Sowjetunion auf: Nach Angaben der Außenhandelsstatistik exportierte das Alu-Werk 1974 101 000 Tonnen Alumina zum Preis von 82 US-Dollar pro Tonne. Während der ersten 9 Monate 1975 wurden 96 000 Tonnen zum Preis von 92 bzw. 96 US-Dollar je Tonne exportiert, bis auf 500 Tonnen ging alles an die Sowjetunion.

Mit dem in der Sowjetunion zu Rohaluminium verarbeiteten Alumina (Aluminiumoxyd) machten die Sozialimperialisten dann das große Geschäft. Der Weltmarktpreis für Rohaluminium betrug 1974 914 US-Dollar je Tonne. Als Verarbeitungskosten setzt die „NoT" 100 bis maximal 200 Dollar pro Tonne Rohaluminium an. Das bedeutet, die Sozialimperialisten erzielten einen Profit von 550 bis 650 US-Dollar je Tonne Rohaluminium. (914 minus 2 x 82 Dollar minus 100 bzw. 200 Dollar gleich 550–650 Dollar)

„Das bedeutet, daß Rußland 1974 alleine und nur durch die Ausbeutung unseres Aluminiums einen Nettogesamtprofit zwischen 27,5 Mio bis 32,5 Mio Dollar erzielten", was die Hälfte des Handelskredit ist, den die Sozialimperialisten zum Aufbau der Anlagen an die Türkei gaben. Während die Profite der sowjetischen Monopolkapitalisten Jahr für Jahr mit diesem Handel wachsen, wächst auch die Schuldenlast der Türkei jährlich um die 2,5 Prozent des angeblich günstigen Kreditzinssatzes. Die Türkei, Besitzer der Bauxitvorkommen, der sowjetischen Alu-Fabrik und erzwungenermaßen Exporteur des Aluminiumoxyds, muß den eigenen Bedarf an Rohaluminium gegen Devisen, die für selbständige Investitionen dringend benötigen würden, zum Weltmarktpreis von 914 US-Dollar je Tonne importieren – auch aus der Sowjetunion. 1974 wurden 50 000 Tonnen Rohaluminium importiert. (Alle Angaben aus: Newsagency of Turkey, 7.3.77)*

Gegenüber den anderen Importwaren profitieren die Sozialimperialisten von ungleichem Tausch, teuren Anlagen gegen Rohstoffe und landwirtschaftliche Produkte:

„In der Warenliste werden genannt", schreibt der Blick durch die Wirtschaft, „Borax und seine Verbindungen, Perlite, Ferrochrom, (...), Chromerze, Blister-Kupfer, Zement, Wolfram (soweit es innerhalb der Planung auch mit Hilfe der Tschechoslowakei ausgebeutet wird), Kohlemanit, Bauxit, Roheisen ... Baumwolle, Tabak ..., Zitrusfrüchte, Gemüse ...". (Blick durch die Wirtschaft, 17.12.76)

Der Kapitalexport konzentriert sich auf Schlüsselindustrien

Bekannt wurden u.a.:

– Ein Stahlwerk (von insgesamt 3 in der Türkei), wurde 1975 von Kossygin persönlich eingeweiht.

– Eine Erdölraffinerie (von insgesamt 4 in der Türkei);

– mehrere Staudämme und Kraftwerke;

– ein Zehnjahresvertrag über den Verbund der Stromnetze der Türkei und der Sowjetunion wurde nach „Blick durch die Wirtschaft" im November 76 abgeschlossen. 1978 soll die Verbundleitung gelegt sein, um „es der Türkei zu ermöglichen ... in Ostanatolien die geplante Industrieeinrichtungen durchzuführen". (BdW, 20.11.76)

– Sowjetische Kredite gingen in die Finanzierung der im März 77 in Betrieb genommenen Erdölleitung Irak-Mittelmeer unter Umgehung Syriens sowie für 4 Liegeplätze für Tanker bei Iskenderun (2 noch im Bau). (BdW, 4.11.76)

– Auf die Rohstoffe der Türkei und Energiegewinnung werden auch die von den Sozialimperialisten beherrschten revisionistischen Staaten DDR und CSSR angesetzt, „enge Zusammenarbeit vor allem in der Montanwirtschaft", beim Bau eines Wärmekraftwerkes u.a., wurde im vergangenen Jahr vereinbart. (BddW, 17.12.76/27.1.77)

– Eine Straßenverbindung entlang dem Schwarzen Meer, um den Anschluß im Warentransport mit dem Nahen und Mittleren Osten herzustellen, baut Bulgarien.

Es zeigt sich, die Sozialimperialisten konzentrieren sich darauf, Einfluß auf die Schlüsselindustrien, vor allem der Energiewirtschaft, zu bekommen, um darüber langfristig die gesamte Wirtschaft in Abhängigkeit zu bringen. Unter dem Schleier der „Unterstützung der Unabhängigkeit" der „uneigennützigen Hilfe" verschärfen die Sozialimperialisten die Rivalität mit dem US-Imperialismus und wollen ihrerseits die Türkei zum Stützpunkt im Ringen um Welthegemonie mit dem US-Imperialismus machen. Geschickt nutzten sie z.B. 1973 die Solidarität der Türkei mit den arabischen Staaten gegen den US-Imperialismus: „1973 im Jom-Kippur-Krieg hielten die Türken ihnen die Luftbrücke in den Nahen Osten über Anatolien offen. Die Amerikaner durften damals nicht einmal mehr von ihrem strategischen Luftwaffenstützpunkt Ircinlik bei Adana operieren", berichtete die FAZ am 15.3.77.

1976 mußte die Türkei den Flugzeugträger Kiew durch die Türkische Meerenge passieren lassen, der nächste, die Minsk, befindet sich im Schwarzen Meer auf Probefahrt, 2 weitere in Nikolayef im Bau. Sie alle sollen ins Mittelmeer und den Atlantik auslaufen, wo sie die Unabhängigkeit der Völker bedrohen.

Mit einem 12 Milliarden-Kreditangebot versuchen die Sozialimperialisten bereits seit längerem die Türkei zu einem „Freundschafts- und Nichtangriffspakt" zu erpressen, im Geiste „Helsinkis", – verbunden mit den Krediten ist die Forderung nach Nutzungsrechten des türkischen Kriegshafens Iskenderun für Versorgung und Reparatur der sowjetischen Mittelmeerflotte.

---

* Die Zeitschrift Arbeiterkampf polemisierte in Nr. 99 gegen einen Artikel in KVZ 7/77, in dem wir nachwiesen, daß die Sowjetunion dicke Profite aus dem Ölhandel mit dem Irak zieht. Sie wendete ein, daß die Kredite an den Irak nur zu 2,5 % verzinst würden. „Ehe uns der KBW nicht Zahlen vorlegt, statt sich in die eigene Tasche zu lügen, bleiben wir dabei, daß die Sowjetunion im Gegenteil um gewisser politischer Erwartungen willen (die sich nicht erfüllt haben) sehr kulante Geschäftspraktiken an den Tag legt." Die „NoT" macht die Rechnung auf. Was sind die „politischen Erwägungen" der Sowjetunion nach Meinung des Arbeiterkampfs? Proletarischer Internationalismus? Nichts anderes als Profitstreben ist der Motor jeder imperialistischen Macht, davon macht auch der sowjetische Sozialimperialismus keine Ausnahme.

Die neuen Zaren unterdrücken die nationalen Minderheiten

Die Sowjetunion ist einer der volkreichsten Staaten der Welt. Neben dem zahlenmäßig größten, dem russischen Volk zählt die Sowjetunion gegenwärtig 47 Prozent „Nicht-Russen" Anteil an der Gesamtbevölkerung. Bekannt ist, daß unter der Herrschaft der Zaren die nichtrussische Bevölkerung systematisch unterdrückt wurde. Keineswegs war deshalb jedoch das russische Volk in seiner Stellung als unterdrückende Nation in „Besitz der Freiheit".

„Kann ein Volk frei sein, das andere Völker unterdrückt? Nein. Die Interessen der Freiheit der großrussischen Bevölkerung erfordern den Kampf gegen eine derartige Unterdrückung. Die lange, Jahrhunderte umfassende Geschichte der Niederhaltung der Bewegung der unterdrückten Nationen, die durch die ‚oberen' Klassen betriebene systematische Propagierung dieser Niederhaltung schufen für die Sache der Freiheit des großrussischen Volkes selbst gewaltige Hindernisse in seinen Vorurteilen usw." (Lenin, Ausgewählte Werke Bd. II, Seite 415 Berlin 1970)

Heute herrscht in der UdSSR die neue Bourgeoisie. Mit Beginn der Restauration des Kapitalismus in der UdSSR, eingeleitet durch den XX. Parteitag der KPdSU 1956 ist die Politik der „oberen" Klassen davon geprägt, alle Elemente der Politik der alten Zaren Zug um Zug durchzusetzen. Das ist in der Außenpolitik der Fall, wo das Prinzip des proletarischen Internationalismus weichen mußte einer expansiven, imperialistischen Politik, wie auch im Inneren, wo, um die Ausbeutung der Arbeiterklasse zu gewährleisten, die Arbeitsgesetzgebung von 1918 und 1923 abgeschafft wurde zugunsten einer Arbeitsgesetzgebung, die Streik- und Demonstrationsrecht ausdrücklich außer Kraft setzt. Entsprechend ist die Politik der Sozialimperialisten gegenüber den nationalen Minderheiten geprägt durch eben Unterdrückung dieser Minderheiten.

„Jede Bourgeoisie will in der nationalen Frage entweder Privilegien für ihre eigene Nation oder exclusive Vorteile für sie." (Lenin, Ausgewählte Werke Bd. II, Seite 412)

Während eines zweimonatigen Montageaufenthaltes im Sommer letzten Jahres in der UdSSR hatte ich Gelegenheit, dieses zu beobachten. Die neue Bourgeoisie in der UdSSR ist im wesentlichen in Moskau. Deshalb sind in Moskau auch stets alle Waren zu kaufen, ja findet Verschwendung von Lebensmitteln statt, während zum Beispiel 1 500 Kilometer weiter in der Republik Tartarien, wo ich zwei Monate gelebt habe, ständig Mangel in der Versorgung insbesondere bei Früchten, Kartoffeln, Fleisch und Zwiebeln auftraten. Die russische Bourgeoisie weiß sich zu versorgen. In Moskau gibt es keine Mängel in der Versorgung. Die Politik der neuen Zaren ist darauf gerichtet, die Zentren des politischen und gesellschaftlichen Lebens sämtlich im europäischen Teil der UdSSR unterzubringen. So befinden sich alle wichtigen Universitäten dort, die Forschung und Entwicklung für alle Industriebezirke ist in Moskau konzentriert. Der übrige weitaus größere Teil der UdSSR spielt im wesentlichen nur eine Rolle als Lieferant von Naturschätzen und Energie. In dieser Weise wird die UdSSR aufgebaut, beziehungsweise zugrundegerichtet. Die Unterdrückungsmethoden über die nationalen Minderheiten sind vielfältig. Zahlen über das Ausmaß, zum Beispiel über die nationale Zusammensetzung der Studenten, sind nicht zu bekommen. Jedenfalls ist es so, daß beim Bau des LKW-Werkes an der Kama Tausende von Studenten als Übersetzer zwecks Verständigung mit den ausländischen Monteuren eingesetzt waren. Nicht einen einzigen nichtrussischen Studenten habe ich dort kennengelernt. Was ich festgestellt habe, ist erstens, daß viele dieser russischen Studenten den Aufenthalt in der Fabrikhalle als Zumutung empfanden und davon träumen, wieder zurück nach Leningrad oder Moskau in eine „saubere" Schule oder Universität gehen zu können. Das sagt einiges aus über die Haltung dieser Studenten zur Produktion und zur Arbeiterklasse.

Zweitens habe ich festgestellt, daß diese Studenten in den Volksmassen und bei den Arbeitern in der Fabrik sehr verhaßt waren. Ich habe zum Beispiel oft erlebt, daß, wenn ich versucht habe, mich mit Arbeitern nichtrussischer Nationalität in der Fabrik so gut es ging zu verständigen, diese sofort jede Unterhaltung abbrachen, sobald sich einer dieser Studenten näherte. Strikt haben sie es auch abgelehnt, daß ein Student unsere Unterhaltung dolmetschen sollte.

Dieses tiefe Mißtrauen ist ein Mißtrauen gegen den Nachwuchs der Bourgeoisie, der an den Hochschulen ausgebildet wird. Alle Leute in leitenden Positionen, mit denen ich zu tun hatte (Hoteldirektoren, Bandleiter oder Meister im Werk), waren Russen. Oft waren sie sehr offen in der Vertretung der bürgerlichen Ideologie. Der Bandleiter im Kama-Werk fragte uns Monteure oft, ob wir ihm nicht für seinen Sohn aus Westdeutschland Violinsaiten besorgen könnten. Auf die Frage, warum es die hier nicht gäbe, antwortete er, die Tartaren seien eben nicht Kultur.

Die Tartaren sind ein sehr kämpferisches Volk. Sie haben eine kämpferische Tradition. Ich habe oft gesehen, wie sie wütend gebrüllt haben, wenn nach Feierabend der Bourgeoisnachwuchs aus dem Werk in halbleeren Bussen in die Stadt gefahren wurde und sie entweder laufen mußten oder in total überfüllten Bussen zusammengepfercht waren. Diese Unterdrückung schafft den Willen zum Kampf. Die Unterdrückung der nationalen Minderheiten ist eine wichtige Triebkraft im Kampf des sowjetischen Proletariats und des Volkes für seine Befreiung. Um diese durchzuführen, muß die Bourgeoisie geschlagen werden. Die Bourgeoisie ist parteimäßig organisiert. Die KPdSU, ehemals die revolutionäre Vorhut der Arbeiterklasse, ist ihr Instrument. Es ist heute eine Staatspartei, durch und durch in der Hand der Bourgeoisie, der russischen Bourgeoisie. Gegen diese Partei muß die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse aufgebaut werden. Gegen die Unterdrückung der nationalen Minderheiten muß die revolutionäre Politik Lenins und Stalins in der nationalen Frage verfolgt werden.

„Die Aufgabe der tagtäglichen Agitation und Propaganda gegen alle nationalen staatlichen Privilegien, für das Recht, das gleiche Recht aller Nationen auf einen eigenen Nationalstaat. Diese Aufgabe ist gegenwärtig unsere wichtigste Aufgabe in der nationalen Frage, denn nur auf diese Weise verfechten wir die Interessen der Demokratie und des auf Gleichberechtigung beruhenden Zusammenschlusses aller Proletarier aller Nationen." (Lenin, Ausgewählte Werke Bd. II, Seite 416) – (br, Westberlin)

Le	Letten	
Li	Litauer	
Mo	Moldauer	
Ar	Armenier	
K	Kaukasische Völker	Abchasier, Adscharen, Dagestaren, Awaren, Darginer, Laken, Lesken, Georgier, Karbadiner, Balkaren, Tscherkessen, Tschetschenen, Inguschen
U	Ural-Völker	Chanti, Esten, Finnen, Karelo, Komi, Permjaken, Lappen, Mansi, Mari, Mordwinen, Nenzen, Nganasan, Selkupen, Udmurten Wepsen,
Tü	Türkische Völker	Altajer, Aserbidschaner, Baschkiren, Chakassen, Dolganen, Dunganen, Karakalpaken, Kasachen, Kirgisen, Kumüken, Nogajer, Schoren, Tataren, Tschuwaschen, Turkmenen, Uiguren, Usbeken, Yakuten
	Sonstige Völker	Itmelen, Jugakiren, Ket, Korjaren, Nivchi, Tschuktschen, Aleuten, Eskimo, Juden
M	Mongolische Völker	Burjaten, Kalmücken
I	Iranische Völker	Osseten, Tadschiken, Talysch
T	Tungusische Völker	Evenki, Eveny Udecheer, Golden
A	Slawische Völker	
A1	Russen	
A2	Weißrussen	
A3	Ukrainer	

In der Sowjetunion leben ungefähr 120 Völker verschiedener Nationalitäten, mit eigener Kultur und Geschichte. Die größten Volksgruppen bilden die Slawen und die Turkvölker. Dennoch ist die Staatssprache in allen Gebieten russisch, auch der Schulunterricht wird in russischer Sprache gegeben und nicht in den Sprachen der Nationalitäten. Die Kremlzaren haben 1963 das Land ungeachtet der Völkergruppen in 18 Wirtschaftsgebiete – Rayons – aufgeteilt. Die Ausbeutung und Ausplünderung der Völker in der Sowjetunion ist das oberste Ziel der Kremlzaren. Die Unterdrückung der Nationalitäten, ihrer Sprachen und Kulturen sind die Bedingungen dafür.

Verstärkter Aderlaß Chiles durch die Imperialisten

Steigender Kupferexport und Schuldzahlung

Carters Taktik, um die US-Imperialisten wieder in die Offensive zu bringen, ist es, alle Heucheleien des Hauptrivalen, des russischen Sozialimperialismus, möglichst noch zu übertrumpfen. Eine der scheußlichsten Heucheleien der modernen Revisionisten und der Sozialimperialisten sind bis heute die Krokodilstränen über die Grausamkeiten des Pinochet-Regimes in Chile und die öde Routine der Solidaritätsappelle – von den Leuten, die für die Niederlage der chilenischen Arbeiter- und Volksbewegung die Hauptverantwortung tragen und deren „Solidarität" nur eigenen imperialistischen Ambitionen dient.

Carter ist schlau und abgebrüht genug, auch da mitzuziehen. Unter den kürzlich geohrfeigten Vasallen des US-Imperialismus wegen „Verletzung der Menschenrechte" war auch die chilenische Militärjunta. Carter hofft, die Weste der imperialistischen Finanzbourgeoisie der USA auf diese Weise wieder rein zu kriegen, um Zeit für die Vorbereitung neuer Verbrechen gegen die Völker zu gewinnen.

Man muß das Geschwätz der Imperialisten an den Tatsachen und ihren Taten messen. Während der Häuptling der westlichen Imperialisten seine Vasallen auf den vorderen Seiten der bürgerlichen Presseorgane öffentlich abkanzelte, zog hinten auf den Wirtschaftsseiten derselben Zeitungen die Bourgeoisie befriedigt Bilanz über die Früchte des Militärputsches. *„Ein erster Überblick über die wirtschaftliche Situation Chiles am Jahresende 1976 zeigt das Land in einer verbesserten Situation."* (Blick durch die Wirtschaft, 14. Februar 1977) Ein interner Bankbericht spricht Klartext: Ein sehr positiver Faktor sei, *„daß Chile seinen im laufenden Jahr fällig gewordenen Auslandsverpflichtungen in Höhe von 860 Millionen US-Dollar nachkommen konnte und somit zum ersten Mal seit 1971 kein Moratorium in Anspruch nehmen mußte. (...) 1977 wird die Rückzahlung von rund 900 Millionen US-Dollar fällig."* (Deutsche Überseeische Bank, Dezember 1976)

Dabei ist es nicht die Tatsache der Schuldentilgung – einschließlich fetter Zinsen natürlich – allein, die den Imperialisten Freude macht. Auch die Art, *wie* Chile unter dem Regime der Faschisten das bewerkstelligt hat, findet ihr hohes Lob.

Chile, einer der größten Weltkupferproduzenten, hat 1976 seine Kupferproduktion kräftig gesteigert auf über 1 Million Tonnen. Damit hat es einen Beschluß der CIPEC (der Organisation kupferproduzierender Länder der Dritten Welt, neben Chile Peru, Zambia und Zaire) unterlaufen, die eine Produktionseinschränkung von 15 Prozent festgelegt hatte, um die weit abgesunkenen Erzeugerpreise für Kupfer anzuheben. Zwar stiegen die Preise, aber nicht so stark, wie es durch eine gemeinsame Aktion der Länder der Dritten Welt möglich gewesen wäre. Der Boykott mußte abgebrochen werden, und auch die anderen Länder waren gezwungen, ihre nationalen Reichtümer zum billigen Preis in größerer Menge zu verkaufen. Die Imperialisten – die der Forderung der Länder der Dritten Welt nach Bildung von zentralen Rohstoffonds zur Stabilisierung der Erzeugerpreise feindlich gegenüberstehen – haben selbst Kupfervorräte in Höhe von 2,5 Millionen Tonnen aufgehäuft, und die US-Imperialisten planen zusätzlich die Bildung einer strategischen Reserve in Höhe von 1,1 Millionen Tonnen.

Die Imperialisten sind dadurch in einer komfortablen Lage. Die „Neue Zürcher Zeitung", das Organ des Schweizer internationalen Bankkapitals, schreibt am 8. Januar 1977: *„... der Verzicht der CIPEC-Länder auf Kapazitätsdrosselungen läßt keine Chancen für Produzenten mit hohen Gestehungskosten offen. Hüttenbetriebe, deren Preisschwelle bei ... 55 Cts./lb. (pro Pfund) liegt, sind nicht mehr konkurrenzfähig."* Das ist eine vornehme Ausdrucksweise (welcher Bankfürst spricht schon gern von seinem Profit oder gar vom Schweiß der Arbeiter) dafür, daß durch die unbeschränkte Belieferung des kapitalistischen Weltmarkts mit billigem Kupfer die Produzenten in eine scharfe Konkurrenz hineingejagt worden sind und Chile hierin wohl der Schrittmacher ist. *„Chile sieht optimistischer als andere Produzentenländer in die Zukunft, weil die für dieses Jahr einkalkulierten Produktionskosten kaum über 48 Cents (pro Pfund) hinausgehen werden. Also selbst wenn sich die Londoner Kupfernotierung nicht erholen sollte, käme Chile noch mit einem ansehnlichen Gewinn über die Jahresrunde."* (Blick durch die Wirtschaft, 13. Januar 1977)

Das heißt: Die chilenischen Faschisten, die für die Imperialisten als Sklavenaufseher arbeiten, haben die chilenischen Arbeiter einer beispiellosen Ausbeutung und Verelendung unterworfen, so daß der Kupferpreis weiter gesenkt werden und die Kupferproduktion dennoch hohen Profit abwerfen kann, den die Imperialisten dann über die Schuldzinsen einstreichen.

Wenn die Löhne der Kupferarbeiter sinken, dann sinken die Löhne der ganzen Arbeiterklasse Chiles. *„Die allmählich zunehmende Kaufkraft des Landes konzentriert sich eindeutig in Richtung auf Konsumgüter des täglichen Bedarfs, vor allem Lebensmittel und Getränke, während der Bereich der langlebigen Konsumgüter nach einem scharfen Rückgang 1975 um 25 Prozentpunkte weitere Einbußen um nochmals 14 Prozentpunkte hinnehmen mußte."* Im dürren Deutsch einer Untersuchung des kapitalistischen Warenmarktes wird hier mitgeteilt, daß die Massen der chilenischen Proletarier sich nur noch soviel zum Leben kaufen können, wie sie brauchen, um nicht zu verhungern oder zu erfrieren, während alles andere zum Luxus für sie geworden ist. *„Überdurchschnittliche Verluste erlitten die Baustofferzeugung, die Möbelindustrie, die Textil- und Bekleidungsindustrie ..."* (Mitteilungen der Bundesstelle für Außenhandelsinformationen, Nr. 193, August 1976) Bis jetzt hat die Industrieproduktion nicht den Stand von 1969 erreicht. Dafür aber, und das ist die „Stärke" der chilenischen Wirtschaft, von der der bürgerliche Journalist schwärmt, haben die chilenischen Arbeiter 1976 Waren im Wert von 2,2 Milliarden Dollar, 37 Prozent mehr als im Vorjahr, für den Export produziert, in Fabriken, die den ausländischen Monopolen gehören.

Der größte Handelspartner Chiles und größte Importeur von chilenischem Kupfer ist die BRD. Wolff von Amerongen, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, der Mitte 1976 mit einer Gruppe von Geschäftsleuten in Chile die Möglichkeiten für imperialistischen Extraprofit ausbaldowerte und von Pinochet empfangen wurde, äußerte diesem gegenüber, Chile sei mit Nachkriegsdeutschland zu vergleichen und dabei, denselben richtigen Weg einzuschlagen wie damals die heutige Bundesrepublik.

Man versteht, was er – schwärmerischen Angedenkens an die Hungerlöhne und saftigen Profite der Nachkriegszeit – meint. Recht hat er jedoch nicht. Westdeutschland war ein, wenn auch geschlagenes imperialistisches Land und der Weltmarkt offen für große Eroberungsfeldzüge. Heute ist die kapitalistische Weltwirtschaft in der Krise, und Chile ist ein vom Imperialismus unterdrücktes Land, dessen Volk und Naturreichtümer von den Imperialisten um die Wette ausgebeutet werden. Die US-Imperialisten fürchten, daß die Klassenwidersprüche eine Schärfe angenommen haben, die zum Ausbruch der Revolution führen muß, wenn es ihnen nicht gelingt, noch rechtzeitig Teile der Nationalbourgeoisie, die heute in Opposition zum Faschismus stehen, auf ihre Seite zu ziehen und sich selbst die Weste reinzuwaschen. Darum die plötzliche Sorge um „Menschenrechte". – (Z-Red.)



Im April wird eine vom Zentralkomitee der KP Chinas einberufene Landeskonferenz zum Lernen von Datjing in der Industrie stattfinden. Ihr Ziel ist es, „die ganze Partei und die gesamte chinesische Arbeiterklasse zu mobilisieren, um die revolutionäre Massenbewegung zum Lernen von Datjing ein neues Stück voranzutreiben und immer mehr Unternehmen vom Typ Datjing aufzubauen" (Peking Rundschau 6/77). Die Belegschaft des Ölfeldes Datjing hat im Kampf gegen den Revisionismus Pionierarbeit geleistet für Chinas Weg zur industriellen Entwicklung nach dem Prinzip: Die Revolution anpakken, die Produktion fördern. Unter schwierigsten Bedingungen begann sie den Kampf ums Erdöl, der Arbeiter Wang Djin (Mitte im Bild) leitete die Arbeiter bei der Installation der Bohranlagen. Die Arbeiter gaben ihm den Ehrennamen „Eiserner Mann".

Zur Vorbereitung der Landeskonferenz fanden in den vergangenen Monaten im ganzen Land in den verschiedenen Produktionsbereichen Massenkritikkampagnen zur Entlarvung und Kritik der „Viererbande" statt. Sie lehnte die Losung „Lernt in der Industrie von Datjing" ab und wollte damit die Verbreitung der Erfahrung von Datjing verhindern, die Festigung der Diktatur des Proletariats hintertreiben und den Kapitalismus zu restaurieren suchen.

Mit voller Kraft gegen den zionistischen Feind

13. Sitzung des Palästinensischen Nationalrates

Während der vergangenen Woche fand in Kairo die 13. Sitzung des Palästinensischen Nationalrats, des höchsten Entscheidungsorgans des palästinensischen Volkes, am Sitz der Arabischen Liga statt. Die 291 Delegierten der 3,5 Millionen Palästinenser, die unterdrückt in Palästina oder vertrieben in zahlreichen Ländern leben, bestätigten Yassir Arafat erneut einhellig als Vorsitzenden des Exekutivkomitees des Nationalrates und verabschiedeten mit großer Mehrheit ein Aktionsprogramm. Die Bildung eines gemeinsamen Militärischen Oberkommandos aller Widerstandsorganisationen unter Leitung von Yassir Arafat wurde beschlossen. Alle Streitkräfte der palästinensischen Revolution sollen sich diesem Militärischen Oberkommando unterstellen, um durch die Festigung der Einheit die Kampfkraft zu erhöhen. Es soll die Aufgabe haben, die Pläne für den nationalen Befreiungskampf auszuarbeiten. In diesem Oberkommando werden Vertreter aller Widerstandsorganisationen sein.

„Die Vertreter der harten Linie waren viel erfolgreicher als manche erwartet hatten", stellt die imperialistische Presse enttäuscht fest. (Observer, 20.3.77) Vor dem Kongreß hat sie eine Lügenkampagne zur Spaltung und Zersetzung der Einheit des palästinensischen Widerstandes, der arabischen Nation und der Völker in den imperialistischen Ländern gestartet. Noch am 17.3. behauptete die „Neue Zürcher Zeitung", Arafat wäre dabei, eine „kleinpalästinensische Lösung" durchzusetzen, die PLO „bestehe nicht mehr auf einer besonderen Delegation zur Genfer Konferenz".

„Die Zeiten, da die Palästinenser als Störfaktor auftreten und einen Kollisionskurs steuern könnten, sind spätestens seit dem libanesischen Bürgerkrieg und der syrisch-palästinensischen Konfrontation vorbei", drückte der Korrespondent der „Süddeutschen Zeitung" in Kairo am 18.3. die Hoffnungen der Imperialisten aus. An der Spitze des Betrugsmanövers steht die US-Regierung. „... die Anerkennung der legitimen Interessen des palästinensischen Volkes (sei) ein kritischer Bestandteil jeder Gesamtlösung", behauptete Vance, der US-Außenminister. Carter propagierte als Lösung „die Einrichtung einer ‚Heimstätte' für die Palästinenser" als „Voraussetzung für einen dauerhaften Frieden im Nahen Osten". Zuvor jedoch „müßten die Araber das Existenzrecht des jüdischen Staates anerkennen" sowie „die UNO-Resolution 242 und 338", die die Palästinafrage als Flüchtlingsfrage behandeln und die nationalen Rechte des palästinensischen Volkes negieren.

Israel wurde „als Stützpunkt für den Imperialismus auf palästinensischem Boden, der seine Interessen an den wichtigsten strategischen Punkten des Nahen Ostens sichert" aufgebaut, hat Yasser Arafat, der Führer des palästinensischen Volkes, in seiner Rede vor der UNO klargestellt. Carter fordert die Anerkennung dieser imperialistischen Bastion, des damit verbundenen Landraubs und die Aufgabe der nationalen Rechte durch das palästinensische Volk. Dafür will er ihm eine „Heimstatt" zugestehen, einen „Ministaat" auf den von Israel besetzt gehaltenen Westbanks als Reservat, wie die Bantustans in Südafrika. Die Palästinenser sollen dann unter internationaler, d.h. direkte militärische Kontrolle gestellt werden. Wie – darüber geht der Streit der beiden Supermächte.

Als dritte „Friedenskomponente" fordert Carter von den arabischen Staaten die Anerkennung „verteidigbarer Grenzen" für Israel, d.h. er unterstützt offen die Zionisten bei der Besetzung des 1967 geraubten Landes, und unter dem Schlagwort einer „doppelten Grenze" fordert er, daß die arabischen Staaten sich gegenüber Israel öffnen zur imperialistischen Durchdringung und Ausplünderung. „Diese Grenzen müssen nicht nur permanent, sondern auch durchlässig sein und Handel, Tourismus und kulturellen Austausch ermöglichen."

Der Verlauf des 13. Palästinensischen Nationalkongresses ist ein schwerer Schlag gegen diese imperialistischen Pläne. Über seine Ergebnisse berichtet ein Mitglied der Informationsstelle Palästina der PLO in Bonn, der als Delegierter in Kairo am Nationalkongreß teilnahm, in einem Gespräch am 21.3.1977:

„Der Nationalkongreß ging bei seinen Beschlüssen von der Einschätzung aus", sagte er, „daß die PLO ähnlich wie 1973 die vorübergehende Krise nach den blutigen Ereignissen im Libanon überwunden und daß das palästinensische Volk mit voller Kraft den Kampf gegen den zionistischen Feind wiederaufgenommen hat. Weil die PLO ihre Reihen reorganisiert hat und sich voll auf den Kampf gegen das zionistische Gebilde konzentriert, haben die Imperialisten keine Möglichkeit, die sogenannte ‚friedliche Lösung' durchzusetzen. Im Gegenteil, es ist wahrscheinlicher, daß sie einen fünften Nahostkrieg entfesseln. Für diesen Krieg sind wir und alle Staaten der Konfrontation gerüstet. Das hat schon die Eröffnungsrede des ägyptischen Präsidenten Sadat vor dem Palästinensischen Nationalkongreß gezeigt."

Die imperialistische Presse verbreitete Gerüchte, der Nationalkongreß würde die früheren Beschlüsse revidieren, er sei bereit zu einem Kompromiß mit Israel, zur Akzeptierung einer Ministaatlösung.

„Carter und der US-Imperialismus sind durch den hartnäckigen Kampf des palästinensischen Volkes gezwungen worden, zumindest von Rechten des palästinensischen Volkes zu reden. Wir kennen aber die Absichten des US-Imperialismus und Zionismus sehr genau. Für uns kommt ein Kleinpalästina von US-Gnaden nicht in Frage, schon gar nicht von Gnaden des zionistischen Gebildes.

Die PLO und der Palästinensische Nationalkongreß haben ganz klar das strategische Ziel des palästinensischen Volkes bekräftigt, den Aufbau des Demokratischen Palästina, in dem Juden, Christen und Moslems gleichberechtigt und ohne Diskriminierung zusammenleben. Es kann keine Einigung in irgendeiner Form mit dem zionistischen Gebilde geben oder gar eine Anerkennung seiner Existenz. Die PLO unterstützt allerdings und führt auch Gespräche mit allen demokratischen und antizionistischen Kräften im besetzten Palästina, die unseren Kampf unterstützen. (...) Die Lügen der bürgerlichen Presse sind ein durchsichtiges Manöver, um die PLO zu spalten. Natürlich hat es über die richtige Taktik, die wir einschlagen müssen, in der PLO harte Auseinandersetzungen gegeben, von unserer Einschätzung der derzeitigen Lage im Nahen Osten ausgehend. Aber es hat keine Fraktionierung und keine Zersplitterung gegeben, wie sie unsere Feinde gerne gesehen hätten. Der palästinensische Nationalkongreß und die Führung der PLO, allen voran der Präsident des Exekutivkomitees, Yassir Arafat, haben beschlossen, den unabhängigen demokratischen Staat auf jedem befreiten Teil des besetzten palästinensischen Bodens, der dem Feind entrissen wird, aufzubauen. Das Wort unabhängig möchte ich besonders hervorheben, d.h. Palästina als Provinz Jordaniens steht für uns nicht zur Debatte. Dabei ist vollkommen klar, daß die Befreiung jedes Zentimeters unseres Bodens nur das Ergebnis des Kampfes des palästinensischen Volkes um seine Heimat und für die volle Verwirklichung seiner nationalen Rechte sein wird. (...) Die Staaten der Konfrontation sind sich einig über die Notwendigkeit des Aufbaus des palästinensischen Staates, das entspricht unserem Ziel in dieser Etappe. Manche fordern allerdings die Anerkennung Israels dafür. Das ist für die PLO nicht akzeptabel."

Entgegen der Behauptung, das neue Aktionsprogramm weiche von den früheren Beschlüssen ab, erklärte der Sprecher der Informationsstelle Palästina:

„Die Beschlüsse des Nationalkongresses weichen an keinem Punkt vom Nationalen Manifest der PLO und von dem politischen Programm ab."

Was die Frage der Beteiligung an Genfer Verhandlungen angeht, so hat

„der Nationalkongreß die Ablehnung der Resolutionen 242 und 338 nochmals bekräftigt, in denen unser Volk nur als ein Haufen von Flüchtlingen behandelt wird. Von daher lehnen wir auch jede Verhandlung auf dieser Grundlage ab, also auch die Genfer Konferenz. Der Nationalrat hat dagegen beschlossen, an allen Verhandlungen teilzunehmen, die auf der Grundlage der UNO-Resolutionen seit November 1974 (die die nationalen Rechte des palästinensischen Volkes festhalten) stattfinden, denn wir lassen es nicht zu, daß in unserer Abwesenheit über unsere nationale Frage verhandelt wird." – (Z.-Red.)

Räuber und Plünderer am Werk

Immer ausgeklügelter, umfangreicher und unverschämter werden die Maßnahmen der Bourgeoisie, sich in ständig wachsendem Maße des Nettolohns der arbeitenden Massen zu bemächtigen. Seit der Krise 1966/67 kann man tatsächlich von einer Kostenlawine sprechen, die sich auf die Lohnabhängigen zuwälzt. Die Regierungen von Bund, Ländern und Gemeinden beschließen ihre Raubzüge per Gesetz und mit Erlaß; rechtskräftig.

Die Arbeiterklasse und die lohnabhängigen Volksmassen sehen sich gezwungen, den Kampf gegen die wachsende Ausplünderung durch den bürgerlichen Staat zu führen.

Maßnahmen und Methoden der Räuber und Plünderer

Gebietsreform. Bei den Gebühren und Tarifen, die unter die sogenannte Daseinsfürsorge fallen, wie Gas, Wasser, Strom usw. ist eine Methode, wie einheitlich höher abkassiert wird, die Gebietsreform. Sie hat den Zweck, die staatliche Unterdrückung und Ausplünderung zu zentralisieren und auszuweiten. Neben den Lohnsteuern und dem Griff in die Versicherungskassen bilden diese Gebühren und Tarife eine Haupteinnahmequelle der herrschenden Kapitalistenklasse.

Die Reform sei „nicht in erster Linie im Sinne einer kostensparenden, sondern einer effektiveren Verwaltung" eingeleitet worden – sagt der hessische Innenminister a.D. H.H. Bielefeld. In den vergangenen 10 Jahren waren mehr als 30 Millionen Lohnabhängige mit ihren Familien dieser „Reform" unterworfen. Mehr als 16 000 Gemeinden und Landkreise sind von der Karte verschwunden. Nach Schätzungen der Bourgeoisie – einige Länderregierungen sagen, sie hätten keine Übersicht – sind knapp 70 000 Beschäftigte zusätzlich tätig geworden, um die angestrebte effektivere Verwaltung durchzusetzen, meist in gehobenen und höheren Diensten: Da wo gearbeitet wird, in den Schreibsälen, bei der Müllabfuhr usw., soll jetzt „effektiver" rationalisiert werden. 1975/76 hat die Bourgeoisie einige Milliarden gegen den Widerstand der Volksmassen durch ihre Polizeitruppen erprügeln lassen.

Zur Zusammenlegung der Städte Gießen und Wetzlar und 14 weiterer Gemeinden erklärt der hessische Minister a.D. Best: „Die neue Großstadt wird 20 bis 30 Mio DM mehr Einkommen haben als die Summe der Einkommen der einzelnen Gemeinden, aus denen sie gebildet ist." Von einer einzelnen Zusammenlegung erwartet die Bourgeoisie sich Mehreinnahmen in Millionenhöhe aus Nettolohn, „und die Betriebe brauchen keine wesentlichen Belastungen zu befürchten" versichert der eingemeindete Bürgermeister von Wetzlar, Malzfeld.

Telefon, 8-Minuten-Takt-Gebühr. Diese Erfindung aus dem Bahn- und Postministerium unter Minister Gscheidle hängt wesentlich zusammen mit der neuen Gebietsreform. Es wird Zeit, sie auszuprobieren, denn die Gebietsreform ist zu großen Teilen aus dem Planungsstadium in die Praxis umgesetzt. Praxis ist jetzt unter anderem, daß Ortsgespräche in ein und demselben Ort Ferngespräche sind. Überbleibsel von vor der Gebietsreform. Da der Widerstand gegen die Zusammenlegungen sowieso groß ist, denn die Nachteile für die Massen sind erheblich, muß dieser Zustand notgedrungen abgeschafft werden. Das Ministerium benutzt diese Gelegenheit aber, um allgemein eine neue Methode der Ausplünderung einzuführen. Verkauft wird als Bonbon, was sowieso unhaltbar wäre: die Ausweitung des Ortsnetzes auf 20 km ist nichts als die notwendige Anpassung an die Gebietsreform. Aus dem Ortstarif wird aber nichts, es wird der 8-Minuten-Takt eingeführt, versuchsweise. (Dazu wird vom Ministerium versichert, der geplante 4-Minuten-Takt sei „tot".) Der Minister spricht „Ich will mehr Tarifgerechtigkeit", und da weiß man, was von dem „versuchsweise" zu halten ist. „Beim Zeittakt machen wir keine Gewinne und zahlen drauf." Minister Gscheidle jammert, weil er durch die Gebietsreform die Ferntarife nicht aufrechterhalten kann und mit der neuen Erfindung der frühere Tarif nicht voll hereinkommt. So behauptet er. Wo es keine Gebietsreform gegeben hat, in großen Städten, wo es auch die meisten Telefonanschlüsse gibt, wird sich die „Gerechtigkeit" darüberhinaus als reine Verteuerung der Telefongebühren auswirken.

Individualverkehr. Auffallend zahlreich sind die Maßnahmen, die die Kosten der lohnabhängigen Massen in diesem Bereich in die Höhe treiben, sie sind nahezu unausweichlich und eine nahtlos verzierte Kombination von staatlichen und nichtstaatlichen Maßnahmen.

Bußgelder. Vor 3 Jahren wurde ein neuer Bußgeldkatalog eingeführt, angeblich um die strafrechtliche Seite der Verstöße der Verkehrsteilnehmer zu mildern. Die Eintreibungen aus dem Bußgeldkatalog sind inzwischen zu einem festen Posten in der Haushaltskalkulation der Länder und Gemeinden geworden, zu einem Instrument der außerordentlichen Plünderung, von der viele betroffen sind, weil die Verkehrslage so ist, daß notgedrungen gegen die zahlreichen Bestimmungen des Katalogs verstoßen wird. Die einzelnen Bußen werden von Zeit zu Zeit nach oben angeglichen, dieses Jahr durchschnittlich um 15 %.

300 Millionen DM mußten die lohnabhängigen Massen 1976 aus ihren Haushaltskassen an „Verwarnungen und Bußgeldern bezahlen. 1977 wollen die Länder, Städte und Gemeinden noch mehr kassieren: Bayern will seine Einnahmen an Verwarnungsgeldern von 22,4 Millionen 1976 auf 31,4 Millionen DM erhöhen, mit Bußgeldern sollen insgesamt 37,5 Millionen DM zusammenkommen. Berlin will eine Million mehr auf diese Weise aus den Lohnabhängigen eintreiben, Nordrhein-Westfalen will seinen Ansatz für 76 von 31 Millionen DM 1977 auf 34 Millionen DM aufstocken.

Haftpflichtversicherung. Ab 1. Januar gelten die neuen Tarife, Erhöhung der Prämien, neue Regional-Klassen und weniger Schadensfreiheitsrabatt, das sind die Maßnahmen der 99 verschiedenen Autoversicherer. Im Einzelfall kann diese Erhöhung bis zu 40 Prozent ausmachen. Die 99 Versicherungsgesellschaften beklagen sich aber noch, sie sagen, im Durchschnitt wäre die Erhöhung lediglich 4 Prozent, sie hätten 10 Prozent beantragt. Das Bundesfinanzaufsichtsamt für Versicherer (BVA) habe das aber nicht genehmigt. Die BVA hat uns also 6 Prozent „gespart" durchschnittlich.

Führerschein und TÜV. Ab 1. Januar kosten künftig die Führerscheinprüfungen für Klasse III 83 statt 67 DM, die Neuzulassung eines Kraftfahrzeuges 21,50 DM statt 19,50 DM, die Hauptuntersuchung eines PKW durch den TÜV 25 statt 24 DM. Auch die Gebühren für die Neuausstellung oder Wiederausgabe eines Führerscheines werden drastisch angehoben. „Der Bundesrat hat einer entsprechenden Verordnung des Bundesverkehrsministeriums zugestimmt, die auf Wunsch der Länder zurückgeht." „Die Länder haben diese Erhöhung gleich als unzureichend bezeichnet und den Wunsch nach einer baldigen weiteren Anpassung unterstrichen." (Süddeutsche Zeitung, Dez. 76)

Verschärfter Zwang, auf das Auto „umzusteigen". Fast jeden Monat berichtet die bürgerliche Presse von ständig steigenden Zahlen für Neuzulassungen von PKWs. Das Auto ist für die arbeitenden Massen kein Luxusgegenstand, sondern wird planmäßig immer mehr zum einzigen Transportmittel für Personen gemacht. Die öffentlichen Nahverkehrsmittel zwingen dazu. Sie werden ständig teurer, die Fahrpläne werden verdünnt und der Weg zum Arbeitsplatz als Folge der Arbeitslosigkeit länger, da schlagen ungünstige Verkehrsverbindungen doppelt zu Buche. Die Bundesbahn erwägt, ihren Personenverkehr stufenweise bis 1978 abgebaut zu

> Hessischer Rundfunk,
> 22. März, 17 Uhr:
> „Die Bundesbahn wird vom 1. Mai an die Fahrpreise im Schienennahverkehr und im sogenannten Sozialbereich erhöhen. Wie die Bundesbahnhauptverwaltung in Frankfurt mitteilte, werden die Fahrkarten für die Strecken im Schienenverkehr von 21 bis 50 Kilometer Entfernung einheitlich um jeweils 20 Pfennig teurer. Die Preise für Fahrkarten des Schüler-, Berufs- und sonstigen Sozialverkehrs werden im Durchschnitt um 14,6 Prozent erhöht. Die Tarife im Personenfernverkehr bleiben unverändert."

haben, da sie sowieso nur noch sieben Prozent des Nahverkehrs erledigen würde, zum Herbst 77 sind dafür Erhöhungen der Tarife im Personennahverkehr geplant bis zu 25 %.

KFZ-Steuer. In der Debatte ist, die KFZ-Steuer in den Benzinpreis einzubauen. Angeblich sorgt das für mehr Gerechtigkeit, wer mehr fährt, muß mehr zahlen, ungefähr 13 Pfennig mehr pro Liter Benzin. Wer aufgrund der kapitalistischen Krise einen Arbeitsplatz weiter weg von der Wohnung hat und dabei meist auch noch Lohneinbußen hinnehmen soll, wird dafür aber durch den Benzinpreis um so mehr zur Kasse gebeten. Aus einem ganz anderen Grund befürwortet der Finanzminister von Nordrhein-Westfalen, Gaddum, diese Pläne. Er sagt, das sei auch viel besser für die Verwaltung, nämlich für die Beitreibung der Steuern.

Über 80 Prozent aller staatlichen Eintreiber sind beschäftigt mit dem Eintreiben der KFZ-Steuern, die Massen weigern sich, zu zahlen. In Hessen mußten von 1,8 Millionen 1,6 gemahnt werden, zu zahlen.

Einige hunderttausend konnten nicht zahlen. Die Beitreibungsquote sei unerfreulich niedrig. In diese Richtung, neue Methoden einzuführen, die Zahlung zu erzwingen, geht auch die Erörterung der Gasag-Westberlin, daß man Gasuhren einführen solle, die mit Münzen gespeist werden müssen.

Daß die Kapitalistensteuern ständig gesenkt, gestrichen, gestundet werden usw., darauf ist die gesamte Kapitalistenklasse aus. Jetzt haben die Bourgeois in München dreist gefordert, ihnen solle auf die Gewerbesteuer angerechnet werden, was die Stadt an „überraschenden" Mehreinnahmen von einigen Millionen aus Steuern und Gebühren der Lohnabhängigen quasi zuviel hat.

Mit der Lohnsenkung in Metall und öffentlichem Dienst ist ein Teil des Programms der westdeutschen Imperialisten, auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu bleiben, erfüllt. Mit der steigenden Aneignung des Lohnteils, der ausgezahlt werden muß, soll die Stellung auf dem Weltmarkt ausgebaut werden.

Selber verärgert über den geplanten 8-Minuten-Takt schreibt eine Kommentatorin in der Stuttgarter Zeitung: „Merke, demokratisch und für die Mehrheit im Staate das Beste ist das, was die Mehrheit sich selber wünscht."

Mit Wünschen ist da überhaupt nichts getan. Die Mehrheit wird für ihre Interessen die Plünderpolitik des bürgerlichen Staates bekämpfen. – (Z-Red.)

Mieten, Bauen, § 7b

„Die Regierung hat vor allem drei Ziele im Auge: Sie will das Wohneigentum fördern, die Stadtflucht stoppen und die Umzugsbereitschaft der Arbeitnehmer erhöhen." Es geht um die Anfang März vom Kabinett beschlossene Änderung des „Bauherrenparagraphen" 7 b. Sehen wir, was es mit dieser vielgepriesenen Änderung auf sich hat.

„Das Wohneigentum fördern"

Bei ihrer Propaganda für „breite Streuung des Eigentums" ist das „Eigenheim" der Bourgeoisie liebstes Kind. Von den rund 23,7 Millionen Haushalten der Bundesrepublik wohnen 1976 15,3 Millionen zur Miete, 8,4 Millionen oder 35,4 Prozent also in eigenen Wohnungen. Rund 25 Prozent dieser 8,4 Millionen sind Arbeiter, 19 Prozent Angestellte und Beamte. Selbst wenn man außer acht läßt, daß ein gut Teil der „Angestellten und Beamten" mit Eigentumshäusern der Bourgeoisie zuzurechnen sind, selbst dann wären höchstens 3,69 Millionen lohnabhängige Familien Eigenheimeigentümer. Es gibt aber 12,935 Millionen lohnabhängige Familien. Von einer breiten Streuung des „Wohneigentums" kann mithin keine Rede sein. Denn der Bourgeoisie gehören ja keineswegs nur die Luxusvillen, die sie selbst bewohnt, sondern ein großer Teil der Wohnungen, in denen die Masse der Lohnabhängigen wohnt. Aber „*Der Trend geht in Richtung Bildung von Wohn- und Hauseigentum*", versucht die Bundesregierung weiszumachen. Auch das ist gelogen. Noch vor vier Jahren bewohnten 35,8 Prozent aller Haushalte ein eigenes Haus oder eine eigene Wohnung. Seither wurden über eine Million „Eigenheime" fertiggestellt. Was heißt angesichts dessen die relative Abnahme der „Eigenheime" anderes, als daß ein Teil der „Hausbesitzer" – die Ärmsten unter ihnen, wer sonst? – von 1972 vier Jahre später wieder zur Miete wohnt? Daß sie sich in den Verhältnissen wiederfinden, denen sie eigentlich entkommen wollten. „Der Anstieg der Realeinkommen macht den Wunsch nach einer besseren und in der Regel größeren Wohnung, vor allem in der Form des Eigenheims, zur wesentlichen Triebfeder des Wanderungsverhaltens (aus den Stadtkernen in die Randgebiete)", erzählt die Bundesregierung. Das gerade Gegenteil ist der Fall. Zur Miete Wohnen wird unbezahlbar. Wer kann schon mindestens 300 DM kalt, oft aber 500 DM und mehr für eine Dreizimmerwohnung zahlen? Wer kann die jährlichen Mietsteigerungen, die nach eigenen Angaben der Bourgeoisie in den nächsten Jahren durchschnittlich 11,6 Prozent betragen sollen, einfach wegstecken? Wer hat gern ständig den Hausbesitzer auf dem Hals mit seinen oft kleinlichen Schikanen?

Der Wunsch, solchen Verhältnissen zu entkommen, ist natürlich stark. Das „Eigenheim" erscheint als Ausweg – aber es ist kein Ausweg. Hat ein Arbeiter nach jahrelangem Sparen und unter größten Opfern ein Haus gebaut, hört der Ärger keineswegs auf, sondern geht erst richtig los. Auf Jahrzehnte steht er in Schuldknechtschaft der Banken, zahlt nicht nur Schulden, sondern Zins und Zinseszins. Er zahlt die mit dem Alter des Hauses wachsenden Renovierungs- und Erhaltungskosten. Er zahlt die Grundsteuer. Er zahlt die verschiedensten Gebühren und Abgaben, die ständig schneller wachsen, von 1971 bis 1975 im Schnitt um 65 Prozent. Auf mehr als ein Jahrzehnt hinaus sind die mit dem Eigenheim verbundenen Kosten höher als die entsprechende Miete, die er hätte zahlen müssen.

Diese Kosten zahlen kann er eigentlich nicht oder nur unter den größten Entbehrungen und auch nur, solange er einen Käufer seiner Arbeitskraft findet. Über eine Million Lohnabhängige sind arbeitslos. Der Besitz eines „Eigenheims" macht die Existenz des Arbeiters nicht sicherer. Wird er arbeitslos, und dann auch noch länger, wie soll er dann die Kosten zahlen? Und trotzdem, die unausweichliche Entscheidung, das Haus zu verkaufen, um wenigstens die Schulden bezahlen und einen kleinen Teil für die Miete der nächsten Jahre beiseite legen zu können, wird er so lange wie möglich verschieben. In diesen Prozeß der Enteignung greift die Bundesregierung mit der Änderung des § 7 b ein. Sie will ihn beschleunigen. Ein Kernpunkt der Änderung liegt darin, daß der Kauf nicht nur von neuen, sondern auch von bereits bewohnten Häusern, von Altbauten, ebenfalls von der Grunderwerbssteuer befreit und abschreibungsbegünstigt wird. „Endlich kommt der Immobilienmarkt wieder in Bewegung", jubelt die bürgerliche Presse. Hat der, der sein Haus verkaufen mußte, in der Vergangenheit oft keinen Käufer gefunden, weil Zigtausende Häuser leerstanden – jetzt findet er ihn bedeutend leichter. Denn die Änderung des § 7 b macht den Hauskauf um etwa 10 bis 15 Prozent billiger und die Bourgeoisie um etliches kaufbereiter. Haben die Zigtausende leerstehender Häuser bisher den Preis so gedrückt, daß der Verkauf ein fast unerträglicher Verlust wurde – jetzt kann der Preis wieder etwas steigen. Beiden, Käufern und Verkäufern, winkt der Vorteil, verspricht die Bundesregierung. Schöne Ausgewogenheit! Der eine wird enteignet, der andere kommt dank der Unterstützung aus den Steuergeldern der Lohnabhängigen an ein billiges Haus.

Vollständig enthüllt sich der Betrug erst, zieht man in Erwägung, *wer* die zwangsverkauften „Eigenheime" kaufen wird. Ein Punkt des neuen § 7 b besagt, daß nur der in den Genuß der Vergünstigungen kommt, der in den nächsten fünf Jahren ein Jahr lang ununterbrochen in dem Haus wohnt. Kann man sich vorstellen, daß ein Bourgeois im abgewohnten Haus des Arbeiters wohnt? Wohl kaum. Und doch werden es in der Regel nicht Lohnabhängige sein, die kaufen, sondern Reiche. Sie finden genug Mittel, die „Eigennutzungsklausel" zu umgehen und zu vermieten. Zum Beispiel: Sie behalten ein Zimmer unter dem Dach für „Eigennutzung" vor und vermieten den Rest. Oder sie vermieten ein, zwei Zimmer an einen entfernten Angehörigen, der gerade dort studiert (auch das zählt als „Eigennutzung"), und den Rest frei. Wie auch immer, diese Eigennutzungsklausel hindert die Bourgeoisie nicht, sie erfüllt vielmehr den Zweck des Betrugs, und dementsprechend verhalten ist auch die Kritik an dieser Einschränkung.

„Die Umzugsbereitschaft der Arbeitnehmer erhöhen"

Ein offenes Angebot an die Kapitalistenklasse. Denn: „breitgestreutes Eigentum" hin und her, die Kapitalistenklasse verlangt den Lohnarbeiter, der frei von allem Eigentum, von allen Bindungen ist. Mit Druck – Entzug des Arbeitslosengeldes – und Lockung – Mobilitätszulagen usw. – schiebt sie große Arbeitermassen hin und her, wie es ihren Profitinteressen entspricht. Aber welcher Arbeiter, der z.B. im Ruhrgebiet ein Häuschen hat, wird trotz Druck und Lockung z.B. nach Rüsselsheim ziehen, weil die Opel-Kapitalisten billige Arbeitskraft suchen und das Arbeitsamt sie ihnen von überall aus der BRD zuschiebt? Ist der Arbeiter aber seines Hauses entledigt, kann sie wieder freier über ihn verfügen. So fördert der neue 7b die „Umzugsbereitschaft der Arbeitnehmer". Und bereitet einer weiteren Lohndrückerei den Weg.

„Die Stadtflucht stoppen"

„Bestimmte Wohnungen werden immer schwerer vermietbar", jammert Wohnungsbauminister Ravens. Er meint die Altbauten, und ihn drücken die verhältnismäßig billigeren Mieten. Zahlreiche Altbauten befinden sich im Eigentum der Kleinbourgeoisie, die die mit der notwendigen Renovierung und Modernisierung verbundenen Kosten nicht tragen können und die Altbauten zwangsläufig verrotten lassen. Das drückt natürlich auf die Mieten. Per Gesetz – dem Wohnungssanierungsgesetz vom 1.1.77 – hat die Bundesregierung die Eigentümer von Altbauten zu bestimmten Modernisierungsmaßnahmen verpflichtet und damit ihre Enteignung eingeleitet. Jetzt stößt sie mit dem „Bauherrenparagraphen" 7b nach: die vergünstigte Abschreibung von Modernisierungskosten ist der zweite Kernpunkt der Änderung. Und so denken sie sich das Zusammenwirken der verschiedenen Punkte des neuen 7b: Die Lohnabhängigen, die ihre „Eigenheime" am Stadtrand verkaufen mußten, suchen nach billigen Wohnungen und ziehen deshalb in die Stadt zurück, in die Altbauten. Die Bourgeoisie kommt nicht nur billig an die „Eigenheime" der Lohnabhängigen heran, sondern ebenso billig an ganze Stadtteile in den älteren Stadtgebieten. Sie modernisiert die Altbauten, fast geschenkt: Der Weg zu drastischen Mieterhöhungen ist frei. – (Z-Red.)

Das Kernenergieprogramm der Bundesregierung – von vornherein unter dem Diktat der Profitsucht und der imperialistischen Konkurrenz

„Reaktortagung 1977 in Mannheim“

Das Deutsche Atomforum, eine Clearingstelle der staatsmonopolistischen Bourgeoisie

Das Bundeswirtschaftsministerium ist zur Zeit mit der „Fortschreibung des Energieprogramms“ beschäftigt. Im Bundestag häufen sich die großen und kleinen Anfragen zur Energiepolitik. Das Kernenergieprogramm der Kapitalisten und der Regierung ist ins Wackeln gekommen, und die Imperialisten suchen krampfhaft nach einem Weg, das Programm wieder zum Stehen zu bringen und es mit aller Gewalt durchzusetzen. Die imperialistischen Kalkulatoren haben eine ganze Reihe von Unsicherheiten in dem Kernenergieprogramm gefunden. Technologisch ist das Programm blankes Abenteurertum. Die Finanzierung ist unsolide. Von seiten der Bourgeoisie stehen Korrekturen an. Das Hauptproblem für die Kapitalisten und die Regierung ist jedoch, daß die Durchsetzung des Kernenergieprogramms auf wachsenden Widerstand der Massen stößt. Also sind Manöver nötig, um den Widerstand zu brechen. Das Hauptmittel dieser Manöver sind Betrug, Spaltung und Polizeigewalt.

Um den Betrug zu verbessern, beschäftigt die Bourgeoisie eine ganze Serie von Wissenschaftlern. Sie haben den „Bürgerdialog“ zu planen. Federführend ist das Frankfurter Battelle-Institut. Bei der Spaltung setzt die Bourgeoisie auf innere Widersprüche in der Bewegung gegen den Bau der Kernkraftwerke. Dabei kommt es ihr darauf an, die Revolutionäre zu isolieren. Die Reformisten, Revisionisten und Opportunisten aller Spielarten sind dabei ihr Werkzeug. Entscheidendes Mittel zur Durchsetzung des Kernenergieprogramms ist und bleibt jedoch die Polizeigewalt. Der Betrug und die Spaltung dienen dazu, die Wirkung der Polizeigewalt zu sichern. Sonst zersetzt sich die Polizeitruppe führt hätten, treibt die Bourgeoisie ihre wohlüberlegte Hetze gegen den KBW, sondern weil sie in den letzten Monaten gesehen hat, daß wir in der Bewegung gegen das Kernenergieprogramm eine prinzipielle Politik verfolgen, die ihre Betrugsmanöver und Spaltungsversuche durchbricht und die Massen in die Lage versetzen wird, das imperialistische Kernenergieprogramm trotz aller Polizeigewalt zu Fall zu bringen.

> An das
> Zentralkomitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland
>
> Der Afrikanische Nationalkongreß von Südafrika (African Nationalists) tritt für volle Solidarität mit den deutschen Arbeitern und mit dem KBW ein, die von der herrschenden Klasse angegriffen werden, weil sie ihren legitimen Protest gegen die Kernkraft erheben. Der ANC verlangt die bedingungslose Freilassung aller Festgenommenen und die Aufhebung der Nuklear-Zusammenarbeit Bonn–Pretoria.
>
> George Mbele, Vorsitzender

Das Lebensgefährliche des Kernenergieprogramms der Bundesregierung ist sein imperialistischer Charakter. Jeder Schlag gegen dieses Energieprogramm trifft den Imperialismus. Der Kampf dagegen wird nur Erfolg haben, wenn er Teil des Kampfes der Volksmassen gegen Kapitalismus und imperialistischen Staat ist und von der Arbeiterklasse geführt wird.

Dr. mult. H. Mandel, Chef des größten Elektrizitätskonzerns, der RWE, und Bundeswirtschaftsminister Friderichs die Festvorträge halten. Die Vertreter der staatsmonopolistischen Bourgeoisie werden beraten, wie sie das imperialistische Energieprogramm durchsetzen können, das sie seit mehr als zwei Jahrzehnten zielstrebig verfolgen.

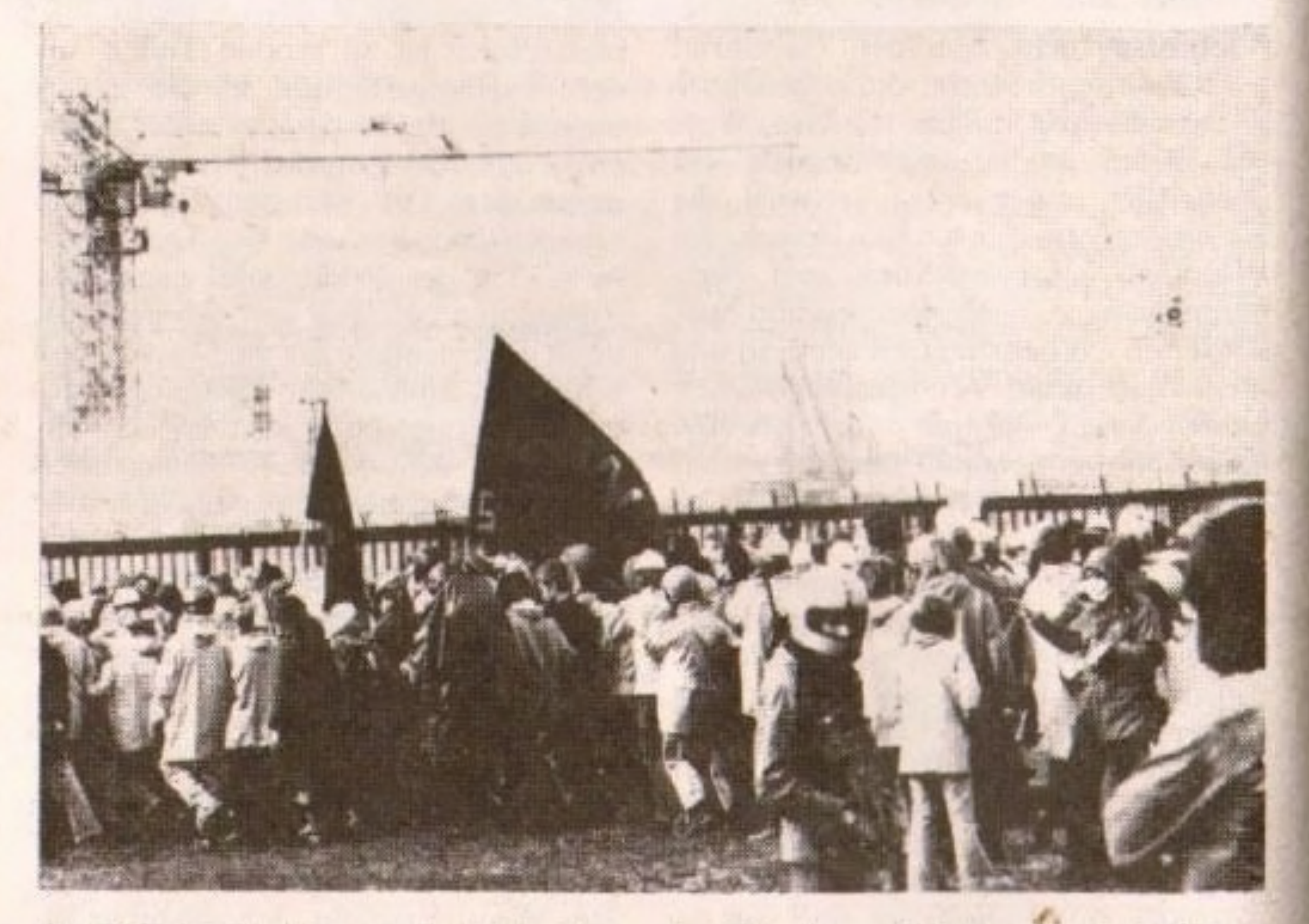
Ursprünge des Kernenergieprogramms

Nach dem Zweiten Weltkrieg, als die deutsche Bourgeoisie zum zweiten Mal bei ihrem Griff nach der Weltherrschaft einen völligen Zusammenbruch erleben mußte, war die deutsche Bourgeoisie bei der Verfolgung ihrer imperialistischen Ziele zunächst empfindlich zurückgeworfen. Aufgegeben haben sie keines dieser Ziele, weder das Ziel, in Europa Hegemonialmacht zu werden, noch das Ziel, aus dieser Position heraus den Kampf um die Weltherrschaft zu führen. Die deutsche Bourgeoisie hatte die Erforschung der Kernenergie während des Zweiten Weltkrieges vorangetrieben, um die Atombombe in die Hand zu bekommen. Die militärische Niederlage machte ihr einen Strich durch diese Rechnung, bevor sie aufgegangen war. Der US-Imperialismus nahm mit den verschiedenen Entwicklungsprogrammen auch gleich noch eine Reihe von Wissenschaftlern an sich und setzte sie für seine Ziele ein. Der deutschen Bourgeoisie, deren Ausgangspositionen nach dem Zweiten Weltkrieg auf die drei westlichen Besatzungszonen und Westberlin eingeschränkt worden waren, wurde es zunächst verboten, die Kernenergie weiter erforschen zu lassen. Indem sich die deutsche Bourgeoisie mit dem US-Impe-

tionen übernommen werden können, die eine führende Stellung auf dem Gebiete des Atomkraftwerkbaues haben. Auch hier hat bereits der Kampf um die Weltmärkte eingesetzt. Das erste Treffen war Genf, wo um die zukünftigen Kunden gerungen wurde. Die Engländer haben sich mit viel Wagemut und Phantasie an die friedliche Ausnutzung der Atomkraft gemacht, und sie haben kein finanzielles Opfer gescheut, um ihre führende Stellung als Industrienation zu halten. Sie wissen, daß ebenso wie im 19. Jahrhundert die Kohle die Basis für die wirtschaftliche Großmachtstellung geworden ist, in Zukunft eine führende Wirtschaftsposition ohne Atomgrundlage nicht

Begründung des Atomgesetzentwurfes am 21. Januar 1959 im Bundestag aus:

„Wir müssen jetzt entscheiden, ob wir weiterhin zu den führenden Industrieländern gehören wollen. Wir werden nicht mehr dazu gehören, wenn es uns nicht schnell gelingt, bei der Entwicklung von Atomanlagen entsprechender Größenordnung die notwendigen technischen und betrieblichen Erfahrungen zu sammeln.“ (Die Atomwirtschaft, Februar 1959) Über den Zweck dieses Programms ließ die interessierte Monopolbourgeoisie von vornherein keinen Zweifel. „Der neue



Der Demonstrationszug durchbrach aus dem Norden und Süden die Polizeisperren und zog in Richtung Grohnde.



Luftbild über den Demonstrationszug am Bauplatz.

mehr denkbar ist. Wer nicht Atomanlagen großer und kleiner Art liefern kann, wird sich nicht mehr in der vordersten Linie der Industrienationen halten können.“ Deshalb habe die Bundesregierung auf Vorschlag Adenauers die Einrichtung des Ministeriums für Atomfragen beschlossen. „Die Aufgabe dieses Ministeriums muß darin bestehen, federführend, zum Teil im Benehmen mit den übrigen Bundesministerien alles zu veranlassen, was im Rahmen der Bundeszuständigkeit unternommen werden kann, um den 10- bis 15-jährigen Rückstand der Bundesrepublik auf diesem Gebiete in möglichst kurzer Zeit aufzuholen. Das ist im großen gesehen *die Aufgabe*. Diese Aufgabe zu lösen ist eine nationale Pflicht, die Staat, Wissenschaft und Wirtschaft auferlegt ist.“ (Die Atomwirtschaft, Januar 1956)

Um diese „nationale Pflicht“ zu erfüllen, wurde von vornherein der Weg der Ausplünderung der Massen durch Steuern, Finanzierung des Programms über den bürgerlichen Staat und Bereicherung der Monopole durch dieses Programm eingeschlagen. „Nationale Pflicht“, für die Massen heißt das stets: bezahlen und den Kopf hinhalten. Der Nachfolger von Franz Josef Strauß, Prof. Dr. Ing. S. Balke, führte in der

Markt muß erobert werden“, so lautete im April 1964 die Schlagzeile der Zeitschrift „Die Atomwirtschaft“.

Die Bourgeoisie hat viele Ausreden, mit denen sie ihr Energieprogramm an den Mann bringen will. Eine davon ist die angebliche „Energielücke“. Geht man auf die Ursprünge des Programms zurück, dann sieht man, daß es um ganz andere Lücken geht: um „Lücken“, wo es Profite zu machen gibt, und „Lükken“, in die man im Kampf um die Weltherrschaft vorstoßen kann. Dabei gibt es Konkurrenz, dabei entsteht der imperialistische Krieg. Die westdeutsche Bourgeoisie beschreitet den alten Weg des deutschen Imperialismus. Das Energieprogramm ist ein Instrument der Eroberung des Weltmarktes und des Kampfes um die Weltherrschaft.

Wenn sich die Herren aus den Konzernen und den Ministerien Ende März in Mannheim zu ihrem Atomforum treffen, wird es ihnen darum und um nichts anderes gehen. Dort werden auch die Weichen gestellt für die weitere Verfolgung des imperialistischen Energieprogramms durch die Bundesregierung und die Regierungen der Länder. Im Bundestag werden diese Entscheidungen ratifiziert.

und die Massen setzen sich über die Polizeigewalt hinweg.

Nach der Demonstration in Grohnde tobt die bürgerliche Presse herum, wie „brutal“ und wie gut organisiert die Demonstration gewesen sei. Verstärkt bringen sie das Verbot des KBW ins Gespräch. Warum? Weil wir die Demonstration gegen Grohnde organisiert hätten und den Sturm auf das Baugelände geführt hätten? Wir haben die Demonstration nicht organisiert. Wir haben sie durch einige Bezirksorganisationen unterstützt. Die Demonstration war gespalten wie alle Demonstrationen gegen das imperialistische Energieprogramm bisher. Wir haben den Sturm auf das Baugelände nicht geführt. Sonst würden wir Selbstkritik üben, denn es ist nicht sehr klug, sich einfach auf einen Bauzaun und eine Polizeifestung zu stürzen, zu scheitern und zurückzufluten. Wir sind für Bauplatzbesetzungen als Kampfmittel.

Deshalb sind wir für politische Vorbereitung von Bauplatzbesetzungen, damit sie gelingen. Nicht weil wir die Demonstration in Grohnde organisiert und den Sturm auf das Baugelände ge-

„Reaktortagung 1977 in Mannheim“ – Das Deutsche Atomforum, eine Clearingstelle der staatsmonopolistischen Bourgeoisie

Zwischen dem 29.3. und dem 1.4.1977 findet in Mannheim die Reaktortagung 1977 des Deutschen Atomforums statt. Das Deutsche Atomforum ist 1959 durch den Zusammenschluß verschiedener Verbände und Gesellschaften zustande gekommen, um das imperialistische Kernenergieprogramm wirksamer durchzusetzen. Erster Präsident dieses Atomforums war Professor Dr. Winnacker, früherer Chef des Hoechst-Konzerns. Unter anderem soll auf der diesjährigen Reaktortagung von Vertretern der KWU, des BBC-Konzerns, des Bundesforschungsministeriums und der Dresdner Bank über den „Aufbau einer Reaktorindustrie als nationale und internationale Aufgabe“, „Kernenergiefinanzierung in Gegenwart und Zukunft“ usw. referiert werden. Auf der „Festveranstaltung“ am 31.3. werden der jetzige Präsident des Deutschen Atomforums, Professor

rialismus verbündete und mit den anderen Imperialisten zusammen einen Angriffspakt gegen die damals sozialistische Sowjetunion geschlossen hatte, bekam sie Raum für die Entwicklung eines eigenen Kernenergieprogramms. Bloß „friedlich“ mußte es sein.

Im Januar 1956 resümierte Franz Josef Strauß, der erste Bundesminister für Atomfragen: „Bis zum 5. Mai 1955, dem Tag des Inkrafttretens der Pariser Verträge, war es der Bundesrepublik Deutschland untersagt, auf dem Gebiete der Erforschung und Verwertung der Atomenergie, gleichgültig für welche Zwecke, tätig zu werden.“ Kaum hatte die Bundesrepublik die Möglichkeit, legal ein eigenes Kernenergieprogramm zu betreiben, stürzte sich die Monopolbourgeoisie entschlossen darauf. Das Bundesministerium für Atomfragen wurde eingerichtet. Wie friedlich dabei die Absichten waren, zeigen die Ausführungen von Franz Josef Strauß: Die Entwicklung von Kernkraftwerken heiße „nichts anderes, als daß in Zukunft Großaufträge für Kraftwerkbau und für Lieferung fertiger Kraftwerksausrüstungen nurmehr von Industriena-